



Wortprotokoll

Der 267. Sitzung vom 19. Oktober 1982

Resoconto integrale

della seduta n. 267 del 19 ottobre 1982

VIII. Legislatur
VIII Legislatura
1978 - 1983



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 267. SITZUNG
19.10.1982

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 194/82: "Rifinanziamento e ulteriore modifica della legge provinciale 22.8.1973, n.23: Provvidenze per la ricettività alberghiera". . . pag. 4

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 194/82: "Neufinanzierung und neuerliche Änderung des Landesgesetzes 22.8.1973, Nr. 23: Maßnahmen für das Gastgewerbe". Seite 4

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Giuseppe SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.55 UHR

PRESIDENTE: La seduta é aperta. Prego fare l'appello.

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Erschbaumer, Zingerle, Stecher e gli Assessori Molygoni e Benedikter.

Prego dare lettura dei verbali delle sedute precedenti.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): (legge i verbali delle sedute n. 265 e 266 - verliest die Sitzungsprotokolle Nr. 265 und 266)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni ai verbali? Il consigliere D'Ambrosio ha la parola.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Secondo me é meglio specificare i rilievi fatti dal Presidente in ordine agli attentati compiuti a Bolzano ed a Roma. Sarebbe meglio chiarire a Bolzano in quali luoghi ed a Roma alla sinagoga dove sono successi questi fatti.

PRESIDENTE: Va bene, si modificheranno i verbali secondo la richiesta del consigliere D'Ambrosio.

Leggo alcune comunicazioni della Presidenza:

il consigliere Costalbano ha presentato il disegno di legge n.198/82: "Difensore civico della provincia di Bolzano";

sono state presentate 6 interrogazioni: la n.977/82 (Achmüller e Franzelin) concernente il ritardato impiego dei mezzi della legge di incentivazione industriale; la n.988/82 (Lunger) concernente la mozione n.105/81; la n.989/82 (Lunger) concernente il piano urbanistico del comune di Laces; la n.990/82 (Lunger) concernente la deliberazione della Giunta provinciale n.4186 del 19.7.1982; la n.991/82 (Lunger) concernente la violazione delle disposizioni dell'ordinamento comunale; la n.992/82 (Costalbano) concernente il mancato rinnovo dell'incarico di insegnamento al Prof. Tribus Arnold;

inoltre sono state presentate due mozioni: la n.168/82 (D'Ambrosio, Stecher e Barbiero) concernente la situazione degli apprendisti, e la n.169/82 (Costalbano) concernente il problema degli "obiettori espliciti" (cittadini che hanno rifiutato di fare la dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico) nella realtà altoatesina.

Comunico inoltre ai signori consiglieri che domani pomeriggio non ci sarà seduta.

Proseguiamo la discussione sul disegno di legge provinciale n.194/82: "Rifinanziamento e ulteriore modifica della legge provinciale 22.8.1973, n.23: Provvidenze per la ricettività alberghiera".

Landesgesetzentwurf Nr.194/82: "Neufinanzierung und neuerliche Änderung des Landesgesetzes 22.8.1973, Nr.23: Maßnahmen für das Gastgewerbe".

La parola alla signora Franzelin-Werth.

FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Entschuldigen Sie, wenn ich zu Beginn die Behauptung wage, daß selten bei der Verabschiedung eines Gesetzes im Landtag so viel Unbehagen verspürt wird, wie bei der Behandlung dieses Gesetzes. Ich meine nicht nur hier im Landtag, sondern speziell in der Bevölkerung. Nicht so sehr, was den effektiven Gesetzestext, sondern vielmehr was die Übergangsbestimmung laut Art. 8 betrifft. Liest man den Begleitbericht der gegenständlichen Gesetzesvorlage und würde man die einjährige Diskussion um die Notstandsmaßnahme nicht kennen, die diesem Gesetzentwurf vorausgegangen ist, so würde man heute bei einigen Vorbehalten und Korrekturen wenig gegen diese Maßnahme der Angleichung von Beiträgen für das Gastgewerbe gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen haben. So aber liegen die Dinge doch etwas anders, als es global dargestellt ist. Ich möchte vorausschicken, daß ich mir schon der Wichtigkeit des Fremdenverkehrs als Wirtschaftszweig in unserem Lande bewußt bin.

Es ist mir auch klar, daß sehr viele in unserem Lande, nicht nur direkt, sondern auch ganz besonders indirekt vom Fremdenverkehr leben. Der Wirtschaftsboom der letzten Jahre ist sicher in der Hauptsache auf den Fremdenverkehr zurückzuführen mit all seinen Vorteilen, aber auch seinen heute erkennbaren Nachteilen. Der Appell von Landesrat Dr.Spögler anlässlich der Versammlung der Junggastwirte im Rahmen der Bozner Messe war sicher müßig, wenn er sagte, alle Politiker sollen endlich einsehen, daß das Gastgewerbe anderen Wirtschaftsbereichen gleichgestellt werden muß. Ich meine, daß niemand etwas dagegen hat, bei gleichen Notwendigkeiten und gleichen Zielsetzungen alle gleich zu behandeln. Nun aber beginnen die Schwierigkeiten in der Einsichtigkeit bestimmter Maßnahmen. Ich denke an die Zielsetzung, ich denke an die Notwendigkeit.

In den 60er und Anfang der 70er Jahre galt die Anstrengung der Landesregierung sicher der Schaffung von Arbeitsplätzen, damit auch unsere Südtiroler nicht verstärkt gezwungen werden mußten, ins Ausland zu gehen, um ihr Brot zu verdienen, und dem Ausbau der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Damals und sicher auch noch 1973, als das Gesetz Nr. 23 verabschiedet wurde, das wir heute abändern, war es gerechtfertigt, auch in diesem Bereich Investitionsbeiträge zu geben. Man war bestrebt, die Wirtschaft Südtirols im ausgewogenen Verhältnis auf mehr Beine zu stellen, um auch eine Palette von verschiedenen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Industrie, Handwerk, Handel und Fremdenverkehr haben sich entwickelt. Die einen Wirtschaftsbereiche haben sich besser und schneller entwickelt, die anderen etwas weniger.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre konnten wir alle feststellen, daß aufgrund der guten wirtschaftlichen Position, ich meine niedrige Bankzinsen im Verhältnis der Inflation, Abwertung der Lira gegenüber der DM, Möglichkeit größerer Preiserhöhungen von einem Jahr zum anderen, die Beherbergungsbetriebe wie Pilze aus dem Boden schossen und plötzlich die einheimischen Arbeitskräfte keineswegs ausreichen, um die Nachfrage zu decken.

Es gab auch in anderen Sparten ausreichend Arbeitsmöglichkeiten. Südtirol wollte auch nicht nur ein Land von Kellnern und Tellerwaschern werden, so mußte auf provinzfremde Arbeitskräfte zurückgegriffen werden mit allen Nachteilen für ein Land wie Südtirol mit seinen ethnischen Problemen. Die bestehenden Infrastrukturen wie auch Straßen reichten nicht aus, um dem Bettenzuwachs die Balance zu halten. Alles war nur mehr auf den Fremdenverkehr ausgerichtet oder diesem untergeordnet. Es begann zu kriseln. Ein Unbehagen machte sich unter der Bevölkerung breit, Jugendliche rebellierten, die Angst unter der Bevölkerung, von ausländischen Gästen überflutet zu werden, nahm zu, man bekam Platzangst. Die Bevölkerung wollte nicht zum Gast im eigenen Lande werden.

All das bewog die Politiker und Verantwortlichen auch der Berufskategorie, selbst zur Mäßigung zu blasen. Z.B. hat bereits im März 1977 der Präsident des HGV gesagt, ich halte mich hier an dieses geschriebene Wort, das anlässlich eines Referates des HGV, des Generalsekretärs Dr. Benjamin Stauder, auch allen verteilt wurde, wo eine Übersicht und eine Zusammenfassung der Geschichte dargelegt ist und ich glaube, daß es auch notwendig ist, dieses hier anlässlich dieser Diskussion in Erinnerung zu rufen. Er sagte: "Wir brauchen und wollen keine neuen Betriebe mehr, sondern die bestehenden müssen sich besser qualifizieren und ihr Angebot spezialisieren." Ferner hat zum gleichen Zeitpunkt Dr. Benjamin Stauder ein Grundsatzreferat anlässlich dieser Vollversammlung des HGV gehalten und ich habe diese Aussage auch schon des öfteren strapaziert, wo er über die Grenzen der Belastbarkeit im Fremdenverkehr gesprochen hat und ich habe es hier wieder gefunden, wo es heißt, daß er darauf hingewiesen hat, daß, obwohl es keine genaue Definition und keine klare Aussage gibt über den Verlauf der Grenzen der Belastbarkeit in manchen Gebieten zu manchen Spitzensaisonszeiten, ein Mehr an Betten der Südtiroler Fremdenverkehrswirtschaft insbesondere, aber Südtirols Wirtschaft insgesamt eher schadet als nützt. Ich erinnere, 1977.

Trotz dieser von der Berufsgruppe selbstgemachten Aussagen wurde Ende 1978 eine 40prozentige Erweiterungsmöglichkeit der bestehenden Betriebe gefordert, ich erinnere an den Art.39 des Landesgesetzes Nr.52 vom 25. November 1978. Wir haben auch damals dem Artikel nicht zugestimmt. Im landwirtschaftlichen Grün am geschlossenen Hof gab es ferner, trotz vieler Proteststimmen, bis November 1980 die Möglichkeit der Realisierung von 2.500 Kubik Wohnraum, was zirka 50 Betten gleichkam, wie der Präsident der Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt bereits 1978 anlässlich einer Bauernbundvollversammlung sagte. Er forderte bereits auch damals eine Reduzierung auf mindestens 1.500 Kubik, was aber erst mit dem Landesgesetz Nr. 34 vom Jahre 1980 akzeptiert wurde. Damals akzeptierte man den Vorschlag nicht, sondern man sagte, man ließe sich nicht einschränken, wenschon sollte man dies auf freiwilliger Basis tun. So der Obmann des Bauernbundes. Die Freiwilligkeit

hat das heutige Ergebnis gezeigt. Wenn Landesrat Spögler in der Kommission gesagt hat, daß anscheinend, ich glaube, ich habe es richtig verstanden, von den in Krise befindlichen Betrieben 36% an der Hofstelle sind, so glaube ich sagen zu müssen, daß es hier sicher besser gewesen wäre, man hätte früher den Riegel vorgeschoben. Und wenn ich mich recht entsinne, aber Landesrat Spögler wird ja die Richtlinien verteilen, hat es geheißen, daß wenn schon nur jene bezuschußt werden sollen und daß nur jenen geholfen werden soll; welche alle anderen Besitzungen, die sie haben, verkaufen und daß nur mehr die Familie aus diesem einen Betrieb leben soll, ausgenommen der geschlossene Hof, weil hier keine Möglichkeit besteht, den Hof zu verkaufen, bzw. das Hotel abzustoßen.

Nun möchte ich hier schon doch auch die Frage stellen, wie wir es auf einen Nenner bringen können, auf der einen Seite das noch zu fördern, was wir auch damals gesagt haben, daß es eigentlich nicht notwendig wäre, wobei man den Umstand dargelegt hat der Notwendigkeit des Bauens an der Hofstelle mit dem Argument, daß sonst die Effizienz, also die Lebensfähigkeit des Hofes nicht gewährleistet wäre, andererseits aber bereits schon Stimmen laut werden, daß es ohnedies nicht möglich ist, das Hotel samt dem Hof zu übernehmen und somit müßte eine Abtrennung doch irgendwann ins Auge gefaßt werden. Das war bereits unsere Befürchtung, als man damals immer noch an die 2.500 m³ festgehalten hat. Ich frage in diesem Moment ob man wirklich der Meinung ist, daß man hier diese Betriebe fördern soll, daß wenn dann zwei Betriebe bleiben können und in einem späteren Moment man doch zur Abtretung kommen wird und ich bin fast überzeugt, daß dieser Artikel einmal eingebracht werden wird, ob man es dann rechtfertigen kann, daß man sowohl als auch in diesem Falle getan hat, ich möchte es als Frage in den Raum stellen.

In diesem Zusammenhang, was das Bauen im landwirtschaftlichen Grün auch betrifft, war es auch verständlich, daß die gewerbliche Fremdenverkehrswirtschaft darauf unter anderem auch wieder aus dem Munde des HGV-Geschäftsführers so reagierte. Es wurde dem Fremdenverkehr immer wieder vorgeworfen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft zu viel Grund verschlinge, so maßlos erweitere und so viel an Menge produziere. Nun muß festgestellt werden, daß die Fremdenverkehrskreise, die traditionellen Träger des Südtiroler Fremdenverkehrs schon seit vielen Jahren ein Unbehagen über den jährlichen Bettenzuwachs hatten und daß die Forderung nach Lizenzstopp oder Lizenzverteilungsbeschränkung seit vielen Jahren eine altbekannte Forderung des Südtiroler Fremdenverkehrs ist.

In diesem Zusammenhang, ich zitiere weiter, muß aber auch etwas klar untersucht werden, nämlich der Umstand, wo die meisten Betten in den letzten Jahren entstanden sind. Diesbezüglich gibt es wiederum Faktoren, die die Entwicklung aufgrund gesetzgeberischer Maßnahmen politischer Konstellationen gefördert haben. Ende des Zitates.

Also ein Bettenstopp wurde wieder gefordert und dies im Jänner 1980. Resultat: Bettenzuwachs und diese Tabelle haben auch alle bekommen, Übersicht von April 1970 bis 1975, also im gewerblichen Bereich. Also von April 1970 bis September 1975 wurden im gewerblichen Bereich in fünf und ein Drittel Jahren 1.280 Betten errichtet. Von September 1975 bis 31.12.1978

2.329 und man höre und stauen, in neun Monaten, vom 1.1.1979 bis 7.9.1979 1.051 Betriebe. Insgesamt also von 1970 bis 1979, 4.660, zu diesem Zeitpunkt war noch keine Torschlußpanik, sie ist erst nachher gekommen. Im landwirtschaftlichen Grün hat man in einem Jahr, also von 1.1.1979 bis Ende 1979 zirka 1.400 Betten gemacht, im Jahre 1979 also 3.000 neue Betten aufgrund all dieser Aussagen, die schon gemacht wurden. Wenn man dann noch darauf zurückkommt, daß Landesrat Spögler in der Kommission erklärt hat, und dies ist im Bericht nachzulesen, weil ich zuerst noch Zweifel hatte, aber im Bericht zum Gesetz scheint es auf, daß vom 31.12.1979 bis 30.Juni 1982 13.500 neue Betten geschaffen wurden. Ein Fonds dieses Ausmaßes trotz weiterer alarmierender Aussagen der Berufsvertretung.

Nun, wenn ich wiederum auf dieses Rundschreiben oder auf diese Aussagen des HGV zurückkomme, wurde ferner immer im Jänner 1980 ausgesagt, im Durchschnitt liegt die Auslastung pro Betrieb und Jahr unter 40% im gewerblichen Bereich im mitgewerblichen Bereich werden zirka 150.000 Betten, verteilt auf Privatvermieter, Agrartourismus, Ferienwohnungen, usw. noch viel schlechter ausgelastet und gerade in diesen Bereichen vermehrte sich in den letzten Jahren das Bettenangebot gewaltig. Wenn gleich weiter, um dann zu einer Rechnung zu kommen, weiter ausgeführt wird, was den Bedarf an Arbeitskräften betrifft, so steht: also ein weiteres Symptom für die Schwierigkeiten ist der kronische Arbeitskräftemangel. Jetzt hat es sich ja umgedreht, wir haben Arbeitskräfte. Es steht, geht man davon aus, daß vier bis fünf eine Arbeitskraft bedingen, so hätte Südtirol zumindest für die gewerblichen Betten allein schon 28.000 Arbeitsstellen zu bieten. Damals, 1. Jänner 1980.

Wenn man diese Aussage im Zusammenhang mit dem Bericht zum Gesetz vergleicht, so kommt einen der Gedanke der Überlegung. Wenn eine 40prozentige Auslastung im Jahre 1979 angegeben war und anfangs '80 Landesrat Spögler ausführte, daß 1981 sich ein Rückgang im Fremdenverkehr abzeichnete, heuer ist es etwas besser, das können wir alle absehen, so können wir sicher annehmen, daß bei verstärktem Bettenangebot die Auslastung sicher nicht besser geworden ist. Wie konnte, diese Frage muß ich einfach hier stellen, wie konnte jemand noch unter diesen Vorzeichen einen realistischen Finanzierungsplan aufstellen, wenn er gewußt hat, wie die Dinge liegen. Es hätte sich wirklich niemand mehr ins Abenteuer stürzen dürfen, ganz besonders nicht mehr im Jahre 1981. Ganz zu schweigen von der Verknappung des Grundes und von der ganzen Diskussion um den Landesentwicklungsplan.

Wenn man nun das vorher Gesagte im Zusammenhang mit der Auslastung hernimmt, könnte man als Laie eigentlich eine Milchmädchenrechnung aufstellen, um die Unmöglichkeit eines realistischen Finanzierungsplanes darzustellen. Gestatten Sie mir es einmal kurz zu tun. Wir gehen bei der Möglichkeit der Förderung ja vom Umstand aus, daß jemand auch eine Milliarde und mehr Fremdkapital aufgenommen haben kann, wir geben 60% von einer Maximalsumme von einer Milliarde. Dafür geben wir 8% als Zuschuß. Man sprach auch, und ich lasse mich korrigieren, das habe ich nicht schriftlich, daß jemand auch ein Verhältnis von 30% Eigenkapital und 70% Fremdkapital haben könnte, um noch als realistische Grundlage angesehen zu werden, so würde die Rechnung laut Milchmädchenrechnung so aussehen, wenn man pro

Bett 25 bis 40 Millionen Lire zugrundelegt, wie auch auf Anfrage in der Kommission der Wert eines Bettes angegeben wurde. Eine Milliarde Fremdkapital, 300 Millionen Eigenkapital. Verhältnis 70:30, 1,3 Milliarden. 50 Betten, ich stelle mir vor, daß man also bei dieser Preislage dann auf 50 Betten kommt, a) zirka nur 25 Millionen berechnet sind die 1,3 Milliarden. Eine 40prozentige Auslastung würde 90 Tag im Jahr bringen, 90 Tage mal 50 Betten, also 4.500 Übernachtungen. 4.500 und hier frage ich, ob man 30.000 Lire als Pensionspreis oder 50.000 als Pensionspreis hernehmen kann, bei 30.000 kommt man bei einer Bruttoeinnahme auf 125 Millionen, bei 50.000 Lire auf 225 Millionen. Eine Milliarde Lire Fremdkapital nur mit 17% Zinsen würde schon 170 Millionen Lire nur Zinsen ausmachen. Langfristig, glaube ich, waren es damals 1979/80 vielleicht Amortisation 20%. Aber auch, wenn man als Amortisationsrate bei einer 15prozentigen Verzinsung, welches die Bodenkreditanstalt im Jahre 1979 hatte, hernimmt und dann eine 17prozentige Amortisationsrate festgelegt hat, dann wären es immer 170 Millionen. Ausgehend, daß 30.000 Lire der Pensionspreis war, waren bereits die Abzahlungsraten im Vergleich zur Bruttoeinnahme zu hoch. Wenn ich dann davon ausgehe, daß pro vier bis fünf Betten eine Arbeitskraft bedingen und nehmen wir noch die Hälfte, wir wissen alle, laut - wie hat es geheißen - der Wirt vom "Weißen Rössl" am Wolfgangsee von der transzendentalen Ökonomie spricht, daß die eigene Arbeitskraft nicht gerechnet wird, dann nehmen wir die Hälfte, dann könnte man fünf Arbeitskräfte mit 10 Millionen auf 50 Millionen schätzen und dann noch den Aufwand für die Verpflegung der Gäste, dann weiß ich nicht, was noch übrig bleibt. Auch im Verhältnis bei einem kleineren Ausmaß müßte eigentlich dasselbe bleiben.

Aber bei dieser Aufstellung dieser, ich sage, Milchmädchenrechnung, man wird mir sicher etwas anderes dann vorlegen, ich weiß es nicht, ist zu mir die Frage gekommen, was tun, sollte es wirklich möglich sein, solche Beträge herauszuwirtschaften, ich meine Zinsen zu zahlen heißt den Betrag Netto zu haben, dann muß ich fragen, was jene mit dem Geld tun, die heute abgezahlt haben und Gott sei Dank haben wir im Fremdenverkehrsbereich gesunde Betriebe, die kein Fremdkapital oder nur wenig Fremdkapital zur Zeit aufgenommen haben. Was wird mit diesem Geld geschehen, wird es in der heimischen Wirtschaft investiert, wo ist es und sieht man es dann irgendwo auch im Rahmen der Steuererklärung, weil irgendwo muß es dann zum Vorschein kommen, wenn auch einmal abgezahlt wird, wenn solche Beträge insgesamt erwirtschaftet werden können. Das hätte sich jemand ausrechnen müssen, denn sonst hätte er nicht ein solches Abenteuer eingehen können.

Man spricht ja nur, daß man demjenigen helfen will, der unverschuldet in diese Situation gekommen ist, der es aufgrund der Hochzinspolitik heute nicht mehr schafft. Nun habe ich mir in etwa doch und ich glaube, diese Daten stimmen, herausgesucht, wie die Zinssätze damals waren und man redet hier nur von jenen im Jahre 1979 und im ersten Halbjahr 1980, denn alle jene, welche 1978 gebaut haben, konnten ja noch mit einem Zinssatz, inklusive 79 hat man bei der Bodenkreditanstalt 14 bis 15% Zinsen gezahlt. Damals waren die Möglichkeiten noch vorhanden, das Geld auch bei der Bodenkreditanstalt zu bekommen. Nur jene, welche es dann nicht mehr bekommen haben, und ich glaube, hier sind es dann ganz wenige, sind aufgrund der Aufnahme von

kurzfristigen Darlehen bei den örtlichen Banken in welche Zinssituation gekommen? Vom 1.1.1980 an waren es 17 bis 17 1/2%, Oktober 1980 18 bis 19 1/2%, April 1981 22 bis 23%, September 1982 21 bis 22%. Wenn es langfristig über die Sparkasse gegeben wurde, teilweise kurzfristige Darlehen wurden mit 1 plus oder 1,5% höher aufgenommen.

All diese Fragen müssen diejenigen untersuchen, die dann in der Kommission die schwierige Aufgabe haben werden, die Spreu vom Weizen zu trennen. Aber ich habe und ich wollte dies alles so bringen, um meine Bedenken dahingehend zu äußern, daß wohl die Richtlinien, die man als Landesregierung festgelegt hat, bzw. die der Landesrat dargelegt hat, wie die Förderung im Rahmen dieses Artikels aussieht, nur gewähren will, ausgehend von der Feststellung, daß nur derjenige etwas bekommt, der a) alles andere eben einsetzt, um nur diesen Betrieb retten zu können, b), der einen realistischen Finanzierungsplan hatte und in die Hochzinspolitik gekommen ist. Ich komme einfach nicht hin, mir vorzustellen, wie realistisch der ausschauen hätte können, angesichts dessen, was ich mir erlaubt habe hier vorzubringen und Sie auch etwas zu überstrapazieren.

Weiters glaube ich, daß bereits im Jahre 1979, wenn nicht schon im Jahre 1978 Italien in der Währungsschlange war. Wenn nun im Bericht es weiter ausgeführt ist, es steht wörtlich "wegen des derzeitigen Mangels an Arbeitsplätzen müssen die Gastbetriebe den Industrie- und Handwerksbetrieben gleichgestellt werden. Industrie, Handwerk und Handel bietet Jahresstellen als Arbeitsplätze." Die Frage, wieviel Jahresstellen gibt es bei den nun zu fördernden Betrieben. Sind es kleine Familienbetriebe, wo die Inhaber selbst dort arbeiten, dann ist unter Umständen die Frage zu stellen, ob sie bei einem kleineren Ausmaß besser gelebt hätten und den Arbeitsplatz gesichert gehabt hätten, als daß sie sich vielleicht aufgrund der allgemeinen, ich möchte fast sagen, des, verzeihen Sie mir, Größenwahnsinns, weil man an die Unendlichkeit des Wachstums geglaubt hat, eben so groß geplant hat und nun in diese Schwierigkeiten gekommen ist.

Ich möchte die Aussage im Zusammenhang mit dem Grundgesetz, ich meine, der Grundtenor des 23er Gesetzes für das Gastgewerbe könnte akzeptiert werden, d.h. wenn der gesamte Wirtschaftsbereich als solcher in Schwierigkeiten wäre und um die Arbeitsplätze zu sichern müßte man aufgrund des Gleichheitsprinzips sicher diesem Gesetzentwurf zustimmen. Das würde aber, und da kommt das Aber, nur der Förderung der Konsolidierung gelten, oder der Förderung von Qualitätsverbesserungen im Sinne des Landesentwicklungsprogrammes. In diesem Gesetz, auch was für die Zukunft Gültigkeit hat, spricht man von Erweiterung und ich glaube, in diesem Zusammenhang ist der Art.2 dann nicht mehr einsichtig, wenn man davon ausgeht, daß in Zukunft die Richtlinien für die Durchführung dieses Gesetzes aufgrund der Richtlinien des Landesentwicklungsprogrammes ausgesehen haben und dort finden wir einfach nichts mehr von Erweiterung, ich meine um korrekt zu sein, (verweist man auf eventuell unterentwickelte Gebiete, wo gar nichts vorhanden ist) ansonsten aber ist es sicher nicht mehr im Sinne der allgemeinen Richtlinien, daß man von Erweiterung spricht.

1,6 Milliarden Lire also für fünf Jahre rückwirkende Förderung von Quantität, weil für Qualität bereits früher Förderungsmittel ausgegeben wa-

ren, also nicht verständlich und das will auch draußen niemand verstehen, da man seit 1979 keine Quantitätsförderung wollte. Das beweist auch das vom Landausschuß verabschiedete Reglement, wonach nur Qualität zu fördern ist, man hat eine Kommission eingesetzt, die nur aufgrund dieser Richtlinien schon im Jahre 1980 operiert hat, vielleicht schon 1979, ich habe die Unterlage nicht mehr bei der Hand gehabt, ich weiß nur, was wir im Jahre 1981 bei der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes dieses Reglement zugrunde gelegt haben, um damals die noch verschärfte Einschränkung zu machen, daß auch Qualitätsförderung nur in den siedlungsgefährdeten Gebieten zu machen war, weil man einfach eingesehen hat, daß hier die Förderung nicht notwendig war, sondern daß in wirtschaftlich erschlossenen Gebieten auch eine Qualitätsverbesserung aus eigenen Mitteln zu bestreiten gewesen wären.

Noch bevor die Allgemeindiskussion um den Landesentwicklungsplan in Gang kam und die Nervosität unter der Bevölkerung wegen des ständigen Zuwachses des Fremdenverkehrs zunahm, fragte ich einmal Landesrat Spögler, ob er nicht doch etwas tun könnte, um einen Bettenstopp zu bewerkstelligen, da doch alle der Meinung sind, daß wir einfach genug haben. Da sagte er mir folgendes, was ich auch zur Kenntnis nahm: In einer freien Marktwirtschaft kann jeder tun und lassen was er will, wenn wir ihm keine Förderung geben. Wir geben niemandem eine Förderung mehr im entwickelten Gebiet und so kann, was die Quantität betrifft, nirgends keine Förderung mehr und so kann man es niemandem verbieten, noch zu bauen. Ich habe es zur Kenntnis genommen. Nun wissen wir aber alle, daß die Marktmechanismen nicht nur Anreiz auf Gewinn, sondern auch Risiko des Verlustes sind. Wenn man von der freien Marktwirtschaft redet und diese auch ehrlich meint, muß man von beiden Marktmechanismen reden, also Risiko des Verlustes und Gewinnstreben. Es darf nicht nur, so lange es gut geht, auf die freie Marktwirtschaft hingewiesen werden, bei abzeichnenden Schwierigkeiten jedoch nach der öffentlichen Hand, nach Staat gerufen werden.

Anläßlich der langen und breiten Diskussion um den Landesentwicklungsplan hat Karl Nicolussi einmal folgendes ausgeführt: Wie sollen die Marktmechanismen aussehen, Hoffnung und Furcht muß sich die Waage halten. Freie Marktwirtschaft kann nicht Verteilermensa von Förderungsmitteln sein.

Es wurde damals also bewußt nur Qualität und nicht Quantität gefördert, so wie bereits im Jänner 1980. Ich zitiere wieder das vorher genannte Papier, worin folgendes ausgesagt wurde: Der HGV hat schon am Ende der 60er Jahre und immer wieder und bei jeder Gelegenheit die Förderung der Qualitätsverbesserung anstelle der Quantitätserweiterung groß geschrieben. Er hat auch bei politischen Stellen sich dafür verwendet, um über Zinszuschüsse die nötigen Anreize zu schaffen und wenn wir kritisch zurückblicken, dann können wir sagen, daß an und für sich sehr vieles in den letzten 10 Jahren modernisiert, qualifiziert und auf alle Fälle verbessert wurde. So hatten alle diese Aussagen und Warnungen nichts genützt, die freie Entscheidung des einzelnen war nicht mehr mit den Bedürfnissen der Allgemeinheit in Einklang zu bringen. So mußte im Rahmen der Diskussion und Verabschiedung des LEP und dessen Nachfolgegesetz zu dirigistischen Maßnahmen, so wie man es genannt hat, gegriffen werden, und zwar über die Urbanistik. Als dies aber bekannt wurde, ging das Wettrennen erst richtig los, unbeschadet aller War-

nungen. Ich habe vorhin die Ziffern genannt. Am 20. Juli 1979 hat die Landesregierung die Ausarbeitung des LEP in Auftrag gegeben. Der erste Entwurf ist in den Wintermonaten 1979/80 eingehend mit den Sozialpartnern diskutiert worden. Das steht in dieser Broschüre am Eingang zu lesen. Am 10. März 1980 ist der erste Teil von der Landesregierung einstimmig genehmigt worden. Der zweite Teil wurde im Juni 1980 dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt.

Nun einige Hinweise auf diese Aussagen, die ich einfach hier an dieser Stelle anbringen möchte, wenn es heißt: "Es ist das Grundanliegen des neuen Entwicklungsmodells - das ist Winter 1979/80 - , daß die bisher uneingeschränkte Entwicklung der Beherbergungskapazität durch eine sparsamere Nutzung von Flächen und des natürlichen landwirtschaftlichen Reichtums gezügelt wird, damit wird dem Bedürfnis entsprochen, den weiteren Fremdenzu- strom nicht durch Erweiterung der Kapazität zu bewältigen. Das quantitative Wachstum des Fremdenverkehrs, hauptsächlich der Bettenkapazität auch der Nichtgewerblichen, soll begrenzt nur mehr in wenigen noch nicht entwickelten Gebieten zugelassen werden, während die qualitativen Verbesserungen der bestehenden Betriebsanlagen in einem zu bestimmenden Ausmaß anzustreben sind. Und wenn es hier nur um diese wenigen (in unterentwickelten Gebieten) Betriebe ginge, könnte man auch nichts einwenden. Die Erweiterung der gast- gewerblichen Betriebe im landwirtschaftlichen Grün wird im Rahmen der vor- handenen Kubatur auf qualitative Verbesserung beschränkt. Und wenn man dann angesichts dieser Aussage all das noch einmal in Erinnerung ruft, was hier gesagt wurde und was überall zu lesen war und was jeder selbst erlebt hat, dann können wir doch auch die allgemeine Stimmung zu diesem Gesetz verste- hen. Wenn wir nun bei diesem Gesetz davon ausgehen, daß all das, was bis zum 30. Juni geschehen ist, in die Absolution, wenn ich so sagen darf, und nur das andere, was darüberhinaus geworden ist, aufgrund des Beschlusses im Landtag nicht mehr in die Diskussion fällt, dann glaube ich, hat man eigentlich das Band schon ziemlich weit gestreckt. Denn wenn man davon aus- geht, daß man sagt oder daß man annimmt, der Bürger kann nur für etwas ver- antwortlich gemacht werden ab dem Datum, daß er es weiß, so muß ich sagen, daß ich auch das Datum März 1980 für die Genehmigung des LEP hernehmen kann, der Landesausschuß hat dieses Datum gesetzt, wo er es einstimmig ge- nehmigt hat. Denn im Amtsblatt veröffentlicht ist es ja nicht geworden, der Landesentwicklungsplan ist im Landtag nur in Form einer Tagesordnung geneh- migt worden, hat also nicht Gesetzeskraft; und wenn wir davon ausgehen, daß die Bevölkerung es nicht erfahren haben könnte, so zitiere ich sicher viele Zeitungsartikel, wo es immer wieder geheißen hat, es ist noch nie etwas in der Öffentlichkeit so viel diskutiert worden als wie der Landesentwick- lungsplan, vielleicht auch negativ. Die Folgen, weil es alle gewußt haben, haben sie sich so schnell all das eingelöst, was sie noch geglaubt haben tun zu können, ohne die notwendigen und die verständlich notwendigen Rech- nungen zu machen, die sich jeder einzelne im eigenen Sack hätte machen sol- len.

Wenn man nun die Zielsetzungen aber im Teil zwei für den Fremdenver- kehr sieht, und ich meine hier den Art.2, wonach dann das Grundgesetz, das wir heute verabschieden, auch morgen Gültigkeit haben soll, dann müßte die

Erweiterung, was hier die Erweiterung betrifft, herauskommen und es wünschenswert nur in der Übergangsbestimmung drinnen sein, denn die Zielvorgabe heißt, a) Konsolidierung und qualitative Verbesserung des touristischen Angebotes, Förderung von energiesparenden Investitionen im Gastgewerbe, Ausbau der Weiterbildung im Fremdenverkehr, Erhaltung und Verbesserung des alpinen Vermögens, Förderung der lokalen Fremdenverkehrsorganisationen, usw. Unter Vorhaben der Konsolidierung und qualitative Verbesserung des touristischen Angebots und Förderung von energiesparenden Einrichtungen im Gastgewerbe spricht man von 30% der verfügbaren Mittel, mit diesem Gesetz ändert man es ab, weil man sagt, die 30prozentige Festschreibung ist nicht gerechtfertigt, weil, und das ist einsichtig, im Rahmen des normalen Baues das sowieso gemacht werden muß. Das stimmt, denn energiesparende Maßnahmen (Wärmedämmung, usw.) sind ja inzwischen durch ein Staatsgesetz geregelt, wo ja keine Lizenz gegeben werden kann, Baugenehmigung, wenn dies nicht dabei ist. Aber ich komme dann immer wieder in Schwierigkeiten zu denken, daß man hier wohl die 30prozentige Mittel reserviert, weil man ja nicht an die Förderung des Baues insgesamt gedacht hat und somit doch die Berechtigung gewesen ist. Man könnte den Prozentsatz reduzieren, aber hier geht er für die Zukunft verloren und somit möchte ich sagen, es ist somit keine Abänderung eines organischen Gesetzes, man hätte es besser trennen müssen und das ist mir eigentlich erst bei der Vorbereitung zur Diskussion um dieses Gesetz jetzt besser aufgefallen, daß man, einmal, weil man das Gesetz ja für die Zukunft macht und einmal die Übergangsbestimmung mit all dem einfügt, was eigentlich früher ein eigenes Gesetz gewesen wäre, hier hätte besser trennen sollen, um dann wohl im Rahmen der Richtlinien zum LEP oder mit dem konform zu gehen.

Man hat sogar, um diese Öffentlichkeitsarbeit und Forderung nach Einschränkung und Ruf nach dem endgültigen Gesetz des Stoppens 1980 auch sogar eine eigene Bürgeraktion für die Landesentwicklung, angeführt von unserem Kollegen Peterlini, ins Leben gerufen, der versuchen wollte auch zu unterstreichen, daß es unmöglich ist, noch weitere Betten dazuzubringen. Ich möchte nur auf einige Meilensteine hinweisen, die immer wieder darauf hingeezielt haben, damit die Öffentlichkeit gewußt hat, um was es geht, sehr viele haben es in der Zwischenzeit vergessen. Also, jeder der es hören wollte hat ab 1977 die Situationen verfolgen können, alarmierende Aufrufe waren zu hören.

Nun zum Hauptargument, das wir heute als Damoklesschwert über uns haben, es ist die Arbeitsplatzsicherung. In den vergangenen zwei Jahren haben wir, wie aus den Ausführungen vorher auch zu entnehmen war, die größten Schwierigkeiten gehabt, davon auszugehen, daß wir die Arbeitsplätze im Verhältnis zum Arbeitskräfteangebot nicht noch mehr verschieben. In diesem Punkt ist sicher das Landesentwicklungsprogramm 1980/82 abzuändern, denn die Ziffern, die dort vorgezeichnet waren als prognostizierte Zahlen für diese drei Jahre sind, sicher weit davon entfernt, daß sie realistisch sind. Nun, in diesem Zusammenhang könnte man auch einer Maßnahme zustimmen, wenn es darum geht, Arbeitsplätze jetzt zu sichern. In diesem Zusammenhang die konkrete Frage, sofern es möglich ist, eine Antwort zu bekommen: wieviel provinzfremde Arbeitskräfte sind derzeit im Gastgewerbe noch beschäf-

tigt? Ich wiederhole die Frage, ich habe sie schon eingangs gestellt: wieviel Ganzjahresstellen können mit diesen Beiträgen gesichert werden? Hätten einige Familienbetriebe, und um solche geht es wohl, eventuell vorher schon ein Arbeitsauskommen und gesichertes Einkommen gehabt? Es ist aber vielmehr wünschenswert auch die Frage zu stellen, wieviel Arbeitsplätze im Baugewerbe in den Zulieferbetrieben der Handwerker durch diese Situation im Fremdenverkehr in Gefahr sind, bzw. wieviel Arbeitsplätze sind bereits verlorengegangen? Handwerker und Bauunternehmer und Industriebetriebe sind aufgrund der Ausstände und nichtbezahlten Guthaben in arge Schwierigkeiten gekommen und es wurde im letzten Jahre eine erhöhte Förderung der Handwerksbetriebe gefordert und man hat auch darauf hingewiesen in diesem Zusammenhang, daß das Handwerk für das Gastgewerbe Bank spielen muß. Das war auch einer der Gründe, warum wir damals dem Förderungsgesetz für das Handwerk zugestimmt haben, nicht aber für die Rückwirksamkeit. Auch damals waren wir nicht der Meinung, daß man rückwirkend Beiträge ausgeben sollte. Wenn uns heute der Vorwurf gemacht wird, daß wir keine Schwierigkeiten gehabt haben angesichts der gleichen Situation, wenn die Gleichwertigkeit der Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Wirtschaftsbereiche eingesehen wird, warum man damals keine Schwierigkeiten gehabt hat, diesen Förderungsgesetzen zuzustimmen, heute jedoch diese Schwierigkeiten hat, so muß ich sagen, daß auch angesichts dieser Situation, daß bereits einmal schon eine Förderung war, weil in diesem Zusammenhang, wenn die ausständigen Raten oder die Guthaben den Handwerkern gegenüber nicht beglichen werden, haben die hohen Zinssätze wünschenswert die Handwerksbetriebe, Baugewerbe und dergleichen bezahlt, weil durchwegs ja die Gelder nicht bei den Banken alle aufgenommen worden sind. Heute wissen wir, ich zitiere beispielsweise die Firma Schweizer, die in argen Schwierigkeiten ist, die 140 Beschäftigte hat, aufgrund der in Schwierigkeit geratenen Gastbetriebe, ob sie nicht ihren Betrieb auch schließen wird müssen oder um wieviel sie ihre Belegschaft reduzieren muss; und das sind sicher Betriebe, die auch nicht in diese Förderung fallen oder in diese Richtlinien fallen, die wir nun hier festgelegt haben bzw. die festgelegt worden sind.

Nun schiene es mir sinnvoller, nur wird es nicht durchführbar sein, daß man in diesem Falle diese Betriebe mehr unterstützt, weil sie aus dem Umstand des vorher Gesagten in die Schwierigkeiten gekommen sind, und nicht nur sie in Schwierigkeiten sind, sondern die anderen mitgerissen haben, immer ausgehend von einer Situation, die wir seit drei Jahren gepredigt haben, daß wir sie nicht brauchen. Hätten wir, und gestatten Sie mir, daß ich es noch einmal sage, hätten wir damals dieses Überangebot nicht mehr realisiert, hätten wir nicht damals die provinzfremden Arbeitskräfte gebraucht und wir hätten bereits damals schon besser eingesehen, wie wir uns verhalten können, um abzusichern, daß wir für die Zukunft die Arbeitsplätze haben.

All dies hat der Landessozialausschuß auch noch einmal sich in Erinnerung gerufen und auch aufgrund der Schwierigkeiten der Einhaltung der wohl gut gemeinten Richtlinien und speziell wegen des Fehlens einer analogen Förderungsmöglichkeit für die Wohnungssuchenden bzw. der Kleinsparer, war er der Meinung, daß diesem Gesetz die Zustimmung nicht gegeben werden

kann. Ich möchte es auch hier sagen, daß es einfach schwer der Bevölkerung darzulegen ist, daß man, wenn man auch zugibt, es sich hier um große Beträge handelt, 1,6 Milliarden für vier fünf Jahre, so doch nicht einsichtig ist, wenn ein anderer, der mit gleichen Voraussetzungen nur mit verschiedener Zielsetzung oder mit gleicher Zielsetzung und verschiedener Voraussetzung das gleiche angegangen ist, nichts bekommt und ich denke da an jene, welche das Wagnis eingegangen sind, eine Wohnung zu kaufen oder zu bauen ohne Förderungsmittel des Landes, weil sie der Meinung waren, es vielleicht doch schaffen zu können und wir ja doch von Eigeninitiative als gute Eigenschaft des Südtirolers es immer wieder unterstreichen, der gerade auch wenschon in die Hochzinspolitik gekommen ist und aufgrund dieses Umstandes heute in der gleichen Schwierigkeit ist, nur daß wir immer noch Wohnungen brauchen und Betten bereits längst schon genug gehabt haben, hier dann auf der anderen Seite nicht geholfen werden kann und auf der anderen Seite hier geholfen wird und das wird die Bevölkerung einfach nicht einsehen wollen. Wir haben einfach gemeint, daß wenn gleichzeitig eine spezielle Norm auch für den Wohnungsbau gemacht würde, könnte man auch diesem Gesetz die Zustimmung geben, weil bestimmte Vorbehalte oder Argumente, die man anderen sagen kann, weil sie nicht gerechnet haben, dann auch für diese im Falle zutreffen, und ich wiederhole, nur mit anderem Resultat dahingehend, daß man weiß, daß wir immer noch Wohnungen brauchen. So denke ich an jene Fälle, welche schon in früheren Jahren angesucht habe und zur Wohnbauhilfe deswegen nicht zugekommen sind, weil Punkte gefehlt haben und aufgrund unseres Punktesystems eben nicht immer nur die wirtschaftliche Situation berücksichtigt wird, sondern wenn jemand beispielsweise in den letzten drei Jahren geheiratet hat, bekommt er fünf Punkte, ein Förderungswürdiger hat sicher über 20 Punkte, die Familie ist die selbe, die Einkommen sind dieselbe, das Jahr später, weil er in diesem Jahr nicht die Möglichkeit hatte des Ansuchens, hat er nur mehr 15 Punkte, also ist er nicht förderungswürdig. Man sieht, daß hier irgendwo andere Maßstäbe angesetzt werden, wenn gleich die Ausgangssituation dieselbe ist. So wären wir der Meinung gewesen, wenn solche jetzt gefördert werden könnten, weil sie im Bau sind oder diejenigen, welche im Jahre 1981 angesucht und wegen Fehlens geringfügiger Dokumente ausgeschlossen wurden, weil man eben im Bereich des sozialen Wohnungsbaues dem Buchstaben getreu alles durchführt, was auf der einen Seite ja gut ist, aber gemessen an den anderen Förderungskriterien es viel zu streng ist, wenn es dort wesentlich elastischer ist. Dann gibt es solche Fälle, einige 30 bis 40, die seit Jahren im Amt warten, die Voraussetzungen zur Förderung hätten, nur weil man ihnen nicht unbedingt bei der Planung gesagt hat, daß die vorgeschriebenen Quadratmeter stimmen müssen, Sie wissen ja, daß man im Bereich des Wohnungsbaues alles mit Gesetz geregelt hat, also wer mehr als 110 m² hat, wer 111 m² netto Wohnfläche hat, kann nicht mehr zugelassen werden, auch wenn er 30 oder 40 Punkte hätte. Solche Fälle sind da, die hätten wohl die anderen Voraussetzungen, aber weil sie diese Fläche überschritten haben, können sie nicht finanziert werden, daß man eine einmalige Sanierung dieser Fälle auch einmal durchführen könnte. Dann meine ich, nicht zum Schluß, ich meine fast als ersten Punkt sagen zu müssen, jene, welche auch früher gekauft oder gebaut haben und keinen Beitrag

bekommen haben, weil sie damals wirklich geglaubt haben, absagen zu können, jetzt aber aufgrund unverschuldeter Situation, entweder aufgrund eines Härtefalles, der Mann gestorben ist oder keine Arbeit hat bzw. aufgrund der Hochzinspolitik die Rückzahlung nicht mehr geschaffen wird, daß man diesen mit wenig Geld helfen könnte und ich meine da im Verhältnis 1:10. Wenn man nur dasselbe Gesetz anwenden würde, 1,6 Milliarden auch nur für fünf Jahre, 8% Zinsen auf 60 Millionen, also genau 1:10, könnte man 320 bis 350 Leuten helfen. Wenn nicht so viele wären, könnten auch die, die noch bauen möchten, vielleicht mit dieser Maßnahme auch noch etwas anfangen, es wäre auch nicht so viel Geld, aber man könnte allgemein der Bevölkerung sagen: wir haben alle Härtefällen, alle Notsituationen aufgrund der veränderten Situation, aufgrund auch, wenn sie wollen, von höherer Gewalt, eingesehen, nicht nur in diesem Bereich, im Landwirtschaftsbereich haben wir es schon zu Beginn getan, bessere Gesetze in Industrie und Handwerk sind gemacht worden - wobei ich noch sagen möchte, anscheinend sind Industriegelder noch nicht ausgezahlt, obwohl seit 1978 das Gesetz ist, aber anscheinend immer noch Schwierigkeiten, überhaupt eine Lire an den Mann zu bringen, so glaube, könnte man auch hier einsehen, daß eine solche Maßnahme verabschiedet wird und ich glaube, ich wäre überzeugt, daß die ganze Bevölkerung es dann einsehen würde und wir nicht alle in die Situation kämen, den Mann auf der Straße, dem vielleicht nur drei Millionen Lire fehlen, weil er nur sieben Millionen verdient und drei Kinder zu Hause hat, aber zwei Millionen nicht mehr zahlen kann, wenn man dem die zwei Millionen vorenthält, dem anderen 48 Millionen im Falle im Jahre gibt und mit der Fragestellung, ob er es dann doch noch schafft, dann weiß ich nicht, wie man es ihm sagen soll oder klarmachen soll, daß wir das nicht gesehen haben, wenn wir das andere gesehen haben. Wir könnten die positiven Dinge, die irgendwo auch mit dieser Maßnahme, wie ich schon aufgezeigt habe, herauszulesen wären, leichter an den Mann bringen als es heute der Fall ist, wenn wir auf der anderen Seite diese Möglichkeit nicht haben.

MÜLLER (SVP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Landesgesetze sollten öfter verbessert werden und ich sehe in diesem Gesetz außer in diesem einen Punkt, der ja sehr umstritten ist, wie man hört, doch auch viele andere grundlegende Verbesserungen. Ich werde dann im Laufe der Generaldebatte darauf zurückkommen.

Wir alle wissen, daß dieses Gesetz irgendwie notwendig war, denn innerhalb kurzer Zeit hat sich eben eine Situation ergeben, aber nicht nur auf dem Fremdenverkehrssektor, sondern auf dem gesamten wirtschaftlichen Sektor, weltweit, auch landesweit, Situationen ergeben, die eben gewisse Gesetze praktisch unwirksam werden lassen. Und ich möchte hier nicht Statistiken, sondern ganz kurz einige Tatsache aufzählen.

Die von der italienischen Regierung erlassene Kreditrestriktion, die Hochzinspolitik, aber auch ein gewisser Rückgang im Fremdenverkehr, die nicht mehr so große Rentabilität im Fremdenverkehr haben dazu geführt, daß eben sehr viele Betriebe und wie viele es dann sein werden, das wird ja dann die im Gesetz vorgesehene Kommission endgültig festlegen, daß gewisse Betriebe eben in Krise geraten sind. Ich möchte da einmal etwas anbringen.

Man spricht immer von den langfristigen Krediten seitens der Bodenkreditanstalt, seitens der Investitionsbank anderer langfristiger Kredite, die allerdings vor Jahren noch niedriger waren, wir sind heute bei 20,9%, aber wir müssen eines bedenken, daß die Bodenkreditanstalt das Geld ja nicht beim Baubeginn gibt, sondern den Rest, und das ist immerhin eine sehr respektable Summe, erst dann ausbezahlt, wenn der Ansuchende die Bewohnbarkeitserklärung darbringen kann. Ich könnte Fälle aufzeigen, wo diese Bewohnbarkeitserklärung auch oft zwei Jahre lang aussteht, aufgrund von urbanistischen Ungeklärtheiten innerhalb einer Gemeinde, Denkmalamt, usw. und gerade Betriebe, die diese Gelder; mit denen sie im Finanzierungsplan gerechnet haben, dann oft erst nach ein zwei Jahren erhalten. Was müssen sie tun? Entweder sie bleiben das Geld dem Handwerker, dem Baumeister schuldig oder sie müssen mit kurzfristigen Kontokorrentkrediten operieren und da wissen wir alle, daß die bei die 25% herum liegen und auch schon vor Jahren so hoch waren. Infolgedessen ist da immer eine wirtschaftliche Kalkulation, eine wirtschaftliche Situation da, die eben manche Betriebe gerade durch diese kurzfristigen Kontokorrentkredite in Schwierigkeiten gebracht haben.

Wenn wir zu den einzelnen Artikeln nun ein wenig übergehen, ich glaube, eine Anhebung auf 8%, das ist meines Erachtens sogar noch eine bescheidene Anhebung und die Kürzung von 10 auf 5 Jahren, das wird für viele natürlich bitter sein. Denn innerhalb fünf Jahren ein Darlehen abzuzahlen, vielmehr, daß man eben nur auf fünf Jahre diesen Zuschuß bekommt, das ist manchmal sehr kurz bemessen.

Ich habe schon gesagt, daß die im Art. 3 bestellte Kommission und die Zusammensetzung, glaube ich, gibt uns schon Garantie, daß hier gewisse Spekulanten, und die wollen wir ja ausschalten, daß diese Kommission in ihrer Zusammensetzung wirklich garant ist, daß man diese Spekulanten eben ausschließen kann. Es ist auch keine allzu große Kommission, so daß, glaube ich, auch rasch gearbeitet werden kann, auch eine Voraussetzung der Hilfe.

Nun, die Finanzierung von jährlich 1,6 Milliarden in fünf Jahren ist meines Erachtens vielleicht angemessen, es würde vielleicht, wenn es mehr wäre, natürlich dem Landesrat auch recht sein, denn ich glaube, mit diesen Mitteln wird die Kommission wirklich die äußerste Strenge walten lassen müssen.

Was ich in dieser Gesetzesvorlage sehr positiv beurteilen möchte ist, daß man endlich das Datum nicht mehr des Baubeginnes, sondern daß eben bei abgeschlossenen Arbeiten die Einreichung von Gesuchen noch möglich ist und ich komme dann wieder darauf zurück. Wir wissen, wie schwierig es oft ist mit unseren Urbanistikgesetzen, wie schwer es oft die Gemeinden haben bei den Baugenehmigungen und hauptsächlich dann auch bei der Baubewilligung. Es gibt da so viele Sachen zu berücksichtigen, daß einer es manchmal beim Baubeginn gar nicht irgendwie erdenken könnte, was für Schwierigkeiten auf ihn zukommen.

Nun zu etwas, was hier immer wieder gebracht wird, als Negatives, daß man bei der Anwendung der Zuschüsse nur für Qualität und nicht mehr für Quantität spricht. Ich glaube, das ist in diesem Gesetz wohl nur eine Übergangsbestimmung. Denn ich glaube, alle, sowohl der Gastwirteverband wie alle Wirtschaftszweige, wie auch unser Landesrat Spöglner haben immer wieder

betont, daß Südtirol weiterhin in der Beherbergungsindustrie auf Qualität gehen muß. Wir haben aber einige Grenzwerte und da möchte ich schon ein wenig einmal auch die Gebiete streifen, die von Anbeginn nicht so gesegnet waren, wie das Überetsch, wie das Burggrafenamt, nehmen wir nur unsere Seitentäler her, wo heute die Bevölkerung auch neben der Landwirtschaft, die haben keine andere Möglichkeit, die können sich nicht irgendwie eine Industrie aussuchen oder irgendwie auch im tertiären Bereich, weil sie zu weit weg wohnen, sie müssen schauen, im eigenen Tal auch noch eine andere Wirtschaftssparte zu haben und da ist doch klar, daß neben der Landwirtschaft der Fremdenverkehr als geeignete Ausgleichssparte vorhanden ist. Und wenn wir hier dann noch unseren Betrieben und das sind wirklich bescheidene Betriebe, dann auch quantitativ helfen können, dann glaube ich, daß das auch zukünftig die Möglichkeit sein sollte.

Ich habe von den Zinsen bereits gesprochen. Noch etwas, der Slogan, der heute durch unser Land geht "wir wollen kein Land der Kellner und der Tellerwascher sein". Ich möchte da schon auch einmal zu bedenken geben, der Fremdenverkehr bietet neben Kellnerberufen und Küchengehilfen, usw. in den gesamten anderen Infrastrukturen des Fremdenverkehrs sehr viele Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung. Nehmen wir die ganzen Liftanlagen her. Tausende von Südtirolern finden hier ihre Beschäftigung und wenn es auch nur Saisonsbetriebe sind, aber ich habe schon gesagt, die Liftanlagen liegen ja nicht in unserer Talsohle, sondern am Berg, und die Leute, die den Sommer über in der Landwirtschaft tätig sind, finden dann eben im Winter, anstatt auf der "faulen Haut" zu liegen, eben bei den Liftanlagen ihre Anstellung.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß der Fremdenverkehr gerade die Wirtschaftssparte ist, die gerade unserem Handwerk und der Kleinindustrie wohl die meisten Absatzmöglichkeiten gibt. Wenn Frau Franzelin vorhin gesagt hat, man hat den Handwerkern geradezu einen goldenen Boden geboten in den guten Jahren der Entwicklung auf dem Hotelsektor, des Baues, daß sich da unsere Handwerker potenziert haben, übermäßig potenziert haben, ich glaube, ganz stimmt die Überlegung nicht. Denn wir müssen bei unseren Handwerksbetrieben und bei der Kleinindustrie schon ein wenig auch berücksichtigen, daß diese Betriebe, wenn es ein tüchtiger Handwerksbetrieb ist, wenn es eine tüchtige Kleinindustrie ist, der nicht nur von der Lieferung im eigenen Land Südtirol hier gelebt hat, sondern wir wissen, daß sehr viele Handwerksbetriebe und kleine Industriebetriebe seit Jahrzehnten exportieren und sich vor allem auch den Markt in Italien gesichert haben. Ich könnte Ihnen ein Beispiel sagen von einigen mehreren heizungstechnischen Handwerksbetrieben, die heute ihre Haupttätigkeit nicht einmal mehr in Südtirol ausüben, sondern in Oberitalien, weil unsere Betriebe aufgrund ihrer Erfahrung, die sie im eigenen Land gemacht haben, nun eben viel sicherer und viel bessere Angebote machen können. Ich glaube, daß das auch so sein sollte und wünschen wir uns nur, daß unsere Handwerksbetriebe und Kleinindustrie diese Möglichkeit weiterhin haben. Und wenn vielleicht der eine oder andere Betrieb, der sich ausschließlich nur auf die Hotels spezialisiert hat, daß der nun vielleicht Absatzschwierigkeiten hat, das, glaube ich, haben heute alle, denn wir wissen ja, daß die Krise weltweit, europäisch, national und auf Landesebene ist und infolgedessen müssen sie, und wenn sie

tüchtige Handwerker sind, werden sie sich bestimmt umstellen können und ich glaube, daß gerade die Gemeinden und andere öffentliche Einrichtungen auch in der Lage sind, weitere Aufträge zu geben. Ein Handwerksbetrieb, eine Kleinindustrie muß eben auch in der Lage sein, sich in der Produktion umzustellen und ich glaube, dazu gibt es auch die geeigneten Landesgesetze.

Abschließend zu diesem Gesetz muß man ja sagen, daß auch Hilfe geboten wird für die Betriebe, die aufgrund dieser Situation und nicht aufgrund von Spekulation in Schwierigkeiten geraten sind. Ich möchte hier der Kommission etwas empfehlen: diejenigen, die mit viel Eigenkapital begonnen haben und die trotzdem in Schwierigkeiten geraten sind, denen muß in erster Linie geholfen werden, denjenigen, die nur spekuliert haben, hoffe ich fest, daß die Kommission in der Lage ist, fachlich ist sie es, daß dann auch der Landesausschuß politisch die Kraft hat zu diesem Nein zu sagen.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, egregi colleghi, mi pare che il dibattito su questo disegno di legge si stia sviluppando in maniera molto seria e molto responsabile. Certi interventi che sono stati fatti anche da esponenti della maggioranza testimoniano, seppure ce ne fosse bisogno, dell'importanza e soprattutto del valore politico di questo disegno di legge, che non va sottovalutato proprio da questo punto di vista. E' logico che in una situazione quale si è andata creando quassù in Alto Adige, come in altre parti d'Italia, la concessione di contributi, soprattutto quelli a fondo perduto, genera in vasti strati della popolazione profonda perplessità e serie preoccupazioni. In queste occasioni viene spontaneo domandarsi: ma perché - come un proverbio ben noto suole ripetere - piove sempre sul bagnato? Da un po' di tempo a questa parte osserviamo che effettivamente la Provincia ha un occhio di riguardo, se così posso dire in termini anche eufemistici, per certe particolari categorie, mentre usa per altri il suo criterio di rigore e di severità. L'intervento della collega Franzelin a questo riguardo mi pare sia da riferire come un intervento chiaro, di tutto rispetto, che ha messo il dito sulla piaga.

Nella situazione in cui ci troviamo in Alto Adige oggi, il problema della casa assume un aspetto rilevante, e se anche si può sostenere che molto si è fatto, che si è venuti incontro a tutte le esigenze, bisogna pure, tirando le somme di tutta un'azione politica, di tutta una legislazione, affermare che purtroppo non si è fatto abbastanza, mentre si è subito pronti a rifinanziare leggi, a muoversi nell'ambito di certi settori che, purtroppo è da dire, non hanno avuto prudenza, non -, non c'è dubbio che c'è stato qualcuno che ha fatto il passo più lungo della gamba. E allora serve, Assessore Spögl, dire: la Commissione che noi adesso nominiamo valuterà ed eviteremo che certamente siano premiati gli speculatori. Non c'è dubbio, però, che questa legge comunque premia un certo tipo di attività che, a nostro giudizio, non si è presentata e non si presenta oggi come un'attività che ha tenuto conto di quelle che erano le effettive esigenze, le effettive possibilità e non ha valutato appieno seriamente i proclami di crisi che già si presentavano alcuni anni fa e che erano indiscutibilmente alla portata di tutti, in particolare di un'associazione, di una categoria

quale quella degli albergatori, che certamente non fa e non ha mai fatto, soprattutto in Alto Adige - di questo bisogna dare atto - una politica avventata, una politica che non sappia vedere oltre quelli che sono gli elementi, i motivi spiccioli a portata di mano di tutti. Credo che anche in passato, anche qualche anno fa si siano notati sulla stampa diversi articoli e diverse valutazioni; le forze politiche, le forze economiche stesse hanno fatto certe valutazioni su un dato di fatto che oggi possiamo riscontrare in questo settore. Quindi, non c'è dubbio che si sia andati un po' oltre quelle che erano le vere esigenze e si è voluto ingrandire ed aumentare i posti-letto oltre l'effettiva necessità. Si sono fatte costruzioni molto ricche e molto belle, che magari si arricchiscono anche il paesaggio e che danno tono e classe a questi nostri paesi della provincia e delle vallate, ma che in effetti poi devono anche essere mantenute ad un certo livello e quindi costano quello che costano e così non sempre, Assessore Spögler - ho notato nella Sua relazione - si può dire che i prezzi siano rimasti invariati. Ecco, questa è una Sua affermazione che a mio giudizio andava anche suffragata da prove concrete.

CONSIGLIERE: (interrompe - unterbricht)

MITOLO (MSI-DN): No, no, lo ha detto. Adesso non ho sotto mano il documento, ma questa nota mi è saltata all'occhio... non lo trovo in questo momento, comunque posso fidarmi della memoria. Credo che al salto di qualità del servizio è corrisposto il salto di costo e di richiesta di pagamento di questo servizio, senza che, io credo, si sia incentivato di un grande numero le forze di lavoro, perchè si è razionalizzato molto, e perchè in questo senso, si è, credo, fatto un passo avanti in quella che è proprio l'organizzazione specifica dei servizi, non certo per mantenere, come ho sentito poc'anzi ripetere dal collega Müller e dalla signora Franzelin, il livello degli altoatesini a quello dei lavapiatti e dei più modesti prestatori d'opera. Naturalmente servono anche quelli e verso gli stessi bisogna avere tutta la considerazione ed il rispetto che meritano anche e soprattutto quando vengono da altre province ed in particolare dal Sud. Per cui questo tipo di discorso non mi convince nel modo più assoluto.

Ma entrando proprio in quelli che sono i criteri della legge, in fondo in fondo diciamo - questo lo possiamo anche riconoscere - che non è che comporti chissà quale grande spesa il miliardo e 600 milioni per 5 anni, cioè esattamente otto miliardi in 5 anni; però essi possono dare adito, come danno adito, a grosse perplessità ed a grossi dubbi. Nella relazione della Commissione si dice che si sono prese in esame 146 aziende alberghiere. Mi pare che nella relazione della Commissione si dica che 184 aziende sono in crisi, di queste 146 sono state analizzate e di queste ancora un terzo circa non possono venire risanate. Resterebbero quindi praticamente 146, di cui circa 85, 90 aziende sarebbero in condizioni delicate e che possono, con ulteriori interventi, essere salvate. Io ho i miei dubbi che basti questa legge a risanare aziende fallimentari in questo settore, ho i miei dubbi che in effetti possa riuscire determinante la legge per questo tipo di aziende in crisi.

Poi sono in crisi perchè - a quanto si riferisce - l'annata di lavoro non è stata particolarmente felice, mentre ora mi risulta che, per esempio, l'annata del 1982 è stata di gran lunga superiore al 1981 e che quindi sembra abbia portato un certo respiro. Per 80 aziende, per un'ottantina di aziende noi stanziamo grosso modo 8 miliardi in 5 anni. Ecco, è questa la sproporzione che salta agli occhi, per cui ci si preoccupa - dal punto di vista dell'Assessorato naturalmente la cosa è logica - di un numero limitatissimo di aziende delle quali non poche certamente hanno commesso degli errori, mentre restano viceversa sul tappeto della politica della Giunta provinciale e dell'azione di intervento altri grossi problemi quale quello, come citavo per esempio, del finanziamento per l'acquisto della casa con i contributi che abbiamo dovuto l'anno scorso bloccare per mancanza di fondi.

Ora, da questo punto di vista per noi, oggettivamente ed obiettivamente, anche se comprendiamo l'esigenza d'intervento, ci sembra che esso sia un intervento eccessivo. Comunque, nel presentare la legge, sarebbe stato opportuno mettere a disposizione dei consiglieri un'analisi dettagliata della situazione di possibile intervento. Quando l'Assessore nella relazione dice: "La bozza dei criteri potrà venire inviata ai consiglieri prima della trattazione del disegno di legge in Consiglio provinciale" ci si riferisce ai criteri della commissione che dovrebbe selezionare e vagliare l'intervento. Io mi sarei atteso intanto di ricevere questa bozza, che invece non è venuta, e quanto meno mi sarei atteso, oltre ad una relazione di carattere generale, così come è stata presentata, avendo sicuramente la Giunta, prima di proporre la legge, discusso con l'Associazione Albergatori, con le associazioni interessate, mi sarei atteso un dettaglio delle specificazioni maggiori per poter anche avere il conforto, dal controllo di dati effettivi, di una maggiore possibilità di giustificazione di questo intervento.

Io non mi dilungo molto su questo argomento; so perfettamente e concordo con quanto esprime la relazione dell'Assessore e anche quanto è stato rilevato dai colleghi, che cioè certamente il turismo è una delle attività trainanti della provincia di Bolzano, ma non direi che esso è entrato in crisi per l'entrata dell'Italia nello SME, come se questo fosse un elemento determinante. Certamente il tasso di inflazione che ha colpito l'economia italiana più delle altre economie europee, pesa in maniera grave sullo sviluppo di certe iniziative e soprattutto su chi, avendo ad un dato momento cercato di far fronte a certi impegni con le proprie forze, si trova oggi a dover affrontare proprio la "grinta" delle banche, che come tutti sanno, non hanno avuto e non avranno mai rispetto della buona volontà e delle brave persone che magari entrano in crisi non per colpa propria.

Ma qui non si è in crisi soltanto per aver voluto affrontare i problemi da soli, come sembra che facciano sempre i sudtirolesi e come ha detto anche la signora Franzelin. Vero è che da quando è arrivata "mamma Provincia", egregio Assessore Spögler e gentile signora Franzelin, i sudtirolesi si sono abituati a guardare la Provincia come una bella mucca da mungere. E mungono spesso e volentieri. Ora, posso credere che ci sia stata certamente da parte di qualcuno e da parte di qualche imprenditore sorpresa per gli

avvenimenti che sono capitati, ma nella maggior parte dei casi non c'è dubbio che sono andati oltre quelle che erano le loro possibilità, secondo me speculando, pensando che una volta entrati in crisi sicuramente la Provincia non li avrebbe abbandonati e non li avrebbe lasciati sull'orlo del fallimento.

Ora noi ci troviamo in tempi, Assessore Spögler ed egregi colleghi di Giunta e di Consiglio, in cui non è possibile certamente fare discorsi soltanto col buon cuore, col sentimento; dobbiamo purtroppo guardare realisticamente ed obiettivamente a tutta la situazione che coinvolge più strati di popolazione, che coinvolge più categorie sociali ed economiche, verso le quali non dobbiamo dare assolutamente l'impressione di essere parziali, di avere sempre un occhio di riguardo per certuni, e di accettare come buone soltanto le giustificazioni che vengono e che addossano sempre ad avvenimenti esterni, alla politica del Governo, alla politica economica mondiale, alla crisi del petrolio, sempre ad altri le responsabilità di quello che è capitato e che stiamo soffrendo. Abbiamo anche noi le nostre responsabilità e non sempre abbiamo il coraggio di metterle in luce, di assumerci le conseguenze di certi errori e di certe valutazioni. Per il momento non ho una esatta valutazione di questa questione, per cui spero che l'Assessore nella sua replica dia maggiori chiarimenti e maggiori suggerimenti, dato che a suo tempo questa legge l'abbiamo votata, per cui è nelle previsioni anche la possibilità del rifinanziamento. Sarebbe da parte nostra una presa di posizione incoerente se oggi come oggi ci ponessimo contro questo disegno di legge solo per il fatto che ci viene presentato, e non tenessimo conto di quelle che possono essere le questioni reali sul tappeto. Però, anche a leggere la relazione ed anche, soprattutto, a seguire le valutazioni che sono state fatte in sede di Commissione, non mi sento di accettarlo sic et simpliciter e per questi motivi non credo di potermi opporre in toto, ma non credo neppure di poterlo approvare, valutando, come mi sembra giusto, la proposizione che faceva proprio il consigliere Franzelin in chiusura del suo intervento, quando si riferiva ad altri provvedimenti soprattutto per quanto riguarda il campo dell'edilizia abitativa agevolata.

A questo proposito mi preme sottolineare che da tempo era stata promessa la variazione o la presentazione di un altro provvedimento di legge che completasse quello che avevamo votato con molta urgenza, ma purtroppo - sarà colpa della Commissione dei Sei, sarà colpa della Commissione dei Dodici o di altre attività - il nostro Assessore Benedikter, mi dispiace, non lo vediamo spesso qui in Consiglio provinciale, ma lo sappiamo sempre impegnato a Roma. Quindi, sarebbe tempo che queste variazioni venissero presentate. Se fosse stata presentata anche quella variazione con opportuni inserimenti, credo che questo provvedimento di legge sarebbe stato visto anche sotto un altro aspetto, sotto un'altra luce, con il vantaggio, credo senz'altro, di impegnare il Consiglio anche a considerare questo particolare aspetto di una categoria che non va discriminata, Assessore, rispetto ad altre. Io non vorrei che qui si avesse la sensazione che ad un dato momento facciamo discorsi discriminatori nei confronti di taluno, perchè è considerato ricco e padrone; no, questo non è da parte nostra nel modo più assolu-

to. Però è un fatto che si resta perplessi e non ci sentiamo di votare una legge così a cuor leggero, mentre sono pendenti altre situazioni, mentre sappiamo che nel campo industriale, nel campo artigianale la crisi avanza e colpisce come colpisce. Non c'è bisogno di ricordarvi in questi giorni cosa stiamo passando per la questione Alluminio Italia e non c'è dubbio che bisogna affrontare queste situazioni non solo con coraggio, ma anche con obiettività e soprattutto con imparzialità. Soprattutto io, quindi, se non sopraggiungeranno elementi particolari che mi convinceranno, mi asterrò dal votare, anche perchè non voglio dare l'impressione che non mi renda conto delle difficoltà in cui ci si può trovare in un momento generale di crisi anche nel settore alberghiero.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, desidero fare alcune considerazioni in ordine al disegno di legge che ci è stato sottoposto e, ovviamente, alla discussione che si è sviluppata, discussione alla quale noi comunisti intendiamo concorrere, prendendo anche noi spunto da alcune cifre, dati, elementi, che accompagnano il disegno di legge.

Prima considerazione: circa la dimensione del turismo dal punto di vista economico nella nostra provincia, conseguentemente anche direi dal punto di vista occupazionale, credo che valga la pena anche fare un riferimento all'aspetto sociale oggi rappresentato dal turismo come fenomeno anche di massa e da queste considerazioni arrivare agli apporti finanziari che questa società produce, indipendentemente - aggiungerei io - se è valuta pregiata o valuta nazionale. Diciamo pure che con i tempi che corrono prestiamo una particolare attenzione alla valuta pregiata, che molte volte, tra l'altro, non riesce mai ad approdare non dico in provincia, ma neanche nel nostro Paese, per una serie di meccanismi che tutti noi conosciamo ormai in atto in modo abbastanza diffuso, a proposito di apporti che poi si dovrebbero dare all'economia del nostro Paese.

Dunque, io condivido, quando si fanno dei ragionamenti attorno al turismo, la considerazione attorno al ruolo che esso svolge o può continuare a svolgere, al fatto economico sociale, anche perchè, se permettete, la nostra parte politica, ma credo anche altre come le organizzazioni sindacali, hanno lottato e lottano per un miglioramento della qualità della vita, ed una qualità della vita migliore dovrebbe significare avere anche la possibilità di apprezzare le bellezze, le gioie di questa vita, facendo qualche volta anche del turismo. Il caso vuole che la nostra provincia abbia un'antica, consolidata vocazione: strutture, collocazioni geografiche, ecc., che collocano questa provincia in un crocevia che la rende particolarmente privilegiata da questo punto di vista. Questo è un altro elemento che concorre nel valutare con questa dimensione d'assieme il problema del turismo e conseguentemente anche le situazioni che si vengono a generare.

E non c'è dubbio che in un periodo di difficoltà, sulle quali non credo sia necessaria una lunga, diffusa e particolareggiata carrellata, avendo noi più o meno sottomano elementi pressochè quotidiani sulle manifestazioni di crisi con le conseguenze che queste crisi comportano, vi è anche da considerare quanto e come incida al riguardo questa crisi nei confronti del settore turistico-alberghiero.

Pertanto, al di là del cenno fatto nei confronti dei dati dello scorso anno, io non posso, Assessore Spögler, prendere come considerazione, non dico degna di fede, non ho elementi per mettere in discussione questo, anche se poi ci ritornerò, ma non posso, nell'anno di grazia 1982, che vede il nostro Paese e la nostra Provincia segnare un notevolissimo progresso rispetto agli anni precedenti - parlo al plurale - non posso, dunque, nell'anno 1982, quasi alla scadenza, implorare una parentesi di crisi dell'anno precedente come uno degli elementi che dovrebbero sostenere la validità, l'opportunità di un provvedimento di questo genere. Diciamo che non è molto credibile questo elemento, tanto più che vi sono degli esempi, che mi guardo bene dal generalizzare, ma che mi guardo altrettanto bene dal tacere, che dicono che nel settore, ove senz'altro la stragrande maggioranza degli operatori sono persone perbene, corrette, oneste e galantuomini, stenta a prendere piede la pur modesta iniziativa che abbia la parvenza della ricognizione quando non del controllo. Valga per tutti l'esempio meranese o di qualche altra rara località, ove quell'amministrazione comunale, ritenendo di fare occupare intelligentemente qualche giovane, ha ritenuto di cogliere un riscontro tra presenze reali e presenze dichiarate, sollevando la protesta dell'ambiente interessato, che forniva dei dati estremamente diversi fra dichiarazioni sulle presenze e presenze reali. Questo, signor Presidente ed egregi colleghi, come modesto inciso per quanto attiene la cifra sulle presenze, i reali flussi turistici, i reali elementi di crisi o di sviluppo.

Dunque, la questione della crisi del turismo, essendo noi testimoni di quali correnti sono in atto, diciamo che non può essere presa a sostegno di un provvedimento di questo genere. E certamente non ha senso la meno significativa, parziale battuta d'arresto dello scorso anno, che se ben ricordiamo, egregi colleghi, era dovuta più che a fenomeni di crisi di ordine generale ad un fatto particolare quale quello che non c'erano i campi innevati e la gente per sciare nel periodo invernale-primaverile sceglieva ovviamente località diverse e che offrivano di più la possibilità di esercitare quello sport e quella ricreazione direttamente collegata all'innevamento. Il problema vero, questo sì desidero mettere in luce, è rappresentato invece dal concetto di fondo espresso e riassunto a pagina 5 della relazione, che dice: "Coloro che hanno effettuato investimenti di rilevante portata, ed hanno così contribuito all'ammodernamento del patrimonio ricettivo, hanno subito in maniera particolare l'inaspettata ed imprevedibile crescita del tasso d'interesse per mutui bancari". Questo è il punto che dobbiamo affrontare! Non le altre cose! La verità vera è che nel settore alberghiero, come in quello artigianale, industriale, commerciale, come in altri in genere, si subisce una politica, che noi abbiamo considerata sbagliata, da parte del Governo, che voi sostenete, e che solleva quelle contraddizioni che poi qui localmente si cerca di aggirare, senza riuscire, aggiungo io, nell'obiettivo. Perché la collega Franzelin fa un ragionamento dal punto di vista sociale verso la casa e l'acutezza che il problema casa ha raggiunto? Ma questo è un identico comune denominatore su una politica finanziaria sbagliata che porta a queste conseguenze. Questo è il vero pun-

to, questa è la vera confessione che non sempre viene esplicitata e resa oggetto anche di conseguenze politiche ed amministrative che evidentemente non possono essere girate con un volano provinciale in rapporto ad un volano nazionale, perchè sappiamo fare un raffronto sulla capacità di incidenza, ma sappiamo anche coglierne le conseguenze. Il raffreddamento complessivo che avviene su tutto il fronte economico-produttivo, i cui contraccolpi, poi, ripeto - non occorre andare a fare lunghe discussioni -, sono abbastanza ben presenti, sono contraccolpi che soprattutto significano aumento della disoccupazione, dell'impossibilità per le nuove generazioni di inserirsi nel mercato del lavoro, ipoteche su quanti sono occupati tramite casse integrazioni speciali o ordinarie, incertezze in sostanza per il futuro di interi comparti economico-produttivi.

Allora, se questo è il punto, mi permetterete, per quanto concerne una considerazione meramente politica, le forze che sostengono queste scelte politiche e finanziarie sono in contraddizione con sé stesse. Ma la seconda questione di merito in questo caso riguarda il tipo di provvedimento. Si usava una volta il linguaggio "a pioggia", tanto per dirne una, che chissà perchè alcuni criticano e di cui io sono sempre stato invece un sostenitore..., ma credo che sia ovvio, perchè la pioggia forse cade ma cade dappertutto, qui invece per qualcuno piove a diluvio e per altri non piove mai, c'è siccità completa.

Ma questo provvedimento per come è congegnato, anche per l'entità della spesa, ma soprattutto per la chiave di lettura che se ne trae, è un provvedimento destinato ad essere selettivo, estremamente selettivo, al suo interno. A parte il fatto delle considerazioni di una certa retroattività, la commissione ha un'eccessiva discrezionalità - non esito a fare questa affermazione - su chi potrà in sostanza essere scelto per ricevere i contributi. Esso è estremamente selettivo ed in questo caso noi non siamo convinti che la selettività sia abbinata all'opportunità o alla necessità. Quale può essere questo criterio? Di uno che ha fatto ammodernamenti di che tipo? Quale sarà l'ammodernamento? Rispetto al livello delle esigenze o delle priorità, chi decide? E ancora: c'è una proporzione tra la piccola, modesta o familiare azienda, una di tipo medio o una di tipo grande? Questi sono interrogativi a cui, secondo noi, non solo nel merito è difficile rispondere, ma temiamo che abbiano già una predeterminazione, perchè chi potrà essere imbarcato con crediti elevati e debiti elevati se non il grosso albergatore? Sempre in rapporto evidentemente al tipo di mutui fatti o di indebitamento realizzato.

Sicchè noi crediamo che sarà ineluttabile andare ad esercitare questo provvedimento in maniera tale che rafforzerà ulteriormente chi è già robusto. Poi qui, mi si permetta, gradirei sinceramente di non passare come coloro che con un colpo di spugna cancellano tutto, ovvero con un tratto di penna pongono tutti e tutto sullo stesso piano; però sarebbe interessante conoscere la curiosa situazione di persone titolari di aziende, che non so perchè e come mai hanno già realizzato delle fortune e fanno altri investimenti per decine o centinaia di milioni, però ai fini della dichiarazione di redditi sono tutti più poveri di noi, me per primo. Anche questo è

interessante come aspetto non solo politico, ma morale, di una capacità imprenditoriale che tutto sommato si può definire una moderna moltiplicazione dei pani e dei pesci, perchè si realizzano opere e aziende con redditi inferiori al più modesto dei dipendenti di queste aziende medesime, dove magari per il dipendente non c'è la possibilità di contribuire in direzione di un alloggio popolare, ma nei confronti di questi titolari si può contribuire affinché ulteriormente sviluppino l'azienda in questione. Questo è un aspetto politico e morale che faccio come inciso e che non è esclusivo di questo settore, ma, ripeto, non è assolutamente generalizzabile. Però quando i giornali scrivono certi dati sui redditi e si vede che uno o denuncia meno del suo "portabagagli" o addirittura ha i conti in rosso, è interessante sapere come stando poveri, si riescono a realizzare fortune in questo mondo, e ottenendo per di più anche dei contributi.

Ma ciò che lascia perplessi, egregio Assessore, è un'altra considerazione, una sorta di - mi si passi anche questo termine - lotta interna al settore. Io comprendo certi obiettivi di potenziamento e di miglioramento; ci mancherebbe altro. Badate che questi provvedimenti rientrano tra coloro i quali già possiedono un'azienda, non per nuovi investimenti tendenti ad aumentare probabilmente in qualche caso anche qualche posto-letto, e molto probabilmente è solo un'opera di razionalizzazione che si va a compiere. Sicchè questi investimenti non rientrano nella direzione della maggiore disponibilità. E qui mi pare di capire che insieme al ragionamento della qualità dell'offerta in direzione delle correnti turistiche, vi sia anche un tentativo sotto sotto di questo tipo: creiamo una sorta di selezione, puntiamo anche alla qualità, però soprattutto cerchiamo di non creare troppi concorrenti in direzione del turismo. E questa è una cosa che evidentemente lascia alquanto perplessi.

Una delle ultime considerazioni, signor Presidente ed egregi colleghi, che desidero fare, e che mi pare anche altri hanno fatto, è questa: io non comprendo il motivo per cui vi debba essere in una relazione ad un disegno di legge alla fine del 1982 un riferimento a quello che noi abbiamo definito il "piano di sviluppo triennale". Ora io personalmente a questo non ho mai creduto, ma non perchè non creda ad una politica di programmazione, tutt'altro, ma perchè crediamo che quel piano fu fatto in qualche maniera, e crediamo che non ci credono neppure coloro che l'hanno proposto o elaborato; figuriamoci dunque se ci dobbiamo credere noi. Allora chiedo: è il caso di mettere, seppure in una relazione e quindi, diciamo così, in una discussione, un riferimento che non sta per davvero nè in cielo nè in terra? Tanto più che la stessa Giunta provinciale ha ritenuto di incaricare altre persone - forse le stesse - di andare ad una ricognizione-aggiornamento di questo piano di sviluppo. Allora, se permettete, io rilevo che non è proprio il fatto di andare in questo senso, e cioè di riferirsi ad elementi che sul piano della loro validità e rispondenza credo la dicano lunga.

Ecco, signor Presidente ed egregi colleghi, quali sono alcune delle motivazioni di ordine politico e naturalmente di merito della legge, che ci portano a prendere delle distanze. Ma ai fini della chiarezza, non è che

noi non condividiamo l'opportunità della presenza della mano pubblica in determinati settori; criticiamo queste modalità di intervento, per come vengono portate avanti, per come riescono a dare o non dare dei risultati, per la selettività e così via dicendo.

Come ultimissima considerazione, proprio in un periodo di crisi, ho rilevato che a maggior ragione assistiamo ad una mano pubblica sempre più presente nei vari comparti economico-produttivi e sociali. Per cui non solo non ci scandalizziamo, ma riteniamo che gli interventi ci debbano essere in maniera finalizzata e rispondente a determinati obiettivi e con alcune garanzie che questi obiettivi vengano raggiunti e colti. Qui non siamo in presenza di tutto ciò. E' per questo che, se mi permettete, concludo il mio dire con un'ennesima contraddizione non da parte nostra, ma da parte di alcuni colleghi che spesso, in quest'aula, dicono: "wie sagt man es auf deutsch? Ein Lob für private Initiativen". Invece vedo che sono smentiti dai fatti, cioè il mito della cosiddetta imprenditorialità, il mito della cosiddetta libera iniziativa, il mito delle cosiddette regole di mercato, sono fatti che avevano ed in alcuni casi sempre più rari riescono ad avere una loro validità ed una loro praticabilità. Ma con i tempi che corrono non esiste Paese al mondo nell'emisfero meridionale e settentrionale, nel sistema capitalista o socialista o misto o che dir si voglia, che non veda un intervento pubblico diretto sui vari fronti economici, e dunque delle attività produttive. Sicché, e mi rivolgo a colleghi che in questo caso siedono nelle file in particolare della SVP: non si venga di quando in quando a criticare l'intervento della mano pubblica quando poi vediamo che non esiste settore dell'economia che non abbia la presenza della mano pubblica. E parlo della Provincia, ma posso parlare dello Stato più in generale, e se non piace l'Italia parliamo dei Paesi europei, ripeto, a qualsiasi sistema essi appartengano.

Dunque questa è una contraddizione. Per rilevare l'analoga contraddizione di una crisi - la compagna Barbiero mi faceva notare prima - di altri teorici di queste "favole" (tra virgolette cito questo termine) che a questa legge, per così dire, fa proprie queste litanie che di quando in quando ci dobbiamo subire. Io credo che con i tempi che corrono, sempre di più anche ambienti imprenditoriali sollecitano interventi di questa natura, però spetta alla mano pubblica sapere intervenire con dosaggio, con intelligenza, con lungimiranza e secondo alcune finalità, che rispondono ad alcune scelte politiche.

E qui entra il discorso, evidentemente introdotto, ma tutt'altro che fuori posto - ritengo io -, da parte della collega Franzelin o di altri colleghi, che fanno dei raffronti fra la situazione del settore turistico-alberghiero e la situazione di altri settori produttivi o aspetti della vita sociale di alcune esigenze. E' qui che si deve fare la scelta, la selezione e l'intervento prioritario. Noi certamente condividiamo le critiche che all'interno della maggioranza sono state fatte, nel senso, mi pare di avere capito, che ritenevano e ritengono più opportune le spese in quelle direzioni verso la salvaguardia dei posti di lavoro, verso il problema della casa, verso i problemi dell'occupazione, verso i problemi sociali molto acuti, facendo cioè una sorta di priorità, e certamente fra queste priorità

non è ai primissimi posti quello del turismo e dell'albergo, perchè ha una dimensione, diciamo così, di vitale, consolidata efficienza, funzionalità ecc., che potrebbe avere anche forme di autofinanziamento molto più consistenti che non l'intervento della mano pubblica in tale maniera. Però, vede collega Franzelin, se dico questo, dico anche che non convince fino in fondo la parte finale del ragionamento che dice: "Noi sosterrremo questa legge a condizione che anche sul versante della casa ci siano più soldi." Non è così che si deve agire, perchè dà veramente l'impressione di chi dice: "anch'io, anch'io qualche cosa"; poi se c'è un bucone per uno il tutto è risolto. No, collega Franzelin, io credo che se si dà una priorità, la si deve poi coerentemente perseguire.

Sicchè, non per dire: "Cerchiamo di dare un qualche cosa a spizzichi e a mozzichi e poi siamo tutti sazi, ognuno all'interno del nostro partito, può andare dal suo amico e dire che "qualche cosa abbiamo ottenuto anche noi." Non è in questo quadro che si possono inserire problemi di tale dimensione, di tale acutezza e risolverli.

Ecco la critica di fondo, che noi facciamo in occasione di questo provvedimento, al complesso delle scelte politiche, economiche, sociali di questa Giunta, che non ha saputo darsi delle priorità o forse anche non ha voluto, ritenendo di intervenire di volta in volta a seconda delle pressioni che vengono da certi centri, in questo caso evidentemente più di tipo padronale che non di tipo di lavoratori dipendenti. Ecco quali sono le motivazioni che ci portano a dire: "Interveniamo in questa discussione, sviluppiamo delle considerazioni, cerchiamo di entrare anche nel merito, ma guai se perdiamo quella che noi definiamo una bussola complessiva che la mano pubblica deve avere su questi provvedimenti, se è vero come è vero che la dimensione della spesa della Provincia autonoma e le competenze sono effettivamente un volano che può incidere direttamente sulla situazione economica e sociale e sulle sue prospettive. E in questo ambito non c'è dubbio, signor Presidente ed egregi colleghi, che ci sembra un tantino sproporzionato, ma non equilibrato di sicuro l'intervento nei confronti di alcuni settori, quando non di alcune categorie o parti di categorie e se non l'indifferenza, la reticenza o la lentezza nei confronti di altri settori o di altri problemi, che pur all'interno di questa provincia sorgono e fanno sentire fino in fondo il loro peso.

Mi rendo conto che certi ragionamenti possono entrare di straforo, e non voglio abusare, anche per correttezza nei confronti vostri, ma se pensiamo alla drammaticità ed alla tensione che ancora in questi giorni è stata evidenziata con un episodio di cronaca sul problema della casa e la non altrettanto attenta, puntuale, ma anche vigorosa e concreta iniziativa della Provincia, noi notiamo degli squilibri enormi. Se noi pensiamo al fatto che l'Ufficio provinciale del lavoro denuncia, in queste settimane, le cifre più alte di questi ultimi undici, dodici anni di iscritti nelle liste di collocamento, e pensiamo alle perturbazioni in atto sulle aziende prevalentemente industriali, perchè è il settore credo più colpito nella nostra provincia, ma più in generale nel nostro paese, nell'Europa, permettetemi di dire che non c'è appunto equilibrio fra questi tipi di intervento. Si

Das war der Grund, weshalb überhaupt eine Mittelschule nach St. Jakob gekommen ist. Weil eben die räumlichen Voraussetzungen in Leifers fehlten bzw. sehr schlecht waren. Aus diesen Gründen, weil diese Voraussetzungen in diesem Maße waren, hat damals auch der Landesschulrat seine Zustimmung gegeben und der Landesausschuß einen entsprechenden Beschluß gefaßt, und dann vom Unterrichtsministerium auch das Einverständnis bekommen, wie das Gesetz es befiehlt. Also, es waren die Räumlichkeiten in Leifers nicht und nun aber sind die Räumlichkeiten ganz anderer Art. Hier darf ich nur auch dem Kollegen Ferretti und Ihnen allen es sagen. Im technischen Bericht des Landesausschusses, mit welchem die neue Mittelschule in Leifers von der technischen Seite her genehmigt wurde, dort steht ganz ausdrücklich drinnen, kann jeder nachlesen, ich lese es Ihnen vor, daß auch diese neue Mittelschule von Leifers für St. Jakob und Pineta gedacht ist. Das muß man auch einmal lesen: "Inoltre - heißt es, ich habe nur den italienischen Text - si richiama l'attenzione al fatto che la capienza delle progettate scuole medie di lingua italiana e di lingua tedesca é largamente sufficiente - immer von Leifers - e ciò anche per i prossimi dieci, quindici anni, per far fronte al fabbisogno di aule non solo dell'attuale comprensorio, Vadena e Bronzolo, ma di quello relativo a tutto il comune di Laives (compreso S. Giacomo e Pineta)".

Also, mit anderen Worten: Die Gemeinde Leifers, als sie darangegangen ist, ihre neuen Mittelschulen zu bauen, hat ganz klar vor Augen gehabt, in diesem Gebäude, das dann auch groß genug gebaut worden ist, vielleicht auch etwas zu groß, das will ich gar nicht in Abrede stellen, ich habe es nicht gesehen, war wohl bei der Grundsteinlegung, also die Gemeinde Leifers hat ganz klar orientiert die Schule gebaut, dorthin auch die Außensektion von St. Jakob und von Steinmannwald zu konzentrieren. Das scheint mir auch mehr als vernünftig zu sein, meine Damen und Herren. Ich glaube, wir können uns das sicher nicht leisten. Vielleicht wäre es wünschenswert, aber es gibt so viele Wünsche, die man nicht erfüllen kann. Vielleicht wäre es wünschenswert, daß wir in allen Orten Mittelschulen errichten können, aber Sie verstehen ja selber, mit welchen finanziellen Schwierigkeiten, mit welchen pädagogisch-organisatorisch-didaktischen Schwierigkeiten das verbunden ist. Daß wir eine Dezentralisierung in noch größerem Ausmaße als bis heute es bereits Gott sei Dank geschehen ist, eine recht viel größere Dezentralisierung werden wir aus den besagten Gründen uns kaum erlauben können.

Ich persönlich wäre sehr froh, wenn beispielsweise in Feldthurns eine Mittelschule wäre, um Klausen zu entlasten, wenn in Villnöß eine Mittelschule wäre, um wiederum Klausen zu entlasten, wenn im ganzen Antholzertal eine Mittelschule wäre, um wiederum herausen die Schule zu entlasten usw., da gäbe es Beispiele noch und nöcher. Sehen Sie, das sind alles schöne Wünsche, die ich, soweit sie von Eltern vorgetragen werden, sehr wohl verstehe. Aber sie sind, glaube ich zumindest, heute und morgen nicht zu realisieren, vielleicht übermorgen, wenn wir genügend Lehrkräfte haben, wir deutsche Sprachgruppe, da spreche ich nicht für die Italiener, die haben sie, und wenn wir weiterhin genügend Geld haben, um diese Dezentralisierungen vorzunehmen, wobei nicht nur die Räume gemeint sind, die gebaut werden

spettiva.

Allora io credo che sia giusto fare questo, così come siamo intervenuti in tutti gli altri settori. Nel settore dell'industria esistono delle cospicue possibilità per poter intervenire. Siamo stati in presenza, io credo, di disponibilità anche politiche importanti, proprio con riferimento a quanto la Giunta si è dichiarata disposta a fare a proposito dell'Alumetal. Siamo stati in presenza di provvedimenti in favore dell'agricoltura, e così non vedo perchè non dovremmo essere in presenza di provvedimenti anche a favore del turismo, se consideriamo questo strettissimo rapporto di relazione che deve esistere fra questi settori.

Allora il problema vero quale diventa? Perchè evidentemente qui ci si trova di fronte all'interrogativo che tutti si sono posti: "Ma come, siamo in presenza di un turismo, di un'affluenza di gente che non dà segni di grossa manchevolezza, di diminuzione di rapporto di percentuale! Infatti, quest'estate le cose sono andate bene e anche adesso vanno bene; d'inverno si presume che le cose vadano abbastanza bene, quindi siamo di fronte ad un settore che non sta dando segni di decadenza ancora per quanto riguarda l'afflusso. Non sottolineo - lo hanno fatto altri - l'importanza che ha questo afflusso sia dal punto di vista monetario, sia dal punto di vista di tutte le altre correlazioni che esso comporta. E' lo stesso problema che si sente un pochino in tutte le altre iniziative di carattere economico di fronte allo spontaneismo di alcune iniziative, spontaneismo che, al di là delle indicazioni di carattere sociologico-sociale di tutto rispetto, deve essere confrontato con il rischio con cui anche un modesto imprenditore turistico opera, sbagliando, e facendo una errata valutazione nel rapporto che doveva essere posto a base dell'impresa economica, anche del turismo, fra capitale disponibile e capitale preso a prestito. A me pare che questo sia un elemento fondamentale. Di fronte a questo fatto, posto che per il capitale preso a prestito il costo del denaro - lo abbiamo ripetuto un'infinità di volte ed è emerso anche qui - è di una tale elevatezza da non consentire possibilità di far fronte ad esso attraverso un provento - questa è la realtà -, siamo in presenza di alcuni casi in cui l'impostazione economica dell'azienda non è stata improntata ad ipotesi di realismo, di compatibilità economiche, facendo molto affidamento sul credito. In quell'azienda possono andare tutti i turisti che vogliono, l'albergo può riempirsi di gente tutto l'anno, ma non ce la fa a reggere, dato poi che, per converso, le tariffe ed in questo caso le quote di pensione ecc. devono essere contenute se si vuole mantenere il livello della concorrenza.

Questo mi pare che sia il motivo fondamentale per il quale si intende intervenire in quei casi dove fosse possibile ricomporre un equilibrio di questo genere. Un equilibrio di questo genere lo si ricompone anche attraverso un intervento che è destinato a spese di investimento, anche con effetto retroattivo; questa è l'unica originalità della legge.

Oggi il collega D'Ambrosio ha detto: "Cari signori, se questo è il problema, la colpa è vostra, perchè il Governo è vostro!" Più o meno sta dicendo queste cose. A parte il fatto che noi come Provincia autonoma non potremmo fare altro che collaborare avendo presente quelle che sono le finalità di una determinata politica, per contribuire a ricomporre un quadro

economico-finanziario. Quindi, certamente non abbiamo alcuna competenza a diminuire o ad aumentare il tasso di sconto, perchè uno dei problemi attorno ai quali si parla è quello di un elevato costo del denaro che il Governo non si deciderebbe a ridurre. Come se fosse possibile farlo attraverso un decreto del Ministro del Tesoro, chiedendo una riduzione del tasso di sconto che corrisponde ad una riduzione del costo di denaro. Magari le cose fossero così semplici! Questo potrà essere possibile se a monte di queste sollecitazioni che esprimiamo fossimo in presenza di fatti molto più concreti, molto più possibili. Oggi ci troviamo in termini sempre più drammatici di fronte a questa contrapposizione che esiste tra principio di deflazione ed inflazione, costo del lavoro, costo della manodopera, assorbimento della quota eccessiva del reddito nazionale, indebitamento pubblico, tutte quelle questioni che sappiamo molto bene che determinano una politica e quindi determinano un tasso di sconto. Magari che quello fosse dovuto solo ad un atto di volontà politica per cui questo fosse possibile ridurlo!

In conclusione, mi pare che risulti fondamentale conoscere, valutare, definire il modo secondo il quale l'erogazione viene disposta. Questo mi sembra che sia fondamentale, cioè occorre avere la certezza che l'intervento sia destinato ad un investimento, sia pure già prodotto, ma che questo è come filosofia del discorso destinato all'investimento, non al ripianamento di un disavanzo. Secondo questa logica posso anche venire incontro a quella che è la ricomposizione dell'equilibrio economico dell'azienda, ma in relazione al verificarsi di molte circostanze all'interno di quell'azienda, se essa va male, perchè ha un elevato carico di debiti di fronte ai quali si era fatto affidamento solo attraverso il cespite dell'entrata, dovrò essere duro. Sarà difficile rifiutare, ma non c'è niente da fare, perchè in questo caso allora si che diventa solo intervento volto ad incancrenire una soluzione per farla andare avanti un po' di tempo, ma che sfugge purtroppo, in questo caso, al rigore di una legge economica. Invece ci sono casi in cui - credo che questa sarà la scelta più difficile che il collega Spögler, e prima la Giunta, dovrà fare nel determinare i criteri - si dovranno verificare i limiti entro i quali l'intervento pubblico in quanto equilibrato nei confronti dell'intero ammontare di cespite che l'iniziativa ha richiesto, può essere tale da comportare una riduzione del costo del denaro e quindi da permettere di riequilibrare l'azienda. Io non so quanti saranno questi casi, ma questo è il rigore unico entro il quale si può operare e dentro il quale credo che la legge potrà avere anche un suo successo, una sua possibilità di portare un risultato utile nei confronti di un settore reso così difficile, così pesante dal costo del denaro, pur in presenza, ripeto, di nessun cenno di decadenza dell'affluenza turistica, come stiamo verificando.

L'ultima considerazione che faccio è questa: ci rendiamo ogni giorno che passa sempre più conto di una difficoltà che diventa veramente sostanziale, anche per l'Amministrazione provinciale, nel definire un utilizzo delle risorse finanziarie, che diventano sempre più modeste, sempre più rigide nei confronti di tutti i problemi che dobbiamo affrontare, tra cui senza dubbio fondamentale è quello della casa, quello dell'edilizia agevolata. Ci sono difficoltà delle quali saremo chiamati a discuterne credo

molto presto in questo Consiglio provinciale, difficoltà che probabilmente ci dovranno condurre ad un ridimensionamento di prospettiva anche nei confronti di quelli che sono i problemi che fino a questo momento abbiamo ritenuto come naturali che possano essere risolti in un determinato modo ed in una determinata linea. Ma limitamente a questo settore, alla condizione che si verificano queste rigorose condizioni, credo che tutto sommato questo intervento sia confacente ad un'operazione di solidarietà anche economica che deve essere data nei confronti di un settore, non tanto per il settore fine a sé stesso, ma per quell'intreccio che esiste tra tutti i diversi settori dell'economia, che se contribuissimo a farne cadere uno, anche attraverso la nostra volontà o la nostra insufficiente capacità di valutare, contribuiremmo indirettamente, se non altro a livello di forza di lavoro e quindi di reddito di lavoro, ad indebolire anche gli altri.

ACHMÜLLER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich habe meine Schwierigkeiten mit diesem Gesetz, und zwar kann man dabei sicherlich nicht davon ausgehen, daß derjenige, der für dieses Gesetz stimmt, für den Fremdenverkehr ist und derjenige, der gegen das Gesetz ist, der ist ein Gegner des Fremdenverkehrs. Ich glaube, man kann es nicht unter diesem Blickwinkel sehen. Ich bin aber andererseits der Meinung, daß das auch nicht so nötig war, weil es auch keinen anderen Zweig in den letzten Jahren gegeben hat, der so gut floriert hat wie eben der Fremdenverkehr. Nachgewiesenermaßen kann behauptet werden, daß der Investitionsindex in Südtirol in diesem Bereich weitaus den von umliegenden Ländern überstiegen hat, auch Österreich miteinbegriffen. Was hier in den letzten Jahren investiert worden ist, das wurde anderswo sicherlich nicht erreicht, zumindest nicht in so kurzer Zeit. Vielleicht auch zurückzuführen auf die relativ günstige Steuersituation. Aber das sind Tatsachen, die heute nicht hinweggeleugnet werden können. Nun zum Gesetz selber. Für mich ist das Gesetz mehr oder weniger eine kosmetisch aufbereitete Neuauflage des ursprünglich vorgelegten Sondergesetzes mit einer maßgeblichen Änderung, und zwar, daß die Rückzahlung des Kapitals jetzt nicht mehr vorgesehen ist, wie sie ursprünglich vorgesehen war. Das Sondergesetz war ausschließlich den sogenannten Krisenbetrieben vorbehalten. Beim jetzigen Gesetz handelt es sich um ein allgemeines Förderungsgesetz für das Gastgewerbe, d.h. es wird das derzeit sich in Kraft befindliche Gesetz geändert. Laut Aussagen des zuständigen Landesrates besteht die Absicht der Landesregierung, die Mittel dieses Gesetzes, dieser Änderung des Gesetzes, zwar nur den Krisenbetrieben zukommen zu lassen, und entsprechend hat man sich auch verpflichtet, die Durchführungsbestimmungen zu verabschieden und sie liegen ja im Entwurf hier vor. Das ist auf einer Seite sicherlich positiv zu sehen, auf der anderen Seite dürfte allerdings sehr schwer kontrollierbar sein, wo hier die Grenzen liegen. Ich frage mich deshalb, wenn schon beabsichtigt war, diese Aktion nur den Krisenbetrieben zukommen zu lassen, warum dann überhaupt das Sondergesetz fallengelassen worden ist und durch diese Gesetzesänderung ersetzt wurde. Vielleicht auch, um dem HGV etwas entgegenzukommen, damit er gegenüber den eigenen Mitgliedern das leichter verantworten kann, wenn er sagen kann, zumindest theoretisch seid ihr alle

drin und nicht mehr nur die paar, die von der Krise derzeit betroffen sind. Wie gesagt, gehe ich davon aus, daß es bei den 1,6 Milliarden bleibt und wahrscheinlich wird sich die finanzielle Situation in den nächsten Jahren nicht bessern und deshalb bin ich der Meinung, daß für den allgemeinen Teil sozusagen nichts übrig bleibt. Infolgedessen hätte auch das ursprüngliche Sondergesetz aufrechterhalten bleiben können und man hätte von vornherein genau gewußt, wie man dran ist. Ich möchte auch sagen, daß die 8%, die allgemein vorgesehen worden sind, im allgemeinen Förderungsgesetz nicht unbedingt gerechtfertigt sein müssen, wenn man der Meinung ist, das der Industrie zu geben, daß dann unbedingt dieselben Kriterien auch allgemein für das Gastgewerbe vorgesehen werden sollen. Ich möchte jetzt nicht wiederholen, was ich am Anfang zur Untermauerung dieser meiner Argumentation gesagt habe.

Zum Inhalt selbst, was soll mit dem Gesetz bezweckt werden. Gehen wir einmal davon aus, daß einer Reihe von Betrieben die höchstmögliche Unterstützung im Sinne dieses Gesetzes gewährt wird, dann sind es rund 35 Betriebe, jährlich 48 Millionen, man geht von den 600 Millionen aus, die maximal gefördert werden können, 600 mal 8 ist 48, also 48 Millionen mal 35, das ergibt ungefähr den ausgewiesenen Betrag von 1,6 Milliarden, die können also gefördert, unterstützt werden, das mal 5 Jahre, also 48 Millionen Schenkungsbeitrag pro Jahr. Fragen wir uns nun, ist eine solche Maßnahme gerechtfertigt, sinnvoll und vor allem auch gerecht? Fragen wir uns zunächst einmal, um was für Betriebe es sich handelt oder handeln muß. Erstens müssen es solche Betriebe sein, die bereits im Betrieb sind. In dem Zusammenhang möchte ich sagen, daß wenn wir einen Vergleich ziehen wollen, ich glaube, daß das erlaubt sein muß, im Wohnbau jeder von vornherein ausgeschlossen ist, wenn er bereits in der Wohnung wohnt, wenn er bereits die Wohnung erworben hat, unabhängig von den Schulden, die er hat, dann hat er alle Rechte verloren, um anzusuchen. Weiters ist auch die Kumulierbarkeit bei eventuellen Modernisierungsarbeiten oder Erweiterungsarbeiten vorgesehen, also so gemeint, daß für jenen Teil, der vorher nicht unterstützt worden ist, dann zusätzlich noch eine Finanzierung im Sinne dieses Gesetzes gewährt werden kann. Ich habe die Befürchtung, daß in diesem Zusammenhang vielleicht auch solche drankommen, die es gar nicht mehr so brauchen würden.

Weiters geht man davon aus, in dieser Durchführungsverordnung soll das verankert werden, daß es sich ausschließlich um solche handelt, die nicht spekuliert haben. Die anderen werden von vornherein ausgeschlossen. Auch hier habe ich meine Bedenken, daß hier klare Grenzen geschaffen werden können zwischen dem, der effektiv spekuliert hat und der nicht spekuliert hat. Ich hätte hier gerne ein Beispiel vom Landesrat Spögler gehört. Es ist in den Diskussionen die Rede gegangen, daß man in etwa daran denken würde, Betriebe auch noch zuzulassen, bei denen die Tilgungsquote bis zu 70% des Umsatzes betragen könnte. Machen wir einmal die Rechnung mit diesen 70%. Wie hat ein solcher Hotelier zu den damaligen Bedingungen gerechnet. Ich will nichts wiederholen von dem, was die Kollegin Franzelin gesagt hat, das ist sicherlich eine Milchmädchenrechnung, aber letztlich wird sie stimmen. Außerdem darf bei dieser Gelegenheit in Erinnerung gerufen werden, daß Be-

triebe, die noch 1979 und im ersten Halbjahr 1980 gebaut haben, fast alle noch zur Förderung bei der Bodenkreditanstalt zugelassen worden sind. Bei der Bodenkreditanstalt haben damals noch folgende Zinssätze gegolten: ab 1.10.1977 - 15,50%, ab 1.4.1980 - 16,5%. Dazu kommt natürlich die Rückzahlung des Kapitals.

Ich bin schon der Meinung, daß man hier einen Unterschied machen muß zwischen dem, der bei der Bodenkreditanstalt zugekommen ist und unter Umständen dem, der bei der Sparkasse hängt. Weil der, der bei der Bodenkreditanstalt zugekommen ist, der ist nicht in die Hochzinspolitik hineingefallen, weil gleiche Zinssätze für den gesichert sind. Für diejenigen, die bei den Banken Gelder ausgeliehen haben, sei in Erinnerung gerufen, daß zum Termin, der für dieses Gesetz ausschlaggebend ist, also Mitte 1980, auch bereits Zinssätze von 20% gegolten haben. Das muß man, wenn man heute eine Berechnung macht oder vielleicht hier ein Beispiel bringen kann, wie ein Finanzierungsplan damals ausgeschaut hat, in die Kalkulation mit einbeziehen. Schließlich hat man bis zum Jahre 1979 oder 1980 in der freien Wirtschaft keine unbedingte Gewähr gehabt, daß die Zinsen etwa gleichbleiben, sondern daß sie auch damals schon gestiegen sind, sicherlich zugegebenermaßen nicht in dem Ausmaß, die Zinsen sind noch weiter etwas gestiegen, aber wir können sagen, gegenüber dem Vorjahr sind sie jetzt durch die Senkung des Diskontsatzes etwas zurückgegangen. Auch was die Saison und die Auslastung der Betriebe betrifft ist es nicht so schlimm gekommen wie man befürchtet hat, so daß man heute nicht mehr unbedingt dieselben Überlegungen machen muß, die man noch gemacht hat als von der Verabschiedung des Sondergesetzes die Rede war, da sich inzwischen, Gott sei Dank, die Situation diesbezüglich verbessert hat und das Jahr 1982 bessere Übernachtungsquoten gebracht hat als das Jahr 1981.

Ich habe im Rahmen einer Diskussion über dieses Gesetz dem zuständigen Landesrat die Frage gestellt, ob er mir einen Betrieb nennen kann, der aufgrund finanzieller Schwierigkeiten geschlossen werden mußte, der also nicht mehr offen ist. Er hat mir gesagt, er weiß nur den Gurschler in Schnals. Jetzt ist mir schon bekannt, daß es einige Betriebe gibt, die vielleicht veräußert werden mußten, bei denen der ehemalige Besitzer heute Pächter oder vielleicht gar Angestellter ist. Ich sage, das ist für den persönlich sicherlich nicht ein glücklicher Zustand, vielleicht auch nicht im Sinne der Gesamtwirtschaft. Aber was insgesamt mehr zählt ist, daß der Betrieb weitergeführt wird, daß er offen bleibt und daß er weiterhin so arbeitet wie vorher. Daß wir, lediglich weil es vielleicht in den Eigentumsverhältnissen Änderungen gibt, daß es Beteiligungen gibt auch von Gläubigern usw., nur deswegen dem unter die Arme greifen und aus dem Schlamassel heraushelfen, das sehe ich nicht ganz ein. Schließlich leben wir in der freien Wirtschaft, das wird auch sonst immer betont, und da besteht immer ein bestimmtes Risiko. Mit dem Risiko verbunden sind eben auch Zinsen, Kredite usw., die man aufnimmt; mit dem muß der einzelne auch von vornherein kalkulieren. Deshalb finde ich es nicht für ein weiß Gott was für ein Unglück, wenn einmal ein Betrieb verkauft werden muß oder wenn vielleicht auch der eine oder andere Gastbetrieb etwa in Wohnungen oder dergleichen umgewandelt würde. Ich finde die Maßnahme auch wirtschaftlich gesehen nicht

ganz richtig und vertretbar, nicht zuletzt auch deshalb, weil diejenigen, die besser kalkuliert und sich verantwortungsvoll verhalten haben, jetzt im nachhinein die Dummen wären, weil sie das Nachsehen haben. Wir dürfen auch nicht vergessen, und es ist schon in Erinnerung gerufen worden, daß bereits seit 1976 mehr oder weniger die Devise besteht, die allgemeine Ausrichtung so ist, daß eine weitere Ausweitung der Kapazität nicht mehr förderungswürdig ist. Ich darf hier den Vorsitzenden des HGV, den Herrn Eisenkeil, zitieren, wo er auf der Vollversammlung des Hotelier- und Gastwirteverbandes am 27. April 1976 sagt: Der Verband ist gegen eine Vermehrung von Betrieben und Betten, in manchen Gebieten für einen totalen Lizenzenstopp, jedoch für die qualitative Verbesserung und bessere Auslastung des jetzigen Angebotes. In etwa hat sich auch das Land in seinen Richtlinien und in seiner Förderungspolitik in dem Fall richtigerweise an diese Aussagen angepaßt.

Es wäre jetzt schon nicht ganz sinnvoll, wenn wir das alles über den Haufen werfen und einfach jetzt im nachhinein sagen, jener, der gestern nicht förderungswürdig war, der ist heute wieder förderungswürdig, obwohl er sich nicht an die allgemeinen Ausrichtungen des Landes gehalten hat. Der Landesrat sagt, dem wir keine Förderung geben, den können wir auch nicht zwingen bzw. es verbieten zu bauen, aber wir sollen ihn deshalb jetzt auch nicht im nachhinein dafür belohnen. Ich muß sagen, wenn diese Förderungen, diese Richtlinien ihren Niederschlag zum Teil in Durchführungsverordnungen erhalten haben und dann auch, so hoffe ich, die Mittel den Richtlinien entsprechend verteilt worden sind, dann muß ich allerdings auch an dieser Stelle in Erinnerung rufen, daß sich nicht alle Politiker immer konsequent an diese Ausrichtung gehalten haben. Ich verweise darauf, daß wir lange die Diskussion gehabt haben wegen der 2.500 Kubikmeter an der Hofstelle, wo wir mehrmals eine Reduzierung dieser 2.500 Kubikmeter vorgeschlagen haben und die auf Parteiebene abgelehnt worden ist. Ich rufe in Erinnerung, daß es wegen der 40%igen Erweiterungsmöglichkeiten im landwirtschaftlichen Grün in der Partei Kampfabstimmungen gegeben hat; ich rufe in Erinnerung, daß die Regelung der Konzessionsgebühren gestaffelt eingeführt worden ist, was den einzelnen Millionen und Millionen Ersparnisse gebracht hat und auch die Leute animiert hat, mehr zu bauen als wie es vielleicht sonst der Fall gewesen wäre.

Ich muß sagen, persönlich war ich schon damals gegen diese drei aufgezählten Maßnahmen und deshalb fühle ich mich jetzt im nachhinein auch nicht ganz verantwortlich dafür bzw. verpflichtet, für die Folgen, die sich daraus ergeben haben, geradezustehen. Was ich auch ungerecht und vielleicht doppelt ungerecht empfinde, daß man jetzt über diese Richtlinien, über dieses Gesetz, auch die Richtlinien lassen das offen, Leute unterstützt, die an der Hofstelle gebaut haben, ihre 2.500 Kubikmeter ausgenützt haben und jetzt sich in Schwierigkeiten befinden und die läßt man jetzt auch zur Förderung zu. Warum? Weil man sagt, daß ihr Besitz, das ist ein geschlossener Hof und in den meisten Fällen nicht ein kleiner, weil sonst gehen die 2.500 Kubikmeter gar nicht heraus, nicht realisierbar ist. Deswegen müssen wir ihn unterstützen. Also unterstützen wir ihn jetzt und morgen bin ich sicher, daß es trotzdem zur Teilung kommt. Wenn morgen die Schwierigkeiten

bei der Vererbung entstehen, dann sehe ich schon den Bauernbund kommen, damit hier was getan wird. Wie wollen wir morgen das noch als Land verkraften. Wenn schon, dann bin ich der Meinung, daß wir das heute tun sollen und nicht morgen, sonst merenden die Leute heute hier mit und morgen haben sie den doppelten Vorteil.

Ich bin auch der Meinung der Kollegin Franzelin, das sei erlaubt zu sagen, der Abgeordnete D'Ambrosio wird uns das nicht übelnehmen, daß es im Wohnbau keine entsprechende Maßnahme gibt; es ist uns gesagt worden, man soll bei Abstimmungen nicht das eine mit dem anderen verbinden oder abhängig machen, aber in dem Fall sind nicht wir die Landesregierung und wir müssen irgendwie die Arbeit, die Vorschläge und die Gesetze, die hier vorgelegt werden, begutachten und wir versuchen, halt auch unsere Gesamtrechnung zu machen. Wenn ich nun sage, Wohnbau, dann meine ich, daß es auch dort Leute gibt, die nicht zur Wohnbauförderung zugelassen worden sind, obwohl sie vielleicht auch lange gewartet haben, bis sie endlich bei der Gemeinde einen Grund erhalten haben und ansuchen konnten, denn das ist heute eine Voraussetzung, daß man überhaupt ansuchen kann, angesucht haben, das Gesuch ist abgelehnt worden, weil zu wenig Mittel da waren, wobei ich anerkenne, daß sicherlich das Land sehr viele Mittel für den sozialen Wohnbau aufbringt, das gebe ich zu, aber heute sind sie wenn schon auch mit im Schlamassel drin von dieser Hochzinspolitik. Auch sie sind gezwungen, zum Teil zu verkaufen, wieder aus der Wohnung herauszugehen bzw. nicht weiterzubauen. Sie sind mitten drin im Bau und müssen auch für das, was sie bereits investiert haben, die Zinsen zahlen. Auch ihnen wäre geholfen, Kollege D'Ambrosio, wenn wir jetzt sagen könnten, wir geben euch 8% auf die Zinsen, die ihr zahlen müßt. Das ist gemeint gewesen bei der Kollegin Franzelin und das ist nicht der Fall.

Wir haben dafür gestimmt, für das Industrieförderungsgesetz, für die Maßnahmen zugunsten der Handwerker und ich verweise in dem Zusammenhang auch auf die 5,7 Milliarden, die die Handwerker durch Abzweigung vom Industrieförderungsgesetz zusätzlich, möchte ich unterstreichen, zu dem was vorhin bereits an Zinsenbeiträgen vorgesehen war, erhalten haben und jetzt ist mit diesen 5,7 Milliarden eingeführt worden, daß sie rückwirkend auf Investitionen, die bereits getätigt worden sind, Maschinenankäufe und dergleichen, noch zusätzlich Verlustbeiträge erhalten. Wir haben dafür gestimmt für das Bauerngesetz, welches Hilfsmaßnahmen für Bauern in Schwierigkeiten vorgesehen hat, weil wir einsehen, daß es sicherlich im Sinne der Allgemeinheit ist, daß diese Bauern, die sich vielleicht auch verkalkuliert haben, nicht in die Lage versetzt werden, verkaufen zu müssen und damit ihre Höfe dem Verfall preisgegeben werden müssen.

Aber ein anderes ist, und ich habe bereits vorhin darauf verwiesen, das Beispiel, welches hier zur Debatte steht, nämlich die Hoteliers und ich sage, wenn es hier in einigen Fällen dazu kommen muß, daß der einzelne verkaufen muß oder selbst wenn ein Betrieb unter Umständen versteigert werden muß, bin ich der Meinung, daß nicht unbedingt damit gesagt ist, daß er deshalb stillgelegt wird und daß dann nicht unbedingt das Ende der Welt da ist. Daß das nicht weiß Gott für ein Unglück ist. Sicherlich sehr bitter für den einzelnen, der sich vielleicht übernommen hat und der sich verkalk-

kuliert hat, aber auf der anderen Seite muß ich auch sagen, vielleicht ist es auch gut einmal für die anderen, daß sie wissen, daß uns irgendwo Grenzen gesetzt sind und daß man sich nicht einfach nur ins Abenteuer stürzen kann und nicht mehr weiß, wie man herauskommt und zu guter Letzt ist dann die Landesregierung da, die einen herauszieht. Vielleicht ist es auch eine Lehre für viele andere.

Ich komme zum Schluß und möchte sagen, daß ich es mit meinem sozialen Empfinden nicht vereinbaren kann, diesem Gesetz die Zustimmung zu geben. Ich kann es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, ganz abgesehen davon, daß sich auch der Landessozialausschuß dagegen ausgesprochen hat, wobei ich schon sagen muß, daß sich der Landessozialausschuß nicht erst jetzt mit der Materie befaßt hat; er hat sich schon länger damit befaßt und wir haben auch als Mitglieder des Landtages versucht, Argumente dagegen zu bringen, aber es ist auch dieses Gremium ein Gremium, welches mit einer Mehrheit sich ausspricht und die ist eben so zustande gekommen und muß auch irgendwie als solche respektiert werden. Ich sehe mich nicht in der Lage, der Bevölkerung entgegenzutreten und ich bin der Meinung, daß es über dieses Gesetz einen ziemlichen Unmut insgesamt in der Bevölkerung gibt, diese Maßnahmen zu verteidigen, weil mir einfach die Argumente fehlen. Ich bin der Meinung, daß es sich bei diesem Gesetz um ein Gesetz gegen das Landesentwicklungsprogramm handelt. Es werden rückwirkend Maßnahmen gefördert, die bisher nicht förderungswürdig waren und dadurch, glaube ich, werden wir unglaubwürdig. Es ist ein Gesetz, welches nicht im Sinne der sozialen Marktwirtschaft ist. Wir wissen, daß die Mittel im Haushalt sehr knapp werden, wir haben bereits erfahren, daß es wahrscheinlich so kommen wird, daß die Investitionsausgaben in den einzelnen Assessoraten wahrscheinlich um über 40% gekürzt werden müssen. Das müssen wir doch zur Kenntnis nehmen und in dem Fall, glaube ich, gehen wir einfach darüber hinweg.

Ich bin der Meinung, daß wir uns wirklich erinnern müssen an das, was im Landesentwicklungsplan gesagt wurde, daß man versuchen muß, die Belastung der künftigen Landeshaushalte mit zunehmenden Jahresraten, bereits ab 1980, zu beschränken und vor allem die Mittel verwenden für die Finanzierung bestimmter Infrastrukturen. Und Dienste für die Energieversorgung, Wasserversorgung und -entsorgung, Beschaffung und Erschließung von Produktionszonen, Erhaltung und Gestaltung des touristischen Umfeldes, werden in den verschiedenen Bereichen usw. nicht weiterhin durch Steuermittel aus dem Landeshaushalt, sondern durch die zuständigen Trägerkörperschaften über Erhöhung oder Einführung entsprechender Abgaben, Baukosten, Werbe-, Fremdenverkehrsabgabe, Wasser, Abwassergeld usw. oder über die Kreditaufnahme vorgenommen und die entsprechenden Kosten den jeweiligen Nutznießern konsumgerecht angelastet. Ich glaube, das haben wir alles vergessen. Das ist zwar auf dem Papier, ist aber nicht umgesetzt worden. Wenn es leider Gottes so ist, daß die Mittel schmaler sind, dann muß man das auch hier zur Kenntnis nehmen. Wir werden sie verwenden müssen für bestimmte Prioritäten, die wir zu setzen haben, wir müssen in erster Linie die Grundrechte der Bürger sichern. Die Grundrechte sind: ein Arbeitsplatz, wobei auch die Qualifizierung eine große Rolle spielt und ich sage, gerade im Fremdenverkehrssektor ist noch vielleicht einiges drinnen, was in Richtung Qualifizierung getan

werden kann, weil heute noch ein guter Teil von den Bewerbern in den gastgewerblichen Schulen abgewiesen wird, andererseits aber Leute aus anderen Provinzen noch herangeholt werden müssen, die vielleicht qualifizierter sind. Das Grundrecht ist es auch für den einzelnen, für die einzelnen Familien, eine Wohnung zu haben. Ich bitte die Kollegen und Kolleginnen meiner Fraktion um Verständnis, daß wir in diesem Fall der Ansicht der Mehrheit der Fraktion nicht folgen können.

PRESIDENTE: La seduta é sospesa.

ORE 13.05 UHR

ORE 15.30 UHR

PRESIDENTE: La seduta riprende. La parola alla signorina Bertolini.

BERTOLINI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Zusammenhang mit diesem Gesetz, das wir gerne Rettungsgesetz nennen, ist eigentlich sehr oft oder zumindest mir ist es so vorgekommen, so oft in diesem Hause das Wort freie Marktwirtschaft gefallen, und zwar so oft wie sonst selten, hatte ich zumindest den Eindruck. Nun gebe ich gerne zu, daß mein Wissen um die Marktwirtschaft und um die komplizierten Zusammenhänge innerhalb dieser Marktwirtschaft sicher gering ist und ich mich da nicht allzu weit auslassen sollte. Aber wir wissen doch alle, daß es im Grunde genommen in dem Sinn eine freie Marktwirtschaft, wie wir sie hier genannt haben oder wie sie hier genannt worden ist, doch kaum gibt. Wenn man von freier Marktwirtschaft redet oder spricht, dann müßte es wohl so sein, daß überhaupt kaum jemand gefördert wird oder kaum eine Gruppe gefördert wird oder überhaupt keine Gruppe gefördert wird, so weit würde ich dann freie Marktwirtschaft verstehen können und so weit wahrscheinlich würden wir alle gerechtermaßen die freie Marktwirtschaft verstehen. Es scheint mir aber doch, daß wir alle zusammen gewisse Schwierigkeiten haben, von der freien Marktwirtschaft zu reden, dann diese aber doch eher nur punktuell für einzelne Wirtschaftssektoren gelten lassen und für andere wieder nicht. Diese Schwierigkeit, glaube ich, ist zutage getreten in der ganzen Debatte um dieses Gesetz. Anderenfalls und zu anderen Zeiten reden wir sicher zu Recht von der sozialen Marktwirtschaft und wissen auch, daß dann dieses ganze Gefüge und diese ganzen Zusammenhänge Marktwirtschaft ihre sozialen Aspekte haben muß. Also, nicht nur frei ist in diesen Zusammenhängen, in dieser Wettbewerbsfähigkeit und in dieser Nachfrage zwischen Angebot und Leistung.

Nun, wenn wir freie Marktwirtschaft immer wieder hier in Zusammenhang mit diesem Gesetz gebracht haben, dann freilich wäre die Frage, was man überhaupt fördert. Aber es geht mir irgendwo gedanklich nicht ganz zusammen, wenn eben dieser Begriff nur so wie heute oder in den letzten Tagen in dieser Debatte punktuell für einen bestimmten Wirtschaftssektor genannt wird. Dann glaube ich, sind wir doch irgendwo nicht mehr ganz konsequent und dann sehen wir Abläufe nicht mehr richtig, aber zumindest müssen wir

dann doch sagen, daß wir die Gesamtschau verlieren oder nicht ganz bereit sind zu sehen. Das hätte ich gerne von meiner bescheidenen Sicht aus, was Marktwirtschaft ist und bedeutet, hier angebracht, vielleicht sehr laienhaft und unvollständig, aber ich wollte es gesagt haben.

Nun, gewiß müssen wir feststellen und es ist auch hier schon festgestellt worden, daß verschiedenste Eingriffe der öffentlichen Hand und auch Eingriffe des Staates manche Dinge in unserer Gesellschaft und in der sozialen Marktwirtschaft eben leiten, lenken, zurechtbiegen, korrigieren oder auch nur unterstützen. Das müssen wir ganz einfach annehmen, glaube ich. Das nehmen wir ja selbst irgendwo immer wieder an. Nun können wir doch feststellen, daß in den letzten Jahren für den Fremdenverkehr wenig Mittel im dem Sinne freigestellt worden sind als eben Betriebe hier große Investitionshilfen bekommen hätten. Es schiene gar nicht notwendig, daß es hier gesagt wird, weil wir doch alle die Bilanz kennen. Aber trotzdem möchte ich darauf hinweisen in Zusammenhang mit diesem Gesetz, daß die Förderungsmittel für den Fremdenverkehr ja kaum einmal in den letzten Jahren den einen Prozent der Bilanz beansprucht haben. Ich möchte auch noch darauf verweisen, daß in den letzten Jahren noch zusätzlich zu diesen zur Finanzierung über dieses Gesetz, über das 23er Gesetz sehr harte Richtlinien, auch eventuell nur interner Natur, aber harte Richtlinien vorlagen, um diese Gelder zu vergeben, so daß auch diese harten Richtlinien, die wir kennengelernt haben, einmal in einem Zusammenhang, glaube ich, mit einer Haushaltsdebatte, Richtlinien, die es erschwert haben, daß Gelder ungerechterweise Fremdenverkehrsbetrieben zufließen, daß sie vielleicht unkontrolliertermaßen über ihre Möglichkeiten oder auch über das, was man vorhat bauen, investieren und vergrößern. Das ist auch eine Tatsache und es werden auch wahrscheinlich diese Richtlinien, ich weiß es nicht genau, dazu kann der zuständige Assessor noch Stellung nehmen, nicht dazu beigetragen haben, daß nicht einmal die Gelder, so viel mir bekannt ist, die vom Haushalt 1981 für dieses Gesetz vorgesehen waren, ausgegeben worden sind. Es war ja auch ganz klar umschrieben, daß die Gelder nur in entwicklungsbedürftigen oder noch entwicklungsfähigen Gebieten ausgeschüttet werden sollen. Vielleicht sollte an dieser Stelle doch auch einmal gesagt werden, daß der Fremdenverkehr in unserem Lande ein Wirtschaftszweig war und wohl auch noch ist, der sehr viel auf reiner privater Initiative investiert hat. Wie immer hier die Hilfen der gesamten Wirtschaftslage in den letzten Jahren das auch unterstützt haben, sei einmal dahingestellt. Aber jedenfalls ist festzuhalten, daß der Fremdenverkehr aus eigenem investiert hat und nicht so sehr über die Förderungsmittel durch die öffentliche Hand zum investieren angehalten worden ist. Zumindest nicht in dem Maß, als gerne in den letzten Jahren laut verkündet worden ist. Insgesamt haben wir ja sowieso in den letzten Jahren eine Situation erlebt, wo der Fremdenverkehr mehr oder weniger für alle jene Dinge der Prügelknabe war, die uns nicht gerade jeweils, sei es die Ansicht oder sonst irgendwo hereingepaßt haben. Und mir scheint, daß ein bißchen diese Mentalität gegen den Fremdenverkehr im Lande mit all den verschiedenen Aspekten, warum dagegen, auch hier heute noch ein wenig Rolle spielt in der Entscheidung, soll man hier Mittel vorsehen, damit zumindest ein Teil dieser Betriebe, die in Schwierigkeiten geraten sind und zwar in

unverschuldeter Weise, geholfen werden kann. Sollte das der Fall sein, dann glaube ich wären die Argumente dagegen wirklich nicht ganz richtig. Ich habe zumindest ein wenig diesen Eindruck.

Nun, daß zur Erarbeitung dieses Gesetzes auch ein etwas schwieriger Weg zu gehen war, ist wiederum allen klar. Wenn man denkt, daß inzwischen ein dreiviertel Jahr verstrichen ist oder fast ein Jahr nach den ersten Gesprächen und Gedanken wieder aufgetaucht sind, dann hat dieses Gesetz sicher keinen leichten Weg gemacht. Es wäre sonst lange schon in Kraft. Die Schwierigkeiten sind erwogen worden oder sagen wir auch manchmal vielleicht die Zwiespältigkeiten dieser Initiative sind überall erwogen worden. Und ich glaube, man muß es hier auch einmal sagen, daß selbst wir innerhalb der Südtiroler Volkspartei, der Fraktion der Südtiroler Volkspartei uns sehr hart durchgerungen haben zu den Aussagen, zu den Inhalten dieses Gesetzes, und anhand dieser Aussagen und dieser Diskussionen und dieser Beschlüsse, die gefaßt worden sind im Zusammenhang mit der Zurverfügungstellung von Mitteln hat auch den Niederschlag in dem gefunden, was uns hier vorgelegt worden ist im Sinne von Richtlinien. Ich finde mehr oder weniger in diesen Richtlinien alle jene Beschlüsse drinnen, die wir in der Fraktion besprochen haben. So hatte es sich als auch der zuständige Landesrat nicht gerade so leicht gemacht und haben wir die Möglichkeiten eben durchdiskutiert und besprochen. Von diesen Richtlinien, die jetzt als Vorschlag schon den ganzen Tag heute hier vorliegen, hat bis jetzt noch niemand gesprochen. Aber ich glaube, es ist wichtig, daß sie mit in die Debatte hineingenommen werden. Denn diese Richtlinien, so weit sie, so hoffen wir, eingehalten werden, würden ja Bedenken ausräumen oder sagen wir, gar nicht mehr zulassen, daß Förderungsmittel dorthin gelängen, wo sie nicht hinzukommen haben, auch nach unserem Willen, wie wir es hier formuliert haben. Denn hier sind in diesen sieben Punkten doch ganz wichtige Grundsätze drinnen, wonach diese Förderungsmittel ausgegeben werden sollten. Daß also streng vorgegangen wird bei dieser Förderung sind wir alle mit einverstanden. Mit diesem klaren und strengen Vorgehen aber könnten wir auch noch sagen, daß diese Mittel, die zur Verfügung stehen, jenen Betrieben zugute kommen sollen, die in Schwierigkeiten geraten sind. Es ist auch eindeutig gesagt, daß denjenigen geholfen werden soll, die etwa z.B. durch die Hochzinspolitik in die Schwierigkeiten kommen.

Mir scheint, daß auch dieses Gesetz nicht nur so einzeln beurteilt werden sollte, sondern ein wenig insgesamt. Denn insgesamt wirkt sich ja die Situation dieser einzelnen Betriebe auf viele Verzweigungen innerhalb der Wirtschaft, Handel, Handwerk und vieles andere mehr auch aus. Auch das wissen wir alle und auch über diese Zusammenhänge sind wir uns doch alle im klaren und wir können sie nicht in Abrede stellen. Wir sind sicher in einem anderen Zusammenhang auch gerne bereit, dieses Ineinandergreifen der Wirtschaft voll zu akzeptieren und anzunehmen und wir wissen und es ist auch darüber immer auch in der Öffentlichkeit gesprochen worden, daß wenn diese Betriebe mit ihren Schwierigkeiten nicht fertig werden und ausgegeben werden müssen und das Geld nicht haben, daß dann soundso viele Handwerker und infolgedessen wiederum Arbeitsplätze mit dranhängen. Zumindest so weit müssen wir die Dinge auch eben versuchen zu beurteilen und zu sehen. Es geht

ja letztendlich nicht nur ausschließlich um den Arbeitsplatz, entweder der Familie, die es betrifft in diesem Hotelbetrieb oder der dort angestellten Personen, die vielleicht noch weiterhin eine Anstellung haben, je nachdem wohin der Betrieb wandert, sondern alle diese Schwierigkeiten betreffen ja auch noch andere. Trotzdem aber werden für die Arbeitsplätze innerhalb des Betriebes und außerhalb des Betriebes, wie immer man das dreht und wie immer man hier versucht, auch Ausflüchte zu haben, Maßnahmen getroffen werden. Das ist ganz klar. Wenn man meint, es müßte sich alles wiederum selbst sanieren und andererseits auch vielleicht eine Ungerechtigkeit zutage kommen könnte, weil nur eine bestimmte Anzahl von Betrieben hier saniert werden könnte und andere natürlich dann trotzdem sich wirtschaftlich nicht über Wasser halten können, dann ist das eine Situation, ja, die auch entsteht und die wir kennen und mit der wir, ob wir es wollen oder nicht, einverstanden sein können. Aber, es wird doch auch jeder gerettete Betrieb volkswirtschaftlich und auch marktwirtschaftlich, ich möchte sagen sozialmarktwirtschaftlich ein Vorteil sein. Das läßt sich doch nicht abstreiten. Und so müßte man das auch beurteilen. Es gibt dann noch genügend Betriebe, wahrscheinlich, für die auf andere Ebene auch mit privater Initiative, wie immer sie möglich sind, zu finden Gesellschaft und was weiß ich was alles Betriebe, die nicht zu retten sind. Wenn aber dann einige gerettet werden könnten, dann glaube ich, ist hier ganz einfach mitgeholfen, daß möglichst wenig Schaden entsteht. Insofern müßten wir schon für dieses Gesetz stimmen. Wir wissen doch alle auch ganz genau, daß die Situation nicht eben nur allein in der Verschuldung der Betriebe zustande gekommen ist, sondern durch viele vorausgehende Eingriffe des Staates oder der öffentlichen Hand in irgendeiner Form, sei es Zinspolitik, seien es andere Maßnahmen, vielleicht auch Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsprogramm. Wir haben hier objektiverweise doch zu sagen, daß vorweg Eingriffe geschehen sind, die nicht unbedingt zum Vorteil der Betriebe waren. Nun wiederum die Frage, wenn solche Eingriffe notwendig sind aus einem bestimmten Blickwinkel heraus und um ganz bestimmte Dinge entweder in Grenzen zu halten oder zu leiten, dann müßten wir auch sehen, daß gleichzeitig etwas Schaden leidet; und wenn wir können, müßten wir jene Schäden wiederum bereit sein, auch durch den Eingriff der öffentlichen Hand so weit wie möglich in Grenzen zu halten. Mehr als in Grenzen halten können wir es ja nicht.

Wir haben auch gehört und ich möchte es nur wiederholen oder es ist zugegeben worden von verschiedener Seite, daß auch andere Betriebszweige, Wirtschaftszweige gefördert werden, und in einer Zeit der Rezession, wie wir sie erleben, müssen wir froh sein, wenn in den verschiedenen Wirtschaftssparten, ob Industrie, ob Handwerk, Förderungsmittel zur Verfügung stehen, um Arbeitsplätze zu sichern. Es geht uns ja immer wiederum darum, Produktionsstätten zu erhalten, Arbeitsplätze zu sichern und so indirekt doch mit beitragen, daß etwa ein wirtschaftlicher Aufschwung schön langsam wieder in Gang kommen kann, ja wiederum dann Arbeitsplätze sichert. Wenn nun also solche Maßnahmen der öffentlichen Hand innerhalb der Marktwirtschaft Platz haben, dann müßte die Frage, ob nicht auf diese Maßnahme Platz hat, müßte bejaht werden. Ansonsten trennen wir in der Beurteilung der verschiedenen Wirtschaftszweige die Sicht untereinander und ich glauben nicht,

daß das richtig ist. Wir haben auch von unserer Seite aus die Initiative, landwirtschaftliche Betriebe zu retten, die wiederum unverschuldet in Schwierigkeiten geraten sind, unterstützt und es ist auch hier gesagt worden, daß man dazu steht und auch hier müssen wir froh sein, wenn neben diesen Maßnahmen von der öffentlichen Hand auch noch private Initiativen irgendwo sich finden, damit möglichst viele solche Betriebe gerettet werden. Aber wir könnten von unserer Seite sagen im Zusammenhang mit diesem Gesetz für die Gastbetriebe, was wir eventuell einzuwenden hätten, daß auch für die Landwirtschaft etwas mehr Mittel zur Verfügung gestellt hätten werden müssen, um genügend Betrieben gut und richtig zu helfen. Es kann natürlich auch der Fall sein, und das sehen wir von der Landwirtschaft her ganz klar, daß etwa ein Hotelbetrieb gerettet wird und daneben ein Betrieb vielleicht mit 8 Bitten nicht gerettet werden kann. Das sind auch Situationen, die wir ganz klar sehen. Nur ist für uns wohl die Frage, zumindest für mich, sollte eben nur die eine Situation die andere ganz ausschließen? Denn ganz ausweichen werden wir diesem Dilemma nie können und irgendwo wird sich jeder als ungerecht behandelt fühlen.

Insgesamt ist meine Meinung und zumindest auch, sagen wir einmal so, die Meinung mehrerer Mitglieder innerhalb der Südtiroler Volkspartei, daß mit diesen Richtlinien, die hier als Vorschlag vorgelegt wurden und sicher irgendwann und vielleicht baldigst vom Landesauschuß genehmigt werden, damit die Beitragsgewährung nach diesen harten Kriterien erfolgt, in diesem Zusammenhang mit diesem Papier sozusagen der Gesetzentwurf gerechtfertigt ist und auch eine gewisse Sicherheit allgemeiner Natur in der Meinung draußen geben kann, und vielleicht bringt er nicht nur negative Kritik und nur negative Beurteilung. Ich bin der Überzeugung, wenn wir versuchen ihn in das richtige Licht zu stellen, daß dann doch auch in der Bevölkerung eine Zustimmung für diese Hilfen im Gastgewerbe zu finden ist. Immer in der Voraussetzung, daß mit diesen klaren Kriterien vorgegangen wird, und der Wille dazu ist bezeugt worden.

SPÖGLER (Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP):
Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist klar, daß ich zu diesem etwas umstrittenen Gesetzesentwurf versuchen werde, etwas ausführlich Stellung zu nehmen, damit vor allem gewisse Mißverständnisse ausgeräumt werden können. Ich möchte zunächst feststellen, daß dieser Gesetzesentwurf von der Landesregierung beschlossen worden ist und daß er, so wie es bei jedem Gesetzesentwurf in der Regel der Fall ist, auf Vorschlag des zuständigen Landesrates eingereicht worden ist. Ich möchte auch noch sagen, und das ist schon von der Kollegin Bertolini erwähnt worden, daß der vorhergehende Gesetzesentwurf und der vorliegende Gesetzesentwurf einige Male in der Fraktion der Südtiroler Volkspartei stundenlang diskutiert worden ist und er hat nach einer objektiven sachlichen Darstellung meinerseits eine Übergroße Mehrheit gefunden. Des weiteren möchte ich hinzufügen, daß sich sämtliche Wirtschaftsverbände zusammen mit der Handelskammer bereits vor länger als einem Jahr sich mit diesen Krisensituationen im Gastgewerbe beschäftigt haben. Man hat viele Sitzungen abgehalten, um zu sehen, ob ein allfälliger Gesetzesentwurf, mit welchen in gewissen Krisensi-

tuationen eingegriffen werden könnte, marktwirtschaftlich vertretbar ist. Man hat geradezu schon in diesem Gremium vor über einem Jahr versucht, Kriterien auszuarbeiten, usw.

Nun zum Inhalt dieses Gesetzesentwurfes. Sie wissen, daß er verschiedene Änderungen beinhaltet am Landesgesetz Nr.23 vom 22.August 1973. Ich nenne noch einmal ganz kurz die wichtigsten Änderungen, die am Landesgesetz Nr.23 mit diesem Gesetzesentwurf angebracht werden. Der höchstmögliche Zinsenzuschuß wird von 6% auf 8% angehoben und ich meine, es ist heute auch schon gesagt worden, daß diese Anhebung gerechtfertigt ist, nachdem wir alle wissen, daß der Zinsfuß, der von den Banken verlangt wird, in der letzten Zeit enorm gestiegen ist. Im übrigen ist auch in den anderen wirtschaftlichen Sektoren der Zinsbeitrag erhöht worden bis zu 8%, sprich Industrie, sprich Handwerk. Wenn ich an das Trentino denke, an die Nachbarprovinz, also dort wurde bereits im Jahre 1980 der Zinsfuß auf 8% angehoben, nur mit dem Unterschied, daß dieser Zinsbeitrag von 8% nicht nur auf 60% des Kostenvoranschlages gewährt werden kann, sondern auch bis zu 80% des Kostenvoranschlages. Und die Laufzeit ist nicht fünf Jahre, auf die sie jetzt reduziert wird, sondern die Laufzeit beträgt im Trentino 15 Jahre. Immer bezogen auf Investitionen im gastgewerblichen Bereich. Sie wissen auch, daß in der Industrie der Zinsfuß zu Lasten des Unternehmers nur 4,5% beträgt, wenn es sich um Investitionen handelt im Bereich der Umstrukturierungs- und Umstellungsarbeiten. Darüberhinaus, also 4,5% zu Lasten des Unternehmers, den Rest der Zinsen bezahlt bekanntlich im Sinne des Landesgesetzes Nr.25 und in Anwendung der staatlichen Bestimmungen das Land. Darüberhinaus kann bei Umstrukturierungsarbeiten das Land außer diesen Darlehen mit diesem günstigen Zinsfuß noch einen Beitrag gewähren bis zu 10% für die Dauer von 10 Jahren. Also, deswegen kann man, Herr Abg. Costalbano, wirklich nicht sagen, daß im Fremdenverkehr jetzt bessere Bestimmungen zur Anwendung gelangen im Vergleich zur Industrie, wie Sie es ausgedrückt haben, sondern ganz im Gegenteil, hier liegt wenschon eine Diskriminierung vor und ich komme noch darauf zu sprechen, bezogen auf den Bereich des Fremdenverkehrs.

Ich habe schon gesagt, daß die Laufzeit von bisher 10 Jahre auf 5 Jahre gekürzt werden soll, um die Haushaltsmittel des Landes nicht für einen zu langen Zeitraum zu binden. Ich bin überhaupt der Meinung, daß man in der Regel, und nicht nur im Gastgewerbe, in der Regel auch in den anderen Wirtschaftszweigen den Zinszuschuß nicht für so lange Zeit gewähren sollte, für 10 Jahre, 15 Jahre, 20 Jahre, wie es bei verschiedenen Gesetzen der Fall ist. Man müßte hier, nachdem Wirtschaft Wirtschaft ist, vielleicht mit Ausnahme der Landwirtschaft, die effektiv einen Sonderfall überall darstellt, aber sonst müßte man ein Wirtschaftsförderungsgesetz erlassen und mit diesem Wirtschaftsförderungsgesetz, meines Erachtens alle Wirtschaftsunternehmen auf dieselbe Stufe stellen. Nur wird uns das nicht gelingen, weil wir staatliche Gesetze haben, die wir zu respektieren haben, z.B. im Bereich der Industrie, und dort haben wir bekanntlich nur eine sekundäre Gesetzgebungsbefugnis und müssen uns also weitgehend deshalb an die staatliche Gesetzgebung halten.

Für Vorkehrungen zur Energieeinsparung müssen mit diesem Gesetzesentwurf nicht mehr 30% der Mittel verwendet werden, die Gründe hierfür gehen aus dem Begleitbericht klar hervor. Im übrigen möchte ich zu diesem Punkt sagen, daß die Landesregierung in absehbarer Zeit sowieso ein einheitliches Gesetz vorlegen wird, mit welchem Maßnahmen vorgesehen werden sollen im Bereich der Energieeinsparung, und diese Maßnahmen sollen dann für alle Bereiche der Wirtschaft gleich sein.

Um eine einheitliche Bewertung der Beitragsgesuche zu gewährleisten beschließt die Landesregierung besondere Richtlinien, so steht es im Art.2, welche sich an die Vorschriften des Landesentwicklungsprogrammes halten müssen.

Nun, meine Damen und Herren, bisher gab es nur assessoratsinterne Kriterien. Es gab nicht einmal Kriterien der Landesregierung, es gab nur assessoratsinterne und welche noch dazu außerordentlich streng war, außerordentlich restriktiv waren, aber die bisherigen Kriterien, die, wie gesagt, sehr restriktiv waren. Warum? In erster Linie deshalb, weil die Mittel, die zur Verfügung standen, die ganzen Jahre herauf immer sehr bescheiden waren, es handelte sich um ein paar Hunderte Millionen Lire und nicht einmal jedes Jahr wurden diese Mittel zur Verfügung gestellt, mal 10 Jahre immer natürlich, aber wenn die assessoratsinternen Kriterien auch sehr streng waren und sehr restriktiv, so fehlte diesen Kriterien bis zum heutigen Tag die soziale Komponente und Sie sehen, daß jetzt Kriterien in der ersten Anwendung des Gesetzes zumindestens, also soziale Komponenten in diese Kriterien oder soziale Faktoren in diese Kriterien einfließen sollen. Ich komme aber noch darauf zu sprechen. Es wird dann des weiteren eine neue Zusammensetzung der Kommission vorgeschlagen, sie besteht aus Personen, welche Fähigkeiten besitzen, die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Investitionen zu beurteilen. Ich glaube, daß es kein Landesgesetz gibt, mit welchem eine solche reine Fachkommission vorgesehen ist. In diesem Fall handelt es sich wirklich um eine Fachkommission, die in der Lage sein mußte, die Gesuche nach Zweckmäßigkeit, nach Wirtschaftlichkeit der Investitionen usw. zu überprüfen. Auch kein Politiker ist in dieser Kommission drinnen, wie Sie wissen, wir haben den Politiker ausdrücklich von dieser Kommission ferngehalten. Die Gesuchsteller müssen dann in Zukunft von vornherein alle Unterlagen sofort erbringen und nicht, so wie es bisher war, in zwei Zeitabschnitten. Sie können also nicht mehr zuerst ein Vorprojekt, einen provisorischen Kostenvoranschlag einreichen, sondern müssen von vornherein ein vom Bürgermeister genehmigtes Projekt vorlegen, einen detaillierten Kostenvoranschlag usw. Und sie werden sagen, ja gut, also so weit könnten wir auch mit der Änderung am Landesgesetz Nr.23 einverstanden sein. Was aber von manchen Abgeordneten scharf kritisiert worden ist, das ist die Möglichkeit der rückwirkenden Anwendung dieses Gesetzes als Übergangsbestimmung. Man ist offensichtlich dagegen, weil dadurch die Möglichkeit eröffnet wird, gewissen Betrieben zu helfen, die sich wegen den plötzlich gestiegenen Bankzinsen in Schwierigkeiten befinden und zwar nur deshalb, weil sie nicht die Wirtschaftsförderung in Anspruch nehmen konnten, welche für andere Wirtschaftszweige auch in den letzten Jahren fast eine Selbstverständlichkeit gewesen ist.

Im Gastgewerbe kommen aber noch zusätzliche restriktive Kriterien zur Anwendung, wie bereits gesagt, die ich jetzt, obwohl sie bereits verteilt worden sind, vorlesen möchte, damit sie zu Protokoll kommen. Es handelt sich um vorläufige Kriterien, die Landesregierung kann ja nicht Kriterien im Sinne eines Gesetzes, das noch nicht in Kraft ist, im Vorhinein beschließen, es handelt sich also um provisorische Kriterien, die nach der Verabschiedung des Gesetzes bzw. nach Inkrafttreten des Gesetzes noch ergänzt werden können.

1. In der ersten Anwendung dieses Gesetzes sollen also jene gastgewerblichen Betriebe den Vorrang haben, die als Folge von Investitionen in eine finanzielle Krise geraten sind, unter der Bedingung, also nicht alle, sondern die infolge von Investitionen in Krise geraten sind, unter der Bedingung, daß die finanziellen Schwierigkeiten durch die Erhöhung des Bankzinsatzes verursacht wurden, das ist ein wichtiges Kriterium;
2. daß die Arbeiten abgeschlossen sind und der Betrieb die Tätigkeit aufgenommen hat - es sollen also keine Rohbauten, wenn einer nicht mehr weiterkommt, keine Rohbauten bezuschußt werden, sondern der Betrieb muß seine Tätigkeit aufgenommen haben;
3. das Gesamteinkommen des Inhabers darf nicht ausreichen, um die finanziellen Belastungen der Investitionen tragen zu können;
4. der Gastbetrieb muß die wirtschaftliche Grundlage für die Familie des Gesuchstellers darstellen;
5. der Gesuchsteller darf nicht Eigentümer anderer veräußerlicher Güter sein oder wenn ja, dann kann die Veräußerung anderer Güter nicht wesentlich zur Sanierung der finanziellen Lage des Gastbetriebes beitragen;
6. mit der Gewährung des Beitrages muß laut Gutachten der von diesem Gesetz vorgesehenen Kommission der Gastbetrieb saniert werden können, nach menschlichem Ermessen;
7. wenn es sich um Neubauten oder um quantitative Erweiterungen handelt, dann müssen die Arbeiten vor dem 30. Juni 1980 begonnen worden sein, d.h. bevor der Südtiroler Landtag das Landesentwicklungsprogramm verabschiedet hat.

Somit müssen also diese Investitionen LEP-konform sein. Die ganzen Aussagen, die hier gemacht worden sind von der Kollegin Franzelin und von anderen in diesem Zusammenhang, sind mit dieser Bestimmung hinfällig: dem niemand, der nach dem Inkrafttreten - es ist ja kein Gesetz, aber nach der Genehmigung mit einer Tagesordnung des Landesentwicklungsprogrammes - noch Bauten begonnen hat, kann trotz Anwendung der strengen Kriterien, auch nicht in Anwendung der strengen Kriterien, eine Berücksichtigung finden. Bei ähnlichen Bedingungen, so lesen wir weiter in den Kriterien, haben die in den strukturschwächeren Gebieten gelegenen Betriebe Vorrang. Das ist also wiederum ein Sieb, der vorhanden ist. Denn es werden sicherlich viel mehr Gesuche eingereicht werden, als Geldmittel vorhanden sind. Und bei der Überprüfung der Gesuche wird sogar noch dem Vermögensstand, sogar nicht nur des Gesuchstellers, sondern auch des Ehegatten und der Verwandten ersten Grades Rechnung getragen. Schlußendlich kann der Beitrag von maximal 8% nur auf maximal 60% von maximal einer Milliarde Lire gewährt werden, also auf maximal 600 Millionen Lire.

Es handelt sich also, verehrte Kolleginnen und Kollegen, um das erste Wirtschaftsförderungsgesetz überhaupt, das der Südtiroler Landtag verabschiedet hat und vorher nicht der Regionalrat, das ausschließlich, zumindest in der ersten Anwendung des Gesetzes nach sozialen Kriterien zur Anwendung kommt. Ich glaube, das muß man sagen und das muß man auch unterstreichen.

Nun muß man sich schon fragen, warum man so vehement oder zumindestens manche Kolleginnen und Kollegen, warum sie so vehement gegen diese vorgesehene Rückwirksamkeit eintreten, wenn aus den Kriterien hervorgeht, daß nur Betriebe berücksichtigt werden können, welche zum damaligen Zeitpunkt betriebswirtschaftlich und unternehmenspolitisch keine Fehlentscheidungen getroffen haben, wenn es sich also um Betriebe handelt, welche strukturell und vom Markt her gesund sind, wenn es sich um Unternehmer handelt, welche nicht hasardiert und nicht am Markt vorbei investiert haben.

Des weiteren, das geht auch aus den Kriterien hervor, muß der Gastbetrieb die wirtschaftliche Grundlage für die Familie darstellen und mit dem Beitrag, das ist auch schon gesagt worden, muß der Betrieb nach menschlichem Ermessen saniert werden können. Auch in der Industrie und im Handwerk und im Handel hat man die Gesetze teilweise rückwirkend zur Anwendung gebracht und ich habe hier keine Kritik gehört in diesem Saale. Jedenfalls sind diese rückwirkenden Bestimmungen genehmigt worden, und zwar nicht nur von einer kleinen Mehrheit, sondern ich glaube von einer großen Mehrheit oder vom gesamten Landtag sind die Gesetze genehmigt worden, welche ebenfalls eine Bestimmung enthielten, mit welcher eine rückwirkende Anwendung ermöglicht wurde.

Also, man kann hier nicht von der Diskriminierung sprechen gegenüber anderen Gewerbezweigen oder anderen Wirtschaftszweigen, sondern wenschon würde eine Diskriminierung durch dieses Gesetz zustande kommen bezogen auf das Gastgewerbe. Denn erstens wird der Zinsenzuschuß nur für eine Dauer von fünf Jahren gewährt und nicht für die Dauer von 10 Jahren oder noch mehr Jahren, wie in anderen Bereichen, wie in der Industrie oder im Handwerk. Die Höchstinvestitionssumme, die bezuschußt werden kann, beträgt 600 Millionen Lire und nicht eine Milliarde, und nicht zwei und nicht drei Milliarden, so wie in der Industrie oder im Handwerk, wenn Sie wollen, und dann möchte ich es noch einmal wiederholen, kommen diese sehr strengen Auslese Kriterien zum Tragen oder zur Anwendung.

Ich muß sagen, daß diese im Gesetz vorgesehene Rückwirksamkeit in vielen Fällen aus folgenden Gründen einfach gerecht ist. Es ist hier schon gesagt worden, am Vormittag, es wäre ungerecht, daß man diese Maßnahme im Nachhinein trifft. Ich muß sagen, ich werde auch erläutern warum, daß in der ersten Anwendung dieses Gesetzes eine rückwirkende Anwendung dieses Gesetzes aus meiner Sicht gesehen gerecht ist:

1. wegen der geänderten wirtschaftlichen Situation.

In dieser geänderten wirtschaftlichen Situation sind aus meiner Sicht gesehen nun die Gastbetriebe den Betrieben anderer wirtschaftlichen Bereiche gleichzustellen, weil auch die Arbeitsplätze im Gastgewerbe nun plötzlich äußerst interessant geworden sind, um die Arbeitslosigkeit in unserem Lande Südtirol einigermaßen in Schranken halten zu können. Früher

war die Situation anders, man mußte viele provinzfremde Arbeitskräfte beschäftigen, in der Zeit der Hochkonjunktur, des Booms war das der Fall. Heute ist es so, daß noch viele einheimische Arbeitskräfte auch im Gastgewerbe einen Arbeitsplatz suchen und froh sind, wenn sie einen finden. Saisonstellen hin, Saisonstellen her, sie sind froh, wenn sie im Gastgewerbe eine Stelle bekommen und bekanntlich ist es ja nicht so, daß diese Tätigkeit etwa schlechter bezahlt wird als in anderen Bereichen der Wirtschaft.

Die Gemeinden, welche auf den Tourismus gesetzt haben, weil viele Gemeinden in Südtirol einfach für die Entwicklung des Tourismus prädestiniert sind, haben sicherlich keinen Selbstmord begangen. Der Kollege Erschbaumer hat sich vorige Woche im Regionalrat so ausgedrückt, viele Gemeinden in Südtirol, die ihre Karten nur auf den Fremdenverkehr gesetzt hatten, hätten Selbstmord begangen. Ich muß sagen, daß es in diesen Gemeinden, in denen der Fremdenverkehr eine wesentliche Rolle spielt, keine Arbeitslosigkeit gibt, ja ganz im Gegenteil, in diesen Gemeinden können und müssen noch Hunderte von Beschäftigten von den unterentwickelten Tälern, von den Tälern, wo es weniger Arbeitsmöglichkeiten gibt, aufgenommen werden.

2. Die Betriebe, welche hohe, aber zum damaligen Zeitpunkt der Investition verkraftbare Investitionen getätigt haben, wurden durch folgende unvorhersehbare Faktoren überrascht. Durch den Beitritt Italiens zum europäischen Währungssystem. Sie werden sagen, das hat ein Unternehmer wohl schon im Jahre 1979 oder 1978 wissen können, daß Italien dem europäischen Währungssystem beitreten wird. Ein kleiner Unternehmer hat das sicherlich im Jahre 1978, wenn er mit einer Investition begonnen hat, nicht gewußt, daß Italien dem europäischen Währungssystem beitreten wird, wahrscheinlich haben Sie es auch ein Jahr vorher noch nicht gewußt und dadurch können bekanntlich die ständig steigenden Kosten nicht mehr, so wie früher, zumindest nicht mehr zur Gänze auf die Preise abgewälzt werden. Aber das nur so nebenbei. Im Jahre 1980 stiegen dann die Geldkosten wegen der bekannten Kreditrestriktionen und wegen der Hochzinspolitik der Regierung in die Sterne. Auf einmal lagen die Zinsen, innerhalb kürzester Zeit, weil diese Hochzinspolitik ist ja bei Gott etwa nicht angekündigt worden, auf einmal lagen die Zinsen um etwa 10 Punkte oberhalb der Inflationsrate und vor dieser Hochzinspolitik, wie sie dekretiert worden ist, war die Situation genau umgekehrt, die Zinsen lagen um einige Punkte unterhalb der Inflationsrate. Es ist auch nicht wahr, Herr Kollege Lunger, daß die Unternehmer diese enorme Geldverteuerung, wie sie seit 1980 zustande gekommen ist, zumindestens vorausahnen konnten. Sie haben gesagt, seit dem Jahre 1977 haben die Banken nur mehr Darlehensverträge abgeschlossen mit einem variablen Zinsfuß, also, der Unternehmer, der ein Darlehen von der Bank genommen hat, der wußte von vorneherein, daß die Zinsen steigen werden ab 1977. Ich weiß nicht, wer das gewußt hat, Sie haben es sicherlich nicht gewußt, ich auch nicht, die Banken selber haben es auch nicht gewußt. Ich muß sagen, niemand hat es leider gewußt und wenn es die Banken gewußt hätten, dann wären viele Banken heute nicht in der Situation, in welcher sie sich befinden, denn ich spreche jetzt nicht von den Kreditinstituten, von der Investitionsbank oder von der Bodenkreditanstalt, die allen Fällen privilegierte Institute sind, weil sie die erste Hypothek auf den Besitz drauf haben, aber ich spreche von den

Banken, wenn die Banken das alles so genau gewußt hätten, wie sich die wirtschaftliche Situation entwickeln wird und wie sich die Zinssituationen entwickeln wird, dann wären heute nicht viele Banken in einer schwierigen Situation. In einer schwierigen Situation ist jetzt übertrieben, aber viele Banken werden in den nächsten Monaten und in nächster Zeit ganz allgemein gesehen beträchtliche Summen verlieren, weil sie sich nicht dementsprechend abgesichert haben und nicht ausreichend abgesichert haben durch Bürgen. Denn der Wert der Betriebe ist ja in letzter Zeit sehr stark zurückgegangen. Es ist zu einer Wertminderung der Betriebe gekommen, Betriebe, die von den Banken, von den Kreditinstituten, von der Bodenkreditanstalt mit zwei Milliarden Lire z.B. im Jahre 1980 geschätzt worden sind, die werden heute ungefähr mit einer Milliarde geschätzt. Das ist die Situation. Es ist eine starke Wertminderung zustande gekommen, und warum ist diese Wertminderung zustande gekommen? Nicht weil der Fremdenverkehr nicht mehr florieren würde, sondern primär deshalb, weil ja schon einige Betriebe im Gastgewerbe und nicht nur im Gastgewerbe, bereits in Konkurs gegangen sind und weil man ja weiß, daß trotz dieser Intervention des Landes Dutzende oder viele Dutzende, ich weiß es nicht, hoffentlich wenige, aber jedenfalls sicherlich nicht wenige in Konkurs gehen werden, und wenn man das weiß, dann ist es ganz klar, daß automatisch eine Wertminderung für solche Betriebe verbunden ist.

Die leichte Rezession im Fremdenverkehr im Jahre 1981 hat die Fremdenverkehrswirtschaft im allgemeinen nicht sehr stark getroffen. Wir haben im Durchschnitt im Jahre 1981 nur ein Minus von 5% zu verzeichnen gehabt, was die Nächtigungen anbelangt. Aber die neuen Betriebe, die Betriebe, die erst in letzten Jahren entstanden sind, die haben natürlich das erste Jahr und auch noch das zweite Jahr eine äußerst schlechte Auslastung gehabt, weil ein neuer Betrieb logischerweise noch nicht über eine Stammkundschaft verfügen kann. Und wenn der Rückgang allgemein da ist, dann trifft dieser Rückgang in besonderer Weise die neu entstandenen Betriebe. Im Jahre 1982 wissen wir, daß sich der Fremdenverkehr Gott sei Dank trotz verschärfter Krise im allgemeinen gut entwickelt hat. Der Fremdenverkehr ist zwar jener Wirtschaftszweig, welcher aus meiner Sicht gesehen doch am besten gedeiht, sich noch am besten entwickelt, es ist aber im Fremdenverkehr eine große Preisdisziplin notwendig, d.h. natürlich nicht, daß die Preise nicht angehoben werden, sie müssen natürlich angehoben werden, aber sie können auf keinen Fall von Jahr zu Jahr um die Inflationsrate angehoben werden, sie können nicht angehoben werden, um die enorme Kostenverteuerung im Bereich Personal aufzufangen, sie können diese enormen Kostensteigerungen zumindestens lange nicht mehr zur Gänze auf die Preise abwälzen. Trotzdem in den letzten Jahren viele zusätzliche Betten noch dazugekommen sind, ist die Auslastung der Betten nicht schlechter geworden. Was aber gesagt werden muß, und das ist auch in diesem Zusammenhang wichtig, der Gewinn in den gastgewerblichen Betrieben ist in den letzten Jahren stark geschrumpft.

Ich frage Sie nun, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ob es in der derzeitigen Situation gerecht wäre, es ist eine wichtige Frage: Ist es in der derzeitigen Situation gerecht, die Mittel, welche für Investitionen im Fremdenverkehr zur Verfügung gestellt wurden und es sind welche zur Verfü-

gung gestellt worden, jenen Unternehmern zu gewähren, welche in Zukunft qualitative Verbesserungen vorzunehmen gedenken? Dies wäre für mich als Politiker sicherlich viel angenehmer und populärer. Wenn ich z.B. die 800 Millionen Lire, die ich im Haushalt 1982 zur Verfügung gehabt hätte mal 10 Jahre, hätte verwenden können, um vielen Hunderten von Unternehmern unter die Arme zu greifen mit einem Zuschuß von ein paar Millionen Lire pro Jahr mal 10 Jahre. Ich hätte dann kaum einen gastgewerblichen Unternehmer zu enttäuschen brauchen, denn auch im qualitativen Bereich wird nicht so enorm viel investiert, es wird investiert, aber so enorm viel investiert wird auch nicht. Ich hätte mit diesen 800 Millionen Lire mal 10 Jahre sind gleich 8 Milliarden Lire sicherlich vielen Hunderten gastgewerblichen Unternehmern unter die Arme greifen können, ihnen also eine Subvention gewähren können, d.h. die Südtiroler Landesregierung natürlich, auf meinen Vorschlag.

Ich habe im Zusammenhang mit dieser rückwirkenden Anwendung keine Lorbeeren zu ernten. Ich sage das ganz offen heraus. Ganz im Gegenteil. Es hat auch der Kollege Lunger gesagt, selbst gastgewerbliche Unternehmer sind gegen eine solche rückwirkende Anwendung des Landesgesetzes Nr.23. Ja, ich bin mir dessen auch bewußt, Herr Kollege Lunger, ich war mir dessen bewußt von vorneherein und ich bin mir auch heute noch dessen bewußt. Ich bin aber kein Demagoge, ich bin kein Politiker, der jetzt nur auf Stimmenfang ausgeht in dieser sehr schwierigen Situation. Ich muß die Frage stellen: wäre es gerechter, an schon längst bestehende Betriebe, die eine Hilfe natürlich auch immer brauchen können so wie Handwerksbetriebe, Handelsbetriebe usw., wäre es gerechter, an schon längst bestehende Betriebe Beiträge zu vergeben, so wie es im Handel und im Handwerk und in der Industrie der Fall ist, tagtäglich der Fall ist, wäre das gerechter, und dafür ein paar Dutzend mittelständische Betriebe in Konkurs gehen zu lassen, nur weil sie die Zinsenlast, die auf einmal auf sie zugekommen ist, nicht ertragen können? Ich muß diese Frage stellen, dann werden Sie mir antworten: ja, diese Mittel hätten überhaupt nicht zur Verfügung gestellt werden sollen für das Gastgewerbe. Nicht für das Gastgewerbe, man hätte also Mittel vorsehen sollen für andere Zwecke. Gut, das kann eine Antwort sein, eine andere Antwort sind Sie mir momentan noch schuldig: wäre es besser, wäre es gerechter in dieser Situation, ich wiederhole es noch einmal, an Hunderte von seit langer Zeit gastgewerblichen bestehender Betrieben Zinszuschüsse zu verteilen für qualitativer Verbesserungen und mit diesen Maßnahmen die 800 Millionen mal 10 Jahre auszugeben oder in dieser schwierigen Situation einigen Dutzenden von Betrieben zu helfen, die ohne diese Hilfe sonst in Konkurs gehen müssen. Ich komme noch darauf zurück.

Wenn wir im Handwerk, wenn wir in der Industrie, und auch rückwirkend ist das geschehen, in den letzten Jahren keine Förderungsmaßnahmen gegeben hätten für den Bau von neuen Betrieben, Handwerksbetrieben, die ausgesiedelt sind und einen neuen Betrieb gebaut haben mit einer starken Kapazität, die heute nicht ausgelastet werden kann; wenn wir keine Förderung diesen Betrieben gewährt hätten, dann wären auch solche Betriebe heute in Krise, es sind auch solche Betriebe in Krise und werden auch in Konkurs gehen und wir können ihnen nicht noch einmal zusätzlich helfen. Wir haben ihnen aber

schon geholfen, wir haben ihnen schon den höchstmöglichen Zinszuschuß gegeben und wir geben ihnen auch rückwirkend noch eine Erhöhung des Zinszuschusses von früher 5% auf 8%, von früher 6% auf 8%, usw. Auch solche Betriebe, wenn man hier nicht interveniert hätte, wären heute in einer viel größeren Zahl nicht nur in Schwierigkeiten, sondern sie würden geradezu in Konkurs gehen, das sagt man aber nicht. Und ich weiß nicht, ob nicht auch für die anderen Betriebe, Industriebetriebe, Handwerksbetriebe, Handelsbetriebe, die Gesetze der sozialen Marktwirtschaft Gültigkeit haben, weil man heute hier immer wieder von der sozialen Marktwirtschaft gesprochen hat.

Jetzt möchte ich etwas zu den Mitteln sagen, die hier zur Anwendung gelangen oder die mit diesem Gesetzentwurf zum Einsatz gelangen sollen. Bei der Haushaltsänderung mit dem Nachtragshaushalt 1981 habe ich 1 Milliarde und 100 Millionen Lire bekommen, um Zinszuschüsse gewähren zu können für qualitative Investitionen im Gastgewerbe. 1,1 Milliarden Lire mal 10 Jahre im Sinne also des Landesgesetzes Nr.23 vom Jahre 1973. 1,1 Milliarden mal 10 Jahre sind gleich 11 Milliarden Lire. Von diesen 1,1 Milliarden Lire konnten nur 300 Millionen im Jahre 1981 ausgegeben werden, weil der Nachtragshaushalt erst im Spätherbst 1981 beschlossen worden ist, erst natürlich viel später in Kraft getreten ist, aus diesem Grunde konnten ja schon viele überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden. Ein Termin für das Einreichen von neuen Gesuchen gab es nicht mehr, der Termin war schon lange abgelaufen und so war es einfach nicht möglich, diese Mittel, die mir zur Verfügung standen, im Jahre 1981 mit dem Nachtragshaushalt für Investitionen im Gastgewerbe zu verausgaben. Es verblieben also meinem Assessorat 800 Millionen Lire mal 10 Jahre sind gleich 8 Milliarden Lire. Bei der Erstellung des Haushaltes 1982 haben alle meine Kollegen, haben alle Landesräte die Mittel wieder bekommen, die mit dem Haushalt 1981 in Erhausung gegangen sind. Oder wie in meinem Falle in Erhausung gehen mußten, wie schon gesagt, aus den bekannten Gründen. Darüberhinaus haben noch verschiedene Kollegen Mittel bekommen, zusätzliche Mittel noch bekommen, nicht nur die, die in Erhausung gegangen sind, sondern noch zusätzliche Mittel bekommen, um ihre Gesetze, die mit mehrjährigen Verpflichtungen verbunden sind, refinanzieren zu können. Im Handwerk wurden z.B. 1,5 Milliarden Lire mal 10 Jahre in der Regel zur Verfügung gestellt, neue Mittel, es ist auch wichtig, sie wurden auch gebraucht, sind schon aufgebraucht, um Zinszuschüsse gewähren zu können für Investitionen. Es wurden im Jahre 1982 über 5 Milliarden Lire zur Verfügung gestellt, um Verlustbeiträge geben zu können für den Ankauf von Maschinen usw. Im Handel z.B. bekam der zuständige Kollege die Mittel, die 1981 in Erhausung gingen, zur Gänze und zusätzliche Mittel, ohne jetzt sie aufzuzählen, damit mit diesen Geldern was geschehen kann, z.B. im Handel. Um jene Gesuche berücksichtigen zu können, die schon ein Jahr vorher, zwei Jahre vorher, vielleicht drei Jahre vorher eingereicht wurden, auf Erledigung warteten, also bis 1982 keine Berücksichtigung finden konnten.

Es ist zu sagen, wenn das im Gastgewerbe möglich gewesen wäre, daß die Leute hätten Gesuche einreichen können wie am laufenden Band, so wie es bei anderen Gesetzen der Fall ist, dann hätte ich jetzt auch eine Menge Gesuche und ich bräuchte keine Bestimmung, mit welcher die rückwirkende Anwendung des Gesetzes vorgesehen wird. Aber im Gastgewerbe haben wir eben

immer sehr sehr strenge Bestimmungen gehabt, weil die Mittel gering waren und es auch nicht notwendig war, ich gebe es zu, auch nicht notwendig war, zu einer gewissen Zeit viele Mittel zur Verfügung zu stellen, weil dieser Wirtschaftszweig auch auf eigenen Beinen gestanden ist, auf eigenen Füßen gestanden ist mit den Krediten ohne Zinszuschüsse sich zurechtgefunden hat.

Ich weiß nicht, es ist niemand da von der kommunistischen Partei. Im Handel sieht man die Dinge ganz anders wie im Gastgewerbe. Ja, es hat so ausgesehen, als ob die Landesregierung für den Handel mit Haushalt 1982 keine Mittel zur Verfügung stellen würde um Zinsbeiträge gewähren zu können für Kleinhandelsbetriebe und Großhandelsbetriebe. Da hat die Fraktion der kommunistischen Partei mit Datum 18. Juni 1982 eine Anfrage hier im Landtag eingereicht, um zu erfahren, ob es der Wahrheit entspricht, daß die Refinanzierung dieser Groß- und Kleinhandelsgesetze nicht vorgenommen wird und um zu erfahren, welche Gründe vorhanden sind, daß man da nicht mehr Mittel für den Handel zur Verfügung stellen will. Sie sagen, daß bekanntlich in Handelskreisen auf die Refinanzierung gedrängt wird, wie uns bekannt ist, aus Schreiben, die an den Landeshauptmann gerichtet worden sind von der Kaufleutevereinigung usw. Hier legt man verschiedene Maßstäbe an. Mir scheint es, daß das der Fall ist, aber ich muß diese Dinge sagen, ich habe auch das Mitspracherecht auf dem Sektor Handel, auf dem Sektor Industrie, ich habe ja nichts dagegen, aber ich muß mich jetzt in diesem Falle als Landesrat für den Fremdenverkehr und für das Gastgewerbe wehren, weil hier scheinbar diskriminierende Bestimmungen zur Anwendung gelangen sollten und sie gelangen ja in diskriminierender Weise zur Anwendung und ich habe ja auch nichts dagegen, daß das Gastgewerbe ein bißchen anders behandelt wird, zumindestens in dieser ersten Anwendung dieses Gesetzes, weil ja auch die Mittel nicht vorhanden sind, deswegen kann man keine Wunder wirken. Ich will nicht den anderen wirtschaftlichen Bereichen das Geld vorzählen, das sie bekommen haben im Jahre 1982, ich will es ihnen hier nicht vorzählen, sie kennen ja die Summen, die zur Verfügung gestellt worden sind. Ich will hier auch nicht besonders erwähnen, Kollegin Franzelin, daß für den Volkswohnbau im Jahre 1982 100 Milliarden Lire zur Verfügung standen und daß noch einmal 20 Milliarden dazugegeben wurden, daß also 120 Milliarden für den Volkswohnbau zur Verfügung standen. Man hat hier eben gesprochen, wieso hier Geld, wenn doch die Notwendigkeit bestünde, mehr Wohnungen zu bauen. Das kann man alles sagen, aber dann müssen Sie auch sagen, warum hier im Handel, warum im Handwerk, warum in der Industrie, warum in der Landwirtschaft und was weiß ich wo so viele Mittel hier sind. Hier sind es wenige. Wenn wir doch Wohnungen bräuchten, aber Sie doch anerkennen, daß die Landesregierung 100 Milliarden und dann noch einmal 20 Milliarden mit dem Nachtragshaushalt hinzugefügt hat. Im Fremdenverkehr stehen für Investitionen insgesamt, im Gastgewerbe also, zwischen 1981 und 1982 1,6 Milliarden und nur für die Dauer von 5 Jahren zur Verfügung.

Ich frage sie noch einmal, verehrte Abgeordnete, wäre es besser gewesen, die 800 Millionen Lire mal 10 Jahre ausschließlich für qualitative Verbesserungen in schon längst bestehenden Betrieben einzusetzen oder ein paar Dutzend Betrieben, es handelt sich um kleine Betriebe, wenn man nur für eine Investitionssumme von maximal 600 Millionen Lire Beiträge gewährt,

es handelt sich also um kleine Betriebe und nicht um Großbetriebe, wie hier jemand geglaubt hat, daß man sowieso wieder nur den großen helfen wird. Es handelt sich um kleinere, mittelständische Betriebe, denen hier geholfen werden soll, damit sie nicht in Konkurs gehen, und ohne diese Hilfe, die unter Umständen auch nur bescheiden sein kann bei einem kleinen Unternehmer, würden eben viele in Konkurs gehen. Und sie würden deswegen in Konkurs gehen, weil sie vorher, also in den letzten Jahren, nicht die Zinszuschüsse erhalten haben, welche für die anderen wirtschaftlichen Bereiche selbstverständlich waren. Es heißt dann, sie sollen den Betrieb verkaufen, wenn sie es nicht mehr erleisten können. Das ist nicht realistisch, die würden gerne verkaufen, ich kann ihnen Unternehmer sagen, die schon seit Monaten nicht mehr schlafen, weil sich die Situation dramatisch zugespitzt hat und sie würden sofort den Betrieb verkaufen. Auch ohne eine einzige Lira dabei zu verdienen, nur um das Geld zu realisieren, um es den Banken zurückzuzahlen.

Die Kollegin Franzelin hat dann eine Rechnung angestellt, sie ist jetzt nicht hier, ich muß nur sagen, mich interessiert diese Rechnung nicht, die sie gemacht hat. Denn wenn jemand eine solche Rechnung gemacht hat, ein gastgewerblicher Unternehmer eine solche Rechnung gemacht hat wie es die Kollegin Franzelin heute hier nachvollzogen hat, dann kommt ja ein solcher Unternehmer mit diesem Gesetz aufgrund dieser restriktiven Kriterien sowieso nicht zum Zuge. Ich brauche diese Kriterien nicht noch einmal zu verlesen. Der Betrieb muß ja saniert werden können nach menschlichem Ermessen mit diesem Beitrag, der für manche viel sein kann und für manche wenig, aber er muß ausreichend sein dieser Beitrag, mit diesem Beitrag muß die Situation des Betriebes saniert werden können. Sie hat viel gesprochen über die Bestimmungen des LEP. Sie hat sie vorgelesen, aufgezählt, usw. ja, und da würden wir jetzt eine Durchlöcherung des LEP vollziehen und das wäre also Papier, leeres Papier, was wir da beschlossen hätten mit einer Tagesordnung im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Landesentwicklungsprogrammes. Das ist einfach nicht wahr. Die Kollegin Franzelin wußte diese Dinge und deswegen weiß ich nicht, warum sie Dinge sagt, die sie schon vorher wußte. Nicht nur die Kollegin Franzelin, alle wissen es, weil im Gesetzesentwurf ausdrücklich drinnen steht, daß sich die Richtlinien, die die Landesregierung zu beschließen hat im Sinne dieses Gesetzes, sich an die Bestimmungen, an die Vorschriften des Landesentwicklungsprogrammes halten müssen, d.h. also, wer nach dem 30. Juli 1980 quantitativ gehandelt hat, also im Bereich der Quantität die Investitionen getätigt hat, der kann auch nicht mit diesem Gesetzesentwurf Beiträge bekommen, der ist von vornherein ausgeschlossen.

Ist es nicht gerechter, jenen Nichtspekulanten - ich muß sie als Nichtspekulanten bezeichnen - zu helfen, welche ohne Hilfe, ohne diese vorgesehene Hilfe sonst ihre Wohnung verlieren würden und ihren Arbeitsplatz. Denn wenn jemand in Konkurs geht, dann wird er einmal sicher die Wohnung verlieren und er wird den Arbeitsplatz sicher verlieren und dann muß er erst schauen, ob er in der heutigen Zeit irgendwo einen Arbeitsplatz findet, um für seine Familie Arbeit und Brot zu sichern. Dazu kommt noch, daß beim Konkurs ein Betrieb normalerweise für längere Zeit geschlossen bleibt,

ich sage normalerweise, es muß nicht sein, aber er kann ein Jahr, zwei Jahre und auch länger geschlossen bleiben, das hängt vom Konkursrichter ab, bzw. vom Massenverwalter; und in vielen Fällen ist es so, daß die Unternehmer, welche einen Gastbetrieb ersteigern im Konkursverfahren, dann aus diesem Hotelbetrieb oder Pensionsbetrieb Zweitwohnungen machen. Viele Unternehmer sind keine gastgewerblichen Unternehmer, die sind es in der Regel nicht, weil die haben schon einen gastgewerblichen Betrieb, es können auch solche sein, die einen Betrieb ersteigern, das ist ja ganz klar, aber viele Betriebe werden ersteigert, das kann ich ihnen sagen, das wird die Zukunft schon beweisen, von irgendwelchen Leuten, die über Kapital verfügen und sagen: für mich ist es nicht interessant, ich habe niemanden, kein Kind, das interessiert ist, einen solchen gastgewerblichen Betrieb zu führen. Die werden diesen Betrieb umfunktionieren, das kostet ja in der Regel nicht sehr viel, und werden also aus diesem Betrieb ein Zweitwohnungsbetrieb, ein Apartment machen. Ich muß Ihnen dann sagen, auch verehrte Vertreter der Arbeitnehmer in der SVP, daß dadurch dann Arbeitsplätze verlorengehen, daß schon viele Arbeitsplätze verlorengehen. Und Arbeitsplätze gehen bei Konkursverfahren verloren, wir können sie ja bei Gott nicht alle vor dem Konkurs retten, das wissen wir alle, es können nur vielleicht relativ wenige zum Zuge kommen, weil nur relativ wenige diesen strengen Kriterien entsprechen, es gehen auch Arbeitsplätze verloren in den Handwerksbetrieben und in kleinen Industriebetrieben, weil die nicht zu ihrem Geld kommen, das sie in dem Gastbetrieb durch ihre Arbeit investiert haben. Es handelt sich dann um kleine Betriebe, gewerbliche Betriebe. Die großen, die können schon trotzdem atmen, wegen ein paar 100 Millionen, die sie da und dort verlieren. Aber die kleinen Handwerksbetriebe und die kleinen Industriebetriebe, die kommen dann schon auch zum Handkuß und es kann dann möglich sein, daß eben diese Betriebe aufschließen müssen. Ist es nicht besser, ist es nicht volkswirtschaftlich gerechter, jenen zu helfen, welche die Kriterien erfüllen als eine Kettenreaktion, wie gesagt, bei diesen Lieferanten und noch zusätzlich bei vielen Bürgen auszulösen.

Ich könnte mir zweifelsohne die Hände in Unschuld waschen. Ich sage das ganz offen, ich habe es schon früher gesagt, ich wiederhole es auch hier. Ich könnte mir die Hände in Unschuld waschen, da ich diese Situation sicherlich nicht mitverursacht bzw. mitverschuldet habe. Vor längerer Zeit schon habe ich vor allzu großen Investitionen im gastgewerblichen Bereich gewarnt, besonders was Investitionen also anbelangt, mit welchen Quantität beschaffen wurde. Ich kann mich noch gut erinnern, im Jahre 1980, es liegt ja nicht so lange zurück, anlässlich der Generalversammlung des Südtiroler Hotelie- und Gastwirteverbandes habe ich Warnrufe ausgesprochen. Ich möchte jetzt nicht weiter auf das eingehen, aber nach mir ist dann der Präsident der Landessparkasse von Südtirol ans Rednerpult gegangen, das war im Jänner 1980, und hat gesagt: Meine lieben Leute, wir haben Geld investiert, wir leben in einer Zeit der Inflation, in der heutigen Zeit muß man investieren, wer heute nicht investiert, der verpaßt den Zug, der ist sozusagen blöd, wenn er es nicht täte. Die Banken haben so gesprochen, bis dann die Kreditrestriktionen kamen und bis die Hochzinspolitik dekretiert worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich eine gewisse Hemmung habe, was diesen Gesetzesentwurf anbelangt, dann bestehen meine Hemmungen ausschließlich darin, daß ich schon vor einiger Zeit, vor längerer Zeit im quantitativen Bereich gewarnt habe und man hat trotzdem investiert, und jetzt sie im Nachhinein zu belohnen für Warnungen, die ich ausgesprochen habe, na ja gut, da kann man sagen, das ist nicht richtig, das ist nicht gerecht. Aber ich war ja auch kein Hellseher und ich hätte genauso unrecht behalten können und der Präsident der Landessparkasse hätte recht behalten können. Das hat damals niemand vorausgesehen. Viele andere Banken hätten auch nicht so ohne weiteres viele Hunderte von Millionen an Darlehen gewährt, wenn sie von vornherein gewußt hätten, daß die Situation schwieriger wird, daß die Zinsen so enorm steigen werden usw. Sie haben eben in der Zeit der Hochkonjunktur, und es war Hochkonjunktur, gebaut, weil andere vor ihnen das auch gemacht haben, mit Erfolg, und warum sollten sie, haben sie sich gedacht, nicht auch das können, was andere vor ihnen gekonnt haben und daß das so kommen wird mit dieser Hochzinspolitik und auch mit einer gewissen Krisensituation, die allerdings im Gastgewerbe nicht so einschneidend ist, das konnten sie nicht wissen, sie haben sich inzwischen eine Existenz geschaffen und darüber kann man an und für sich froh sein, nur müssen sie sehen, wie sie zu Rande kommen. Aber ich glaube, daß es trotzdem nicht ungerecht ist, wenn man bei Einhaltung dieser sehr strengen Auslesekriterien den Leuten versucht unter die Arme zu greifen.

Es ist dann gesagt worden, daß eine rückwirkende Anwendung des Gesetzes gegen die soziale Marktwirtschaft verstoßen würde. Der Kollege Lunger hat sogar noch schärfere Töne angeschlagen und hat gesagt, das würde durch Einführung der Planwirtschaft geradezu fehlen, daß man jetzt noch Zinsenbeiträge gewähren würde.

Meine Damen und Herren, zur sozialen Marktwirtschaft oder zur Marktwirtschaft. Ich persönlich, wenn Sie mich fragen, ich bin eher ein liberal eingestellter Mensch, im Bereich der Wirtschaft zumindestens, ich würde am liebsten auf alle Subventionen, auf Subventionen in allen Bereichen der Wirtschaft verzichten unter der Voraussetzung, daß dies für alle Wirtschaftszweige gelte; und zweitens müßten natürlich dirigistische Maßnahmen unterbleiben, seitens des Staates, die den Marktmechanismus stören.

Herr Lunger, Sie verkennen die Tatsache, und auch zu anderen Kolleginnen und Kollegen möchte ich das sagen, daß in allen europäischen Staaten, in denen die sogenannte Marktwirtschaft praktiziert wird, die Politiker in allen Bereichen der Wirtschaft mit Subventionen intervenieren, und dies auch bei Krisenbetrieben, wenn durch eine solche Intervention, wenn durch eine vertretbare Hilfe der Betrieb saniert werden kann. Das ist natürlich immer die Voraussetzung. Man kann in einer sozialen Marktwirtschaft intervenieren, auch in Krisensituationen intervenieren, aber man muß eine gewisse Garantie haben, daß mit dieser Intervention der Betrieb auch saniert werden kann. Das ist in allen europäischen Staaten der Fall und das ist soziale Marktwirtschaft. Wenn Sie von der freien Marktwirtschaft reden wollen, von Kapitalismus, dann können wir natürlich den Diskurs auf eine andere Ebene verlagern, aber wenn Sie von der sozialen Marktwirtschaft

sprechen und auch etwas davon verstehen, dann liegen eben die Dinge doch in etwa so.

Wenn also nur in unserer Provinz den Wirtschaftssektoren keine Beihilfen gewährt würden, dann wäre unsere Wirtschaft dem In- und dem Ausland gegenüber benachteiligt, d.h. dann würde bei uns die wichtigste Komponente der Marktwirtschaft verlorengehen, nämlich die Wettbewerbsfähigkeit, die Konkurrenzfähigkeit.

Ich meine, wenn der Staat durch die Kreditrestriktion und durch diese hohe Zinspolitik urplötzlich in dirigistischer Weise eingegriffen hat, so kann sich die soziale Marktwirtschaft in einer solchen Situation nicht mehr normal entfalten, da die Wettbewerbsfähigkeit für Neuinvestoren im Vergleich zu denen, die vorher investiert haben, verlorengehen muß. Die öffentliche Hand hat auch in der sozialen Marktwirtschaft immer dann einzugreifen oder gerade in der sozialen Marktwirtschaft immer dann einzugreifen, wenn es darum geht, den Wettbewerb zu schützen. Mit anderen Worten, in einer Krisensituation, welche eben bei uns durch diese enorme Zinsensteigerung verursacht wurde, muß man über das normale Bankpolitische hinausgehen und Maßnahmen vorsehen. Diese müssen jedoch jene Unternehmungen ausklammern, ich sage es noch einmal, bei welchen die Schwierigkeiten auf ein eklatantes Eigenverschulden zurückzuführen sind, z.B. eine vollkommen falsche Investitionspolitik, eine viel zu schmale Eigenkapitalbasis usw. Aber den anderen Unternehmern müßte im Sinne des Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzips, und auf diese Prinzipien ist die soziale Marktwirtschaft aufgebaut, sowohl seitens der öffentlichen Hand als auch seitens der Kreditwirtschaft geholfen werden. Aber diese Interventionen wären ein Schlag ins Gesicht für jene Südtiroler, hat die Kollegin Franzelin gesagt und ungefähr dasselbe hat auch der Kollege Achmüller zum Ausdruck gebracht, wären ein Schlag ins Gesicht für jene Südtiroler, welche eine Wohnung gekauft oder gebaut haben in Erwartung eines Zuschusses, in Erwartung, in die Rangliste aufgenommen zu werden, in Erwartung, die notwendige Punktezahl zusammenzubringen, und diese Leute mußten ebenfalls in der Zwischenzeit Darlehen aufnehmen. Und sie sind eben auch in die Hochzinspolitik hineingefallen und sind deswegen in Schwierigkeiten geraten.

Meine verehrten Kollegen Arbeitnehmer in der SVP. Ich nehme dazu nicht Stellung, weil ich nicht kompetent bin in diesem Bereich. Ich sage nur zwei Dinge: erstens verlieren solche Leute nicht ihren Arbeitsplatz; zweitens verlieren sie nicht ihre Wohnung, weil sie ja irgendeine Wohnung haben, aber sie sind in Schwierigkeiten. Und weil sie in Schwierigkeiten sind, so möchte ich meinen, aber das ist jetzt nicht meine Zuständigkeit, daß es dann möglich sein müßte mit den relativ vielen Milliarden Lire, die für den sozialen Wohnbau zur Verfügung stehen, auch dieses Problem einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Und solche Probleme, die es gibt, wenn die gerechterweise einer Lösung zugeführt werden müssen, dann wird man doch auch gerechte Lösungen für solche Problemfälle finden können. Mehr möchte ich nicht sagen.

Ich sage noch abschließend, daß für den Sektor Fremdenverkehr im Haushalt 1982 0,98% vorgesehen sind, einschließlich des Nachtragshaushaltes, also einschließlich dieser 1,6 Milliarden Lire und einschließlich al-

ler Annuitäten, die mit früheren Gesetzen beschlossen wurden. Man kann auch Vergleiche mit dem Trentino anstellen. Der Trentiner Haushalt 1982 sieht für den Bereich Fremdenverkehr eine Perzentuale vor von 1,5%, das sind 5,5 Milliarden Lire mehr, das sind 37% mehr im Vergleich zum Südtiroler Haushalt, bezogen auf den Fremdenverkehr.

Ich glaube, daß ich im großen und ganzen versucht habe, diese Maßnahme zu rechtfertigen, die rückwirkende Anwendung zu rechtfertigen. Wahrscheinlich wird es mir nicht bei allen Kollegen gelungen sein, aber den Versuch habe ich zumindestens unternommen.

LUNGER (PDU): Geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nicht umhin, zu diesem Gesetzesentwurf ein zweites Mal das Wort zu ergreifen und zu einigen Fragen und Punkten, die eben in der Debatte bisher aufgeworfen worden sind, noch Stellung zu nehmen.

Bei den Befürwortern dieses Gesetzesentwurfes hat sich wie ein roter Faden durch die Wortmeldungen eine Behauptung und Feststellung gezogen. Nämlich soziale Marktwirtschaft geht nicht ohne Beihilfen. In der sozialen Marktwirtschaft greift der Staat immer wieder ein und somit haben die Unternehmer keine Sicherheit, daß ihre Finanzierungspläne, ihre vorausschauende Planung auch so eintrifft usw. Gerade in diesem Zusammenhang hat man hier die Tatsache genommen, daß der Staat die Zinsen sehr stark erhöht hat und daß dies, so behauptet man, niemand voraussehen konnte und somit diese Leute unverschuldet in die Schulden gekommen seien, da sie ja damals, wie sie die Kredite aufgenommen haben, mit sehr niederen, verhältnismäßig niederen Zinssätzen gearbeitet, gerechnet und kalkuliert hätten und nun eben wegen des bösen Staates auf einmal so hohe Zinsen zahlen müssen und eben deshalb vor dem Konkurs stünden.

Da muß ich einfach einmal klarstellen, daß diese Behauptungen nicht stimmen. Es ist einfach nicht wahr, daß niemand vorausgesehen hat, daß die Zinsen in die Höhe gehen. Das ist nicht wahr. Denn ansonsten kann ich mir einfach nicht erklären, daß die Banken ab 1977 die Klausel in die Kreditverträge eingebaut haben - und wenn Sie keine gesehen haben, dann bringe ich Ihnen solche Kreditverträge -, daß die Bank jederzeit die Möglichkeit hat, die Zinsen bis 25% z.B. bei Raiffeisenkassen schon, zu erhöhen. Es ist zwar dort gestanden 13%, aber diese Zusatzklausel. Ja, glauben Sie denn wirklich, eine Bank gibt eine solche Klausel hinein, wenn sie nicht eine Ahnung hat, daß die Zinsen einmal höher werden würden. Ja, glauben Sie das wirklich? Das sind einfach Tatsachen, meine Herren, die nicht wegzuarargumentieren sind. Wer eine solche Klausel zu seinen Gunsten in einen Zinsvertrag einbaut, der hat eine Ahnung, was kommen wird. Sonst ist das nicht erklärlich und hätte keinen Sinn gehabt. Und Sie wollen doch nicht behaupten, Herr Dr. Spögl, daß die Banken sinnlos arbeiten.

SPÖGLER (SVP): (unterbricht)

LUNGER (PDU): Bitte, nein, das sage ich jetzt, aber aus Ihren Argumenten würde das logischerweise abzuleiten sein. Wenn Sie sagen, die Banken haben nicht vorausgesehen, daß die Zinsen höher werden, andererseits aber

es eine Tatsache ist, daß die Banken die Zinsklausel eingebaut haben, wenn sie also nicht vorausgesehen hätten, wäre dieses Einbauen sinnlos. Die Folge, die Banken hätten sinnlos gearbeitet und das werden Sie den Banken wohl nicht unterstellen wollen. Das ist eine logische Schlußfolgerung, da kommen wir nicht herum.

Wer nun einmal Kreditverträge unterschreibt mit solchen Klauseln, der muß damit rechnen, daß diese Klausel sich auswirkt. Deswegen, einem Unternehmer, der einen Kreditvertrag unterschreibt über Hunderte Millionen oder mehr mit einer solchen Klausel und dann mit 13% seine Kalkulationen macht, dem muß ich sagen, er versteht von Wirtschaft wenig. Wie kann denn ich etwas unterschreiben und dann denken, das trifft für mich ja nicht zu. Genauso wie der Bürger, der einen Bürgschaftsvertrag nur als pro forma unterschreibt und denkt, ich unterschreibe eben, macht dem Betreffenden einen Gefallen und weiter wird nichts passieren. Nein, nein, wer einen Bürgschaftsvertrag unterschreibt muß damit ganz fix und konkret rechnen, daß es sein kann, daß er diese Summe zahlen muß. Dazu ist ein Bürgschaftsvertrag nun einmal da. Deswegen, wer einen Bürgschaftsvertrag in einem Umfang unterschreibt, der im Falle über seine wirtschaftlichen Möglichkeiten hinausgeht, der hat sich dann selber den wirtschaftlichen Ruin gegraben.

Ich habe einmal vor acht, zehn Jahren Vorträge gehalten unter anderem über das Bürgschaftswesen. Ich habe immer gesagt, ein Bürgschaftsvertrag soll von einem nur dann unterschrieben werden, auch gegenüber dem Bruder, den engsten Verwandten, wenn er sich ausrechnen kann: sollte ich zahlen müssen, dann werde ich zwar Schwierigkeiten haben, es wird für mich ein großes Opfer sein, aber ich ruiniere mich nicht. Es wird noch bei aller Anstrengung im Rahmen meiner wirtschaftlichen Möglichkeiten liegen. Das muß der Gesichtspunkt beim Unterzeichnen eines Bürgschaftsvertrages sein, und das möchte ich hier klarstellen, weil Sie gesagt haben, es würden auch Bürgen da zum Handkuß kommen, ihre Existenz verlieren. Ja, meine guten Leute, wer als Bürge unterschreibt, der muß wissen, daß er unter Umständen das, was drinnen steht, zahlen muß. Deswegen kann doch nicht dann der Steuerzahler hergezogen werden und von dem verlangt werden, daß er dafür diese Bürgen übernimmt. Wo kämen wir da hin? Ich glaube, es ist doch schon höchst an der Zeit, daß man allen Bürgern, vor allem auch den Unternehmern, diese Sachen ein bißchen in Erinnerung ruft. Daß Bürgschaften und genauso Kreditverträge mit solchen Klauseln eben kein Kinderspiel sind, sondern ernstzunehmende Dinge. Und Unternehmer, die Kreditverträge unterschreiben bis zu 25%, wie sie unterschrieben worden sind, ab 1977 durchgehen, die mußten, die sollten oder hätten sollen ihre Kalkulationen mit 25% anstellen und nicht mit 13%, Herr Dr. Spögl. Ich kann nicht einen Finanzierungsplan mit 13% aufstellen und dann einen Kreditvertrag unterschreiben, wo drinnen steht, daß die Bank bis 25% erhöhen kann.

Meine Herren, die Banken hätten natürlich müssen die Leute aufklären, manche haben vielleicht die Verträge gar nicht durchgelesen, allerdings ihr Pech. Wir von der PDU, Herr Dr. Spögl, haben erstens einmal keinen Kreditvertrag gemacht auf diese Art und Weise, zweitens waren wir damals nirgends in den Wirtschaftsverbänden drinnen, weil die hätten wennschon die Verträge zuerst in die Hand bekommen müssen. Ich gebe zu, daß ich diese Verträge

erst sehr spät zu Gesicht bekommen habe, aber ich glaube nicht, daß ein Handwerkerverband, ein Gastwirteverband, ein Bauernbund und wie sie alle heißen, nicht imstande gewesen wären, solche Kreditverträge gleich ab 1977 in die Hände zu bekommen und die Leute entsprechend zu warnen und die entsprechenden Landesräte davon zu informieren. In diesem Falle müßte man diesen Verbänden absolutes Versagen vorwerfen, wenn die nicht beobachtet hätten, daß ihre Mitglieder, die sie beruflich vertreten, auf einmal derartige Verträge unterzeichnen. Oder aber, wenn die auch nicht daraufgekommen sind, wirklich nicht, jetzt rede ich ein bißchen offen, dann müßte man den Banken geradezu Täuschung vorwerfen. Dann müßte man denen vorwerfen, daß sie vielleicht nicht nur die Leute nicht aufgeklärt haben über diese Klausel, sondern geradezu versucht haben, diese Klauseln so weit wie möglich zu verbergen.

Sie haben hier, Herr Dr. Spögl, ein Wort gesagt, wo ich sehr erfreut und erstaunt war, nämlich daß der Präsident der Landessparkasse noch im Jänner 1980, obwohl Sie gewarnt haben, was ich Ihnen zugute halte, aufgestanden ist und gesagt hat: meine guten Leute, investiert, wer sozusagen nicht investiert, ist der große Trottel, das ist ein bißchen überspitzt ausgedrückt, die Zinsen zahlt ja die Inflation, usw. Hat er damals schon gesagt, daß die Banken diese Klausel einbauen. Hat er es den Leuten gesagt? Sie bestätigen da genau das, was die PDU schon, jetzt kann ich es ganz ruhig sagen, vor einem Jahr den Banken vorgeworfen hat, nämlich daß die Banken die Hauptschuldigen sind für viele Wirtschaftsmisereen, in denen sich viele Betriebe befinden, weil sie nicht nur nicht gewarnt haben, ein bißchen Maß zu halten, sondern sie geradezu hineingehetzt haben mit den beiden Argumenten, wie sie sagten, erstens, die Zinsen deckt die Inflation, zweitens, und wie Sie selber gesagt haben, Geld haben wir genug. Die Banken hatten damals tatsächlich Geld genug und wollten das Geld eben loswerden, im Sinne von ausleihen. Deswegen, die Banken sind - das komme ich immer mehr darauf und wird mir immer mehr von allen Seiten bestätigt - die Hauptschuldigen an vielen solchen Schwierigkeiten, die verschiedene Unternehmerrbetriebe jetzt haben. Darüber besteht gar kein Zweifel mehr. Deswegen muß man von diesen Banken auch verlangen, daß sie die Hauptlast tragen für die Sanierung dieser Betriebe. Wer jemanden in eine derartige Situation gebracht hat oder wenigstens eine wesentliche Schuld hat, daß ein Unternehmer in eine derartige Situation gekommen ist, hat auch die Verpflichtung, alles zu tun, um demjenigen wieder herauszuhelfen. Sonst muß man den Banken nun einmal sagen, daß sie - nicht alle, wohl gemerkt - ihre Aufgabe im Rahmen der Wirtschaft Südtirols vernachlässigt haben oder jedenfalls falsch wahrgenommen haben. Das muß einmal offen gesagt werden.

Ich habe hier schon vor ungefähr einem Dreivierteljahr einen diesbezüglichen Beschlußantrag vorgelegt gehabt, wo ich sicher Banken angegriffen habe. Sie haben damals ganz entrüstet getan, natürlich, der Beschlußantrag muß abgelehnt werden, denn da werden ja die Banken angegriffen und kritisiert und beschuldigt.

SPÖGLER (Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP): Wir sind hier nicht zuständig.

LUNGER (PDU): Moment, nicht, wir sind nicht zuständig, wir sind da schon zuständig, sicher nur zuständig bei diesen Betrieben, die vor allem durch die Banken in solche Schwierigkeiten geraten. Sind Steuergelder zu geben? Ich meine, wir sind schon zuständig, zur allgemeinen Handhabungen bzw. zur Praxis der Banken in unserem Land auch ein Wörtchen zu sagen. Das möchte ich da schon ganz klar gesagt haben. Damals haben Sie ganz entrüstet getan: ja, da werden ja die Banken beschuldigt, da werden den Banken Vorwürfe gemacht. Ja natürlich, das habe ich auch ganz klar bejaht, daß diese Vorwürfe in meinem Beschlußantrag drinnen waren und zurecht. Vor kurzem nun hat der Industriellenverband diese Vorwürfe in gleicher Weise bekanntgegeben und deponiert gegenüber den Banken. Deswegen, viele Banken Südtirols werden diesbezüglich eben ihre bisherige Finanzpolitik etwas ändern müssen. Sie sagen, daß die Banken zum Teil auch nicht mehr zu ihrem Geld kommen werden. Ehrlich gesagt tun sie mir da überhaupt nicht leid. Denn wenn Banken mit derartiger Leichtfertigkeit derartige Beträge ausleihen und noch dazu mit solchen Zinsklauseln, und sehr häufig den Betroffenen, also wenigstens nicht offen gesagt haben, sondern die Leute geradezu, wie Sie selber zugegeben haben jetzt endlich einmal, hineingehetzt haben, ihnen nachgelaufen sind, das Geld fast aufgedrängt haben, und sowohl die Banken wie viele Unternehmer jeden Sinn für Maß verloren haben, das muß einmal gesagt werden, wenn also das die Grundlage eben dieser Kreditpolitik vieler Banken war, dann tun sie mir eben nicht nur nicht leid, wenn einige davon nicht mehr ganz zu ihrem Gelde kommen, sondern sie sind immer noch die Hauptschuldigen für diese Schwierigkeiten. Da kommen wir nicht herum. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß in diesen Zeiten der Hochzinspolitik die Banken die allergrößten Profitte gemacht haben, die sie sonst nie gehabt haben. Deswegen muß man von den Banken erwarten, daß sie auf diesem Gebiete nun diesen Betrieben besonders entgegenkommen und alles tun, um die Betriebe nicht in den Konkurs zu treiben. Manche Banken bei manchen Betrieben haben auch schon ziemlich etwas getan durch Ankauf von Wertpapieren der Bodenkreditanstalt. Ich gebe es zu. Es war ein großer Schritt, aber man muß da noch größere Anstrengungen verlangen, die meisten haben jetzt die Möglichkeiten. Deswegen bin ich der Meinung, das ist einer der Gründe, warum es nicht gerechtfertigt ist, dafür Steuergelder auszugeben. Sie sprechen da dauernd, daß diese rückwirkende Anwendung kritisiert wird. Das ist ja der Sinn der Sache. Mich stört nicht die rückwirkende Anwendung, sondern mich stört der Sinn des Gesetzes. Der Sinn des Gesetzes ist, in Schulden geratene Gastwirte herauszureißen. Das kann man ja nur rückwirkend machen, das ginge gar nicht anders. Wir werden jetzt doch nicht sagen, wir beschließen ein Gesetz, daß die bekommen, die Schulden machen werden. Mich stört die Zielsetzung des Gesetzes und die finde ich nicht gerechtfertigt, denn hier bekommen nicht alle, die in bestimmten Bedingungen sind, etwas, sondern nur die, die eben zu viel Schulden gemacht haben, und das ist ja das große Unrecht. Wenn Sie nun sagen, ist es besser die in Konkurs gehen zu lassen und wenn die in Konkurs gehen, dann haben sie vielleicht selber keinen Arbeitsplatz usw., dann verlieren Handwerker ihre Guthaben, usw. Aber das gelte ja bei jedem Konkurs. Ja, dann müßte ja jeder, der vor dem Konkurs steht, kommen und sagen: ja, meine guten Leute, es tut mir furchtbar leid, meine Situa-

tion ist die, habt ihr ein paar Millionen oder ein paar Hunderte, je nachdem wieviel es braucht. Ich sehe da keinen so großen Unterschied zwischen allgemeinen Konkursen, die es alle Jahre gibt, einmal mehr und einmal weniger und diesen besonderen Fällen. - Bitte, nein, die Kriterien interessieren mich in diesem Falle nicht, weil es geht da um das Grundsätzliche. Es geht um das Grundsätzliche: wieso soll einer, der aus irgend anderen Gründen vor dem Konkurs steht, wenschon mit Recht einen Beitrag bekommen. Die Kriterien mögen vielleicht die Sache ein bißchen abschwächen, aber sie ändern an dem grundsätzlichen Fehlverhalten, das aus diesem Gesetz hervorgeht, rein gar nichts. Es ist grundsätzlich nicht berechtigt, in unserem Wirtschaftssystem auf diese Art und Weise Steuergelder auszugeben. Das ist es, und die Kettenreaktion bei den Handwerksbetrieben: die müssen eben auch ein bißchen aufpassen, wie lange sie Waren liefern oder Arbeiten durchführen ohne Bezahlung. Es muß sich auch einmal ein Handwerker die Frage stellen, ist der Mensch da, der so groß baut, in der Lage, mich noch zu bezahlen, wenn er sieht, daß er die längste Zeit kein Geld bekommt. Da muß schon jeder Unternehmer sich auch in dieser Hinsicht ein bißchen fragen, was er tut. Das sind alles keine Kriterien, um hier diese Steuergelder für diese konkreten Fälle auszugeben. Denn, wie gesagt, meines Erachtens ist das dann letzten Endes nichts anderes als eine indirekte Bestrafung all jener, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten geblieben sind, die den Sinn für Maß nicht ganz verloren haben, denn die bekommen dadurch nichts mehr. Deswegen, Sie sagen, ob es besser ist, diese Beträge allgemein auszugeben für Verbesserung oder für dieses. Ob es notwendig ist, die allgemein für eine Verbesserung auszugeben, ist die Frage. Wenn es nicht notwendig ist, dann sollen sie in anderen Sektoren ausgegeben werden. Wenn sie aber wirklich für das Gastgewerbe gebraucht werden, dann ist es besser, wenn sie allen für bestimmte Investitionen zugute kommen. Denn wenn schon müßte jeder die Möglichkeit haben, im Rahmen anzusuchen und nicht nur der, der so viele Schulden gemacht hat. Und wenn Sie sagen, die sind in die Schulden gekommen, weil sie damals keine Möglichkeit hatten, Beiträge zu bekommen, dann haben sie das aber gewußt. Das stimmt eben nicht. Gerade das haben wir vorhin versucht, breit zu erläutern, daß zumindest die Banken es gewußt haben, und die Betreffenden, die diese Kreditverträge unterschrieben haben, konnten es wissen und mußten es wissen, wenn Sie ein bißchen mit der allgemeinen "Umsicht eines guten Familienvaters" ans Werk gegangen wäre, dann hätten sie es wissen müssen.

Ich kenne einen Unternehmer, der hat, weil ihn der Baumeister gedrängt hat, um 20 Millionen Wechsel unterschrieben und dann gesagt, ich bin ihm das gar nicht mehr schuldig, ich habe dem ja alles bezahlt. Die haben es ihm auch einmal sagen müssen: ja mein guter Mann, wenn Sie als Handwerker nicht wissen, was ein Wechsel ist, dann müssen Sie fragen, ob Sie auf dem richtigen Platz sind. Gewisse Sachen gehen nun einmal nicht. Da müssen wir dann schon ein bißchen offen reden und so ist es dann auch, wenn man Kreditverträge mit derartigen Klauseln unterschreibt oder sie überhaupt nicht durchliest. Wobei ich es dann dahingestellt sein lasse, ob die Banken mehr Schuld haben, indem sie den Bürgern gar nichts gesagt haben, als die Bürger. Das mag schon sein, daß die Banken noch mehr die Schuld haben,

natürlich, denn sie haben sie hineingelockt, sie hätten die Leute warnen müssen. Aber schuldlos sind die Betroffenen, die diese Verträge unterschrieben haben, sicher nicht. Hier eben scheitert dieser Begriff bzw. hinkt der Begriff, der da dauernd hinausposaunt wird: unschuldig in Schulden geratene Gastbetriebe. Das geht an der Sache vorbei. Von unschuldig kann hier keine Rede sein. Die Schuld mag verschieden verteilt sein, aber es ist auch bei den Unternehmern zumindest grobe Fahrlässigkeit festzustellen. Deswegen, wie gesagt, kann ich nur gegen dieses Gesetz stimmen und Sie haben richtig gesagt, Dr. Spögler, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung ganz entschieden gegen das Gesetz ist und auch der Großteil der Gastwirte. Warum etwa? Nicht, weil die Leute überhaupt kein Verständnis haben, sondern weil die Leute im Durchschnitt doch sich ein gesünderes und natürlicheres Rechtsempfinden bewahrt haben als anscheinend manche andere. Von dem gehe ich aus und deswegen ist diese Ablehnung vom überwiegenden Teil der Südtiroler meines Erachtens ganz richtig und es wäre schlimm, wenn dem nicht so wäre. Es wäre schlimm für unser Volk, wenn die Südtiroler plötzlich ein solches Gesetz akzeptieren würden oder befürworten würden in ihrer Mehrheit. Das wäre ganz ein schlimmes Zeichen für das gesunde Rechtsempfinden unseres Volkes. Es ist ein Glück, daß wenigstens die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung solche Maßnahmen ganz entschieden ablehnt. Daß das in diesem Zusammenhang so klar herausgekommen ist, das sehe ich als das einzig Positive an.

COSTALBANO (NS-NL): E' intervenuta una valutazione di carattere generale su una questione teorica di fondo sulla quale penso di dover spendere due parole. Non ho mai sentito tante professioni di credo liberistico come in questa occasione e la cosa mi risulta abbastanza strana. Abbastanza strana, perché forse non si riesce più a capire il concetto di liberismo. Credo che il liberismo sia scomparso attraverso gli incentivi e le manovre monetarie, fiscali ecc. nel frenare certi sviluppi eccessivi del capitalismo o sollecitarli quando questi, in certi momenti, sono a livelli molto bassi, ma allo stesso tempo di garantire uno stato del benessere, che poi è caduto in crisi in tutto il mondo proprio per i grandi mutamenti strutturali, produttivi e di mercato a livelli internazionale che sono intervenuti. Credo che la definizione da dare all'intervento provinciale è proprio quello di uno stato assistenziale, perché lo stato assistenziale si differenzia dallo stato sociale, come intervento sociale in senso complessivo, proprio perché lo stato assistenziale è quello che garantisce la socializzazione delle perdite. Questa è la sostanza dello stato assistenziale ed a me sembra che questa operazione, condotta con questa legge, pur nel minimo cabotaggio, perché non è poi così rilevante, si muove in questo tipo di ottica.

Volevo sottolineare che proprio in fondo in fondo tutte le professioni di liberismo cadono in una politica assistenziale, che mi trova non consenziente, dato i risultati fallimentari che ha prodotto in Italia. Se l'Italia è malata sul piano strutturale, è proprio perché è malata di uno stato assistenziale, che non riesce a garantire gli interessi generali e che comunque non riesce neanche a garantire uno sviluppo capitalistico conse-

guente a quelle che sono determinate esigenze. Questa é in sostanza la critica che si deve fare allo stato assistenziale.

Ma vorrei anche aggiungere che qui si é toccata la questione dei contratti e dei tassi di interesse che non erano prevedibili. Il collega Lunger ha sottolineato, con la sua solita veemenza, la responsabilit  delle banche - e sono convinto che questa responsabilit  ci siano - ed anche la responsabilit  delle categorie degli imprenditori. Le associazioni di categoria, dalle associazioni degli artigiani, agli albergatori ad altri, non hanno frenato, non hanno indicato una pratica corretta in un momento cos  difficile. Per  io mi guarderei bene dall'assegnare delle responsabilit  precise a queste categorie, quando ad es. la Giunta provinciale ha varato il LEP - se non sbaglio nel 1980 - in cui si diceva che l'Alto Adige deve frenare lo sviluppo economico. Questo era nell'anno '80 e gi  questa era una posizione molto precisa, oltretutto con l'illusione di essere fuori da un contesto di relazioni economico-sociali, sia a livello italiano che a livello internazionale. Si diceva che l'Alto Adige é un'isola felice! Queste sono le responsabilit . A me non interessano le responsabilit  di un direttore di banca e neppure di un Assessore, ma compiutamente di una maggioranza, di una Giunta che deve esprimere una politica economica e che il giorno dopo é contraddetta dai fatti.

Tra l'altro, a mio avviso, questa del LEP é stata una delle pi  notevoli carenze che fanno misurare la gravit  del ritardo culturale della Giunta e della maggioranza, perch  non era prevedibile assolutamente. C'erano tutti i sintomi economici della crisi: la guerra, per quanto riguarda i prezzi delle materie prime, la crisi energetica, la situazione destrutturata dell'Italia; erano questi tutti elementi molto grossi di difficult . La guerra monetarie era gi  all'inizio degli anni '80 e si era anche ampiamente sviluppata. Quindi, non possiamo dire che non c'era una situazione prevedibile di crisi: c'erano tutti gli elementi che dovevano essere considerati.

Ma tutto il piano provinciale si é basato esclusivamente su delle analisi micro-economiche, fatte a livello locale, sulla base di certe contingenze, per cui queste sono le responsabilit  e questi sono i risultati. Se dovessi essere onesto, dovrei dire che sono a favore di questa legge, perch  questa gente non dovrebbe pagare gli errori che ha fatto il potere politico nella provincia di Bolzano. Voglio per  aggiungere che anche questi hanno assunto delle responsabilit  ed ognuno le responsabilit  se le deve assumere e conseguentemente pagare. Questa dovrebbe essere la logica. Quello che mi dispiace é che il potere politico é responsabile di questo clima di ottimismo sbagliato fundamentalmente che non paga mai. Questo é il dato di fatto che mi dispiace dover sottolineare.

VORSITZ DES VIZEPR SIDENTEN:

Mathias LADURNER-PARTHANES

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PR SIDENT: Sind weitere Wortmeldungen in der Generaldebatte? Keine Wortmeldungen! Die Generaldebatte ist geschlossen. Wir stimmen  ber den

Übergang zur Sachdebatte ab: mit 3 Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen ist der Übergang genehmigt.

Art. 1

(1) Nell'art. 1, primo comma, lett. a), della legge provinciale 22 agosto 1973, n. 23, e successive modifiche, le parole "fino al 6% per la durata di 10 anni" sono sostituite dalle parole "fino all'8% per la durata di 5 anni".

(2) L'art. 12 della legge provinciale 24 luglio 1980, n. 25, è sostituito dal seguente:

"Per le opere intese al contenimento dei consumi energetici mediante l'utilizzazione delle fonti di energia rinnovabili, ivi compresi l'adozione di generatori di calore ad alto rendimento e di pompe di calore, nonché gli interventi di coibentazione atti allo scopo, da realizzarsi negli esercizi di cui all'art. 1, lett. a), della legge provinciale 22 agosto 1973, n. 23, e successive modifiche, può essere concesso un contributo rateale annuo costante fino all'8% per la durata di 5 anni sulla spesa riconosciuta ammissibile, sentito il parere degli uffici competenti, ove richiesto."

Wer meldet sich zum Art. 1 zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit drei Stimmenthaltungen ist der Art. 1 genehmigt.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Giuseppe SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE:

Art. 2

(1) All'art. 2 della legge provinciale 22 agosto 1973, n. 23, e successive modifiche, è aggiunto il seguente comma:

"La Giunta provinciale delibera particolari criteri per la concessione delle provvidenze rispettando le direttive del piano di sviluppo economico approvato dal Consiglio provinciale in data 30 giugno 1980."

Chi chiede la parola sull'art. 2? La parola al consigliere D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Spesse volte diciamo che le procedure amministrative, per quanto possibile e compiendo anche determinati sforzi, devono essere rese più snelle e di agile applicazione, concretizzando determinati obiettivi nel modo che si ritiene evidentemente più opportuno. Dunque, quanti meno passaggi si riescono a realizzare per concretizzare questi obiettivi, tanto più di guadagnato è per il tempo, l'economia, la realizzazione complessiva di un'opera, di un disegno di legge, di una qualsiasi provvidenza. Senonché noi ci permettiamo di cogliere due aspetti di questo secondo articolo. Il primo, che credo non sia del tutto neppure originale, perché già in passato l'abbiamo rilevato, ma desideriamo qui nuovamente sottolinearlo ed è il fatto che questa Giunta provinciale - abbiamo

detto qualche volta anche questo governatorato - assume le vesti di un imbuto talmente stretto che a volte é lento nel far passare tutto ciò che dovrebbe passare. Tant'è vero che si dice che la Giunta provinciale delibera determinati particolari criteri; dunque é sempre la Giunta provinciale. Ma questi particolari criteri sono un po' a scatola chiusa! Chiunque é legittimato a dire: ma quali sono questi criteri particolari? Chi é in grado di dire qualche cosa? O soprattutto: come vengono determinati questi criteri particolari, affinché siano stabiliti e soprattutto enucleati con un ordine di priorità? Perché il criterio particolare é come un elastico: lo si tira e lo si allunga a piacimento. Qual é? La dimensione della spesa? Il livello di indebitamento dell'impresa considerata? L'ubicazione di questa azienda, a seconda che sia in una determinata località o meno? Oppure ancora: perché é un'azienda piccola o media o di grandi dimensioni, secondo, ad esempio, una sua capacità ricettiva? Sono tutti interrogativi legittimi questi, perché i particolari criteri lasciati al massimo della discrezionalità possono portare anche a legittimi dubbi o comunque interrogativi all'interno degli stessi interessati, i quali vorrebbero ben sapere nel caso in cui vengono accolte o respinte determinate richieste di provvidenze, per quali motivi questi vengano accolti o respinti.

Faccio un esempio molto banale evidentemente, ma fintanto che non c'è la possibilità di coprire l'intero fabbisogno di X aziende ininteressate, non c'è dubbio che c'è un primo, un secondo ed un terzo. Ma per stabilire che c'è un primo, un secondo, un terzo e così via, vi debbono essere dei criteri, non dunque particolari e discrezionali, ma abbastanza definiti ed individuati. Trovo sempre molto comodo due esempi: quando si fanno dei concorsi e vi sono 8 posti e sette concorrenti, non c'è dubbio che tutti e sette sono soddisfatti, ma quando vi sono 8 posti e dieci concorrenti e dieci idonei, se ne debbono assumere otto in base ad una graduatoria, una graduatoria stabilita con dei criteri: sul punteggio ottenuto, l'età del concorrente, forse l'anzianità di residenza, forse il nucleo familiare, forse se é invalido e forse tante altre cose. In questa circostanza quali sono dunque i criteri? Dico questo per i concorsi, ma questo vale anche per un alloggio, per tante altre situazioni.

Secondo punto: nella discussione generale si era fatto un accenno, sempre nell'economia del ragionamento, a quel piano di sviluppo provinciale. Essendo noi convinti di questo, ma essendo anche attenti osservatori delle discussioni anche all'interno dei gruppi imprenditoriali, delle forze politiche e sociali, confesso che avere fatto riferimento ad un piano di sviluppo che viene contestato ormai di fatto all'interno di ambienti molto oltre i nostri, come forza politica di sinistra, é abbastanza anacronistico, ed uso un eufemismo. E' vero che già difettava di tante cose quel piano, ma a maggior ragione difetta se lo chiamiamo nella situazione reale di oggi. Ed allora chiedo: che senso ha, in termini di legge, prendere a riferimento delle direttive? Tra l'altro erano indicazioni di massima più che direttive, perché posso ricordare male, ma non credo che il piano di sviluppo provinciale abbia un rango legislativo. Ricordo la discussione che fu fatta a tale riguardo: si faceva riferimento a delle indicazioni, condivisibili o meno, ma comunque non era un punto di riferimento legislativo, da

richiamarsi oggi con un provvedimento di questo genere. Ricordo benissimo il ragionamento che si è fatto allora da chi riteneva di spendere qualche parola a questo riguardo.

Mi pare, quindi, che una formulazione di questo tipo dell'art. 2 sia abbastanza claudicante per la parte riferita ai cosiddetti criteri non definiti, ma soprattutto per la parte riferita ad un progetto che semmai, per esplicita ammissione della Giunta provinciale, è oggetto di revisione già oggi, se è vero che in risposta ad una nostra interpellanza, credo lo stesso Presidente della Giunta provinciale faceva conoscere al Consiglio di avere incaricato delle persone per una revisione. Allora, se alla fine del 1982 ci troviamo con un progetto sottoposto a revisione, mi chiedo se ha senso avere un riferimento con una indicazione che dobbiamo considerare, se non del tutto superata, sicuramente bisognosa di profonde rettifiche e di profonde modifiche.

Noi restiamo dell'opinione che sarebbe anche abbastanza improprio usare siffatta formulazione, a meno che evidentemente non sia corredato, ma specificato quale deve essere la modalità del criterio particolare con tutta una casistica che sia sottoposta, per quanto si ritiene, al Consiglio provinciale, ma che sia sottoposta soprattutto agli interessati ed a coloro che debbono poi decidere queste attribuzioni di mutui e di contributi. In sostanza dovremmo evitare che ci sia questa eccessiva discrezionalità, che può dare adito anche a riserve, a perplessità, comunque non a delle cose chiare da parte degli interessati, perché finché uno chiede ed ottiene un contributo, è soddisfatto, ma quando uno non l'ottiene e vuol sapere il motivo per cui è stato escluso, certo non basta dire che sono stati usati dei criteri particolari per dare ad altri ciò che non viene reso possibile per i primi.

Queste sono alcune considerazioni che ci permettiamo di fare in ordine all'art.2, come ribadivo anche questa mattina, e chiediamo all'Assessore se non ritenga di integrare o quanto meno di precisare un articolo di questa natura con un qualche cosa di più preciso, di più individuato.

SPÖGLER (Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP):
Herr Kollege D'ambrosio, ich glaube, daß bei allen Gesetzen, Industrieförderungsgesetzen z.B. Kriterien immer von der Landesregierung beschlossen werden, man kann doch nicht in ein Gesetz die ganzen Kriterien aufnehmen. Sie wissen ja auch, daß gerade in der Wirtschaft sich die Situation von einem Jahr auf das andere ändern kann, damit für jedes Jahr das Gesetz geändert wird, wenn die Kriterien detailliert in einem Gesetz enthalten wären.

Sie sagen, welche Kriterien kommen jetzt zur Anwendung? In der ersten Anwendung dieses Gesetzes kommen die Kriterien zur Anwendung, sie sind noch nicht von der Landesregierung beschlossen, sie können ergänzt werden, es kommen mehr oder weniger diese Kriterien zur Anwendung, die Ihnen auch verteilt worden sind. Wenn in den nächsten Jahren das Landesgesetz Nr.23 refinanziert werden sollte, dann werden eben andere Kriterien beschlossen werden, denn diese Kriterien gelten ja nur für die erste Anwendung dieses Gesetzes. Es werden auch andere Kriterien beschlossen. Sie sagen, irgendwie

zurecht, ja diese Kriterien werden beschlossen im Sinne des Art.2 gemäß Landesentwicklungsprogramm, welches am 30.Juni 1980 beschlossen worden ist. Nun ist dieses Landesentwicklungsprogramm, das im Juni 1980 beschlossen worden ist, schon weitgehendst überholt, glauben Sie. Teilweise ist das Landesentwicklungsprogramm sicherlich auch überholt, man ist bei der Erstellung des Landesentwicklungsprogrammes von einer Hochkonjunktur ausgegangen und sehr bald nachher ist von der Hochkonjunktur nichts mehr zu spüren gewesen, sondern ist eine Phase der Rezession eingetreten.

Ich bin der Meinung, daß, was den Sektor Fremdenverkehr anbelangt, die Vorschriften des Landesentwicklungsprogrammes auch wieder übernommen werden im neuen Landesentwicklungsprogramm, das überarbeitet werden muß, denn auch im neuen Landesentwicklungsprogramm wird drinnen stehen, daß im Bereich Fremdenverkehr nur qualitative Verbesserungen gefördert werden sollen und nicht mehr Quantität. Es stehen auch andere Dinge drinnen, was den Fremdenverkehr anbelangt, aber im wesentlichen ist das die wichtigste Aussage im Landesentwicklungsprogramm, was den Sektor Gastgewerbe anbelangt, daß wir nur mehr Qualität fördern wollen in der Zukunft ab 30.Juni 1980 und nicht mehr auch die Quantität. Das wird auch im neuen Landesentwicklungsprogramm so sein, da wird sich nicht sehr viel ändern, und deswegen bin ich der Meinung, daß diese Bestimmung, die besagt, die Kriterien müssen sich orientieren, müssen sich an die Vorschriften des Landesentwicklungsprogrammes halten, bin ich einverstanden, weil diesbezüglich kaum etwas Neues kommen wird.

LUNGER (PDU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz. Ich bin auch der Meinung, daß diese Kriterien in das Gesetz hineingehören und es ist meines Erachtens einfach nicht stichhaltig, wie Landesrat Spögler sagt, daß dann immer wieder das Gesetz geändert werden müßte. Bestimmte grundsätzliche Kriterien haben auch weiterhin die Gültigkeit und in diesem Fall wäre es eine einmalige Maßnahme, wo eben die Kriterien für eine ganze Reihe gelten würden.

Weiters möchte ich jetzt klarstellen, und das gilt für alle Artikel, über die wir abstimmen werden. Ich werde gegen alle Artikel stimmen und zwar unabhängig, ob der einzelne Artikel für sich allein eventuell im Gesamtgefallen des Gesetzes akzeptabel wäre, unabhängig davon, denn ich bin ganz entschieden gegen die Zielsetzung des Gesetzes, gegen die Ausschüttung von Steuergeldern für Betriebe, die durch hohe Kredite selber in Schulden gekommen sind und somit bin ich gegen alle Bestimmungen, die letzten Endes den Weg für diese Maßnahme bilden. Ob wesentlicher Natur oder mehr Nebennatur. Deswegen, aus diesem Grunde werde ich gegen alle Artikel und jede Bestimmung stimmen.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 2. Con 4 voti contrari e gli altri favorevoli l'art. 2 é approvato.

Art. 3

(1) L'art. 3 della legge provinciale 22 agosto 1973, n. 23 e successive modifiche é sostituito dal seguente:

"La determinazione della spesa da ammettere e della quota sulla quale viene commisurato il contributo, la concessione del contributo stesso, nonché la fissazione del termine entro il quale devono essere ultimate le opere, sono disposte con decreto dell'Assessore provinciale al turismo, previa deliberazione della Giunta Provinciale, sentito il parere di una commissione composta:

- a) dal direttore dell'ufficio provinciale per il turismo, con funzioni di presidente;
- b) dal direttore della ripartizione VII;
- c) da due esperti in materie economiche e aziendali;
- d) da un esperto in materie bancarie;
- e) da due esperti nel settore alberghiero.

Il Presidente della commissione è autorizzato a far partecipare alle sedute, senza diritto di voto, esperti e consulenti.

Funge da segretario un dipendente dell'Assessorato al turismo.

La commissione è nominata con deliberazione della Giunta provinciale e resta in carica per la durata della legislatura. La composizione della commissione deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici, quali sono rappresentati nel Consiglio provinciale, fatta salva la presenza del gruppo linguistico ladino.

Ai membri della commissione sono corrisposti i compensi e il trattamento economico previsti dalla vigente normativa provinciale."

Chi chiede la parola sull'art. 3? Nessuno. Lo pongo in votazione.

CONSIGLIERE: Chiedo la verifica del numero legale.

PRESIDENTE: Prego contare. In aula sono presenti solo 17 persone. La seduta è tolta e si riprenderanno i lavori domattina, con inizio alle ore 9.30.

ORE 17.55 UHR